

DE

DE

DE

**KONSULTATIONSPAPIER DES BERATERGREMIUMS
FÜR EUROPÄISCHE POLITIK**

SOZIALE WIRKLICHKEIT IN EUROPA

von Roger Liddle und Frédéric Lerais

**mit Dank an Tassos Belessiotis, Marcel Canoy, Maria da Graca Carvalho, Jonas
Condomines, Vitor Gaspar, Agnes Hubert, Anna Melich und Peter Smith für ihre
Unterstützung und Kommentare**

**Die in diesem Bericht enthaltene Analyse gibt die persönliche Meinung der Autoren
wieder und entspricht nicht unbedingt der Haltung der Europäischen Kommission.**

Quellen und Daten

Das Thema des vorliegenden Papiers führt zwangsläufig dazu, dass darin ein breites Spektrum sozialer Fragen behandelt wird. Die dazu verwendeten Daten stammen vorwiegend aus den Standardanalysen der Europäischen Kommission und der OECD, d. h. den jährlichen Veröffentlichungen der GD Beschäftigung und Soziales wie dem Bericht über die soziale Lage in der Europäischen Union, dem Beschäftigungsbericht, dem Bericht Arbeitsbeziehungen in Europa und den gemeinsamen Berichten des Rates und der Kommission über soziale Eingliederung; den Analysen der GD ECFIN zu sozialpolitischen Themen wie den Auswirkungen der Bevölkerungsalterung auf die öffentlichen Finanzen; den vergleichenden Berichten der GD Bildung und Kultur im Bereich Bildung; den Untersuchungen der GD SANCO im Gesundheitsbereich; den Eurobarometer-Erhebungen und OECD-Studien wie „Society at a Glance“, „Health at a Glance“ und „Pensions at a Glance“. Soweit es möglich war, haben wir die Verwendung dieser Standard-Quellen innerhalb der Kommission überprüft. Quellen werden nur dort angegeben, wo sich das Papier auf Studien einzelner Wissenschaftler, Think-Tanks oder Institute aus den Mitgliedstaaten stützt.

Angesichts der Breite des Themas – und des Ziels, zur Debatte und Diskussion anzuregen – kann hier keine umfassende Analyse angestellt werden. Verallgemeinerungen sind daher unumgänglich. Da der Platz nicht reicht, um die Lage in den einzelnen Mitgliedstaaten genau zu beschreiben, und der EU-Durchschnitt die soziale Realität der europäischen Vielfalt verdeckt, werden in dem Papier einzelne Mitgliedstaaten herausgegriffen - nicht weil ihre Lage unbedingt außergewöhnlich oder gar kritikwürdig wäre, sondern vielmehr um Fakten herauszustellen, die nach Ansicht des Beratergremiums für europäische Politik (BEPA) für den Leser interessant sein könnten.

Das Beratergremium für europäische Politik ist eine Generaldirektion der Europäischen Kommission mit dem Auftrag, den Präsidenten der Kommission und die Kommissionsdienststellen in politischen Fragen, die für das Arbeitsprogramm des Präsidenten und die Politikfelder der Union relevant sind, zeitnah und kompetent zu beraten. Das BEPA liefert Forschungsarbeiten und politische Analysen auf der Grundlage hoher professioneller Standards und praktiziert nicht nur innerhalb der Kommission und der EU-Organe, sondern auch gegenüber der Fachwelt, den Märkten und der breiten Öffentlichkeit eine effiziente Kommunikationspolitik. Seine Arbeiten konzentrieren sich auf die Anfangsphase, d. h. die strategische Phase, des politischen Prozesses und wirken auf diese Weise an der politischen Weichenstellung für die nähere und fernere Zukunft mit.

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	5
1.1. <u>Der Übergang zur postindustriellen Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft</u>	9
1.2. <u>Die Folgen des Sozialstaats</u>	13
1.3. <u>Die Folgen eines breiten Wohlstands</u>	15
1.4. <u>Der Bürger als Konsument</u>	15
1.5. <u>Gleichstellung von Frauen und Männern und demographischer Wandel</u>	16
1.6. <u>Der Trend zur Individualisierung</u>	18
2. <u>UNTERSUCHUNG DES WOHLBEFINDENS DER EUROPÄER IM POSTINDUSTRIELLEN ZEITALTER</u>	20
3. <u>VERBESSERUNG DER SOZIALEN QUALITÄT</u>	23
3.1. <u>Beschäftigungschancen</u>	23
3.2. <u>Sind die Menschen mit ihrer Arbeit zufrieden?</u>	24
3.3. <u>Zugang zu Bildungschancen</u>	27
3.4. <u>Soziale Mobilität: Transmission von Lebenschancen an künftige Generationen</u>	29
3.5. <u>Demographie und „alternde Gesellschaft“</u>	30
3.6. <u>Familienleben und Lebensqualität</u>	31
3.7. <u>Armut und ihre Auswirkungen auf die Lebenschancen</u>	32
3.8. <u>Wie wirkt sich Ungleichheit aus?</u>	34
3.9. <u>Zugang zur Gesundheit</u>	37
3.10. <u>Kriminalitätsanstieg und mangelnde Sicherheit</u>	42
3.11. <u>Migration, ethnische Vielfalt und Integration</u>	44
4. <u>DISKUSSIONSPUNKTE</u>	49
4.1. <u>Tendenzen</u>	49
4.2. <u>Persönliches Wohlergehen</u>	49
4.3. <u>Gesellschaftliche Chancen</u>	49
<u>Literaturverzeichnis und Quellenangaben</u>	52
ANHANG: Schaubilder und Tabellen	

VERZEICHNIS DER SCHAUBILDER UND TABELLEN:

Schaubild 1: Vergleichende Beschäftigungsstruktur (nach größtem Beschäftigungssektor) der EU-Mitgliedstaaten, 2005

Schaubild 2: Lebenszufriedenheit in der EU

Schaubild 3: Anteil der Bevölkerung mit Hochschulabschluss (2003)

Schaubild 4: Anteil der Bevölkerung mit höherem Sekundarschulabschluss (2003)

Schaubild 5: Beteiligungsquote Jugendlicher im tertiären Bildungswesen nach Bildungsabschluss der Eltern, 1994-1995

Schaubild 6: Beteiligungsquote der 25-64-jährigen Erwerbspersonen an berufsbezogener Fort- und Weiterbildung nach Bildungsstand, 2003

Tabelle 1: Entwicklung der Beschäftigung 1995-2005

Tabelle 2: Prognostizierter Abhängigkeitsquotient (in %)

Tabelle 3: International vergleichbare Schätzungen der Mobilität zwischen den Generationen

Tabelle 4: Armutsgefährdung nach Haushaltstyp, 2003

EINLEITUNG

Wie kann das soziale Wohlergehen aller Bürger Europas in einer globalisierten Welt am besten gesteigert werden?

Diese Frage sollte für die EU und ihre Mitgliedstaaten stets im Mittelpunkt stehen. Gebote der öffentlichen Politik wie ‚Wachstum und Beschäftigung‘, die Lissabon-Strategie und das Streben nach mehr Wettbewerbsfähigkeit sind kein Selbstzweck, sondern Mittel zu *einem* Zweck: dem Wohlergehen der europäischen Bürger. Diese mögen vielleicht nicht definieren können, was unter Wohlergehen zu verstehen ist, wissen aber sehr wohl, dass dazu grundsätzlich mehr gehört als der materielle Lebensstandard, den unsere Gesellschaften im Allgemeinen erreicht haben.

Nach herkömmlicher Auffassung ist eine größere wirtschaftliche Offenheit die Voraussetzung für eine Steigerung von Innovation und Produktivität, durch die Arbeitsplätze und Wohlstand und damit letztlich Wohlergehen und eine bessere Lebensqualität geschaffen werden. In den letzten Jahren hat sich jedoch gezeigt, dass ein Großteil der europäischen Bürger die Globalisierung, Liberalisierung und das Streben nach mehr Wettbewerbsfähigkeit in gleichem Maße als Chance wie als Bedrohung begreift. Warum ist das so? Worauf ist diese Unsicherheit zurückzuführen, die die Menschen dazu bringt, auf Offenheit mit Abwehr zu reagieren und dem wirtschaftlichen Wandel mit Misstrauen zu begegnen?

Angesichts dieser Entwicklung gelangte die Europäische Kommission im ersten Halbjahr 2006 zu der Überzeugung, dass die komplexe Dynamik des sozialen Wandels in unserer Gesellschaft neu untersucht werden muss, um Europa dazu zu verhelfen, besser auf die Globalisierung zu reagieren. In ihrer **Mitteilung „Eine bürgernahe Agenda“** vom Mai 2006 schlug die Europäische Kommission daher vor, eine Bestandsaufnahme der sozialen Wirklichkeit durchzuführen, um eine zukunftsorientierte Agenda für Zugangschancen und Solidarität auf den Weg bringen zu können. Im Juni 2006 wurde dieser Ansatz vom Europäischen Rat gebilligt, der die Absicht der Kommission begrüßte, **eine Bilanz der sozialen Gegebenheiten in der Union, mit besonderem Schwerpunkt auf dem Thema Zugangsmöglichkeiten und Chancen, zu ziehen**. Dies spiegelt den wachsenden Konsens darüber wider, dass eine Gesellschaft ihren Mitgliedern zwar keine Ergebnisgleichheit garantieren kann, Chancengleichheit jedoch ein schwaches Ziel ist, wenn nicht gleichzeitig energische Anstrengungen unternommen werden, damit alle Bürger Zugang zu den Ressourcen, Bedingungen und Fähigkeiten haben, die die theoretisch gleichen Chancen real und greifbar machen.

Mit dem vorliegenden Konsultationspapier des BEPA unternimmt die Kommission einen ersten Schritt, um der Aufforderung des Rates nachzukommen, eine Debatte über die soziale Wirklichkeit in Europa anzustoßen. Es handelt sich um keine übliche Stakeholder-Konsultation und keine Befragung zu einer bestimmten Politik- oder Regulierungsinitiative. Es geht nicht um eine Debatte über den ‚sozialen Acquis‘, d.h. den geltenden sozialpolitischen Rechtsbestand. Das Papier ist kein offizielles Kommissionsdokument, das die beschlossene Haltung des Kollegiums widerspiegelt: Es soll vielmehr zur Diskussion anregen und eine weit reichende Debatte über ein breites Themenspektrum anstoßen.

Das Papier stellt nicht den Anspruch, präskriptive politische Schlussfolgerungen zu ziehen. Die einzige Annahme, auf die es sich gründet, ist, dass die Aufgaben, vor denen unsere

Gesellschaften stehen, bei aller Vielfalt Europas doch genügend Gemeinsamkeiten aufweisen, um anhand der Erfahrungen der verschiedenen Mitgliedstaaten europaweit diskutiert zu werden.

Zunächst wird untersucht, wodurch der gesellschaftliche Wandel, den die europäischen Länder in der letzten Generation vollzogen haben, angetrieben wurde. Bei den Gründungsmitgliedstaaten ist es die Zeit nach den „glorreichen Dreißig“¹, als sich das Wachstum verlangsamte und die Arbeitslosigkeit in mehreren Ländern zu einem großen Problem wurde. Für die zehn neuen Mitgliedstaaten, die der EU 2004 beigetreten sind, insbesondere für die acht ehemaligen kommunistischen Länder (die hier kurz als EU-8 und EU-10 bezeichnet werden), sowie für Bulgarien und Rumänien, die seit Januar 2007 dabei sind, ist es die dramatische und teilweise traumatische Zeit der Systemumwandlung und der Erweiterung. Bei den so genannten „vier Kohäsionsländern“ (Irland, Spanien, Portugal und Griechenland) ist es die Zeit des Übergangs von relativer Rückständigkeit zu rasanter Modernisierung. Im Falle des Vereinigten Königreichs ist es die Zeit nach dem radikalen Bruch mit dem Nachkriegskonsens Anfang der 80er Jahre, der dem Niedergang der britischen Wirtschaft - wenn auch zu gewissen dauerhaften sozialen Kosten - ein Ende setzte. Bei den nordeuropäischen Ländern führte die Wirtschaftskrise Ende der 80er Jahre zu einer außergewöhnlichen Wachstumsentwicklung und erneutem Interesse am nordischen Sozialmodell.

Das vorliegende Papier sucht nach gemeinsamen Mustern in diesen unterschiedlichen Erfahrungen und nach Möglichkeiten, den sozialen Wandel im Hinblick auf das soziale Wohlergehen zu bewerten. Anschließend soll eine Diskussion über die wichtigsten Faktoren angestoßen werden, die das Wohlergehen beeinflussen - z.B. wirtschaftliche Chancen, Veränderung der Arbeitsformen, Herausforderungen einer alternden Gesellschaft, Demographie und neue Formen des Familienlebens, Armut und Ungleichheit, Hindernisse für ein gesundes Leben und soziale Mobilität, Lebensqualität, Kriminalität und antisoziales Verhalten sowie allgemeine und kulturelle Vielfalt.

Mit diesem Versuch, die soziale Wirklichkeit in Europa zu ermitteln, soll ein neuer Konsens über die gemeinsamen sozialen Herausforderungen der europäischen Länder geschaffen werden. Ziel ist es, die Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Lissabonner Wachstums- und Beschäftigungsstrategie zu stärken. Die Betonung liegt dabei auf sozial, nicht sozioökonomisch. In den meisten erörterten Bereichen liegen Zuständigkeit und Handlungsverantwortung bei den Mitgliedstaaten, nicht bei der EU. Eine ergebnisoffene Analyse sozialer Trends und eine Bestandsaufnahme der sozialen „Probleme“ kann natürlich Erwartungen hinsichtlich weitreichender Maßnahmen wecken. Aspekte wie die Zahlungsbereitschaft der Bürger, die Sachzwänge der Wettbewerbsfähigkeit und der Haushaltsdisziplin sowie die Grenzen jeder staatlichen Politik können daher nicht außer Acht gelassen werden.

Der Kommission geht es jedoch darum, mit diesem BEPA-Papier tatsächlich ergebnisoffen Meinungen darüber einzuholen, wie sich soziale Trends auswirken und welche Faktoren in Europa zum Wohlbefinden beitragen.

¹Fourastié, J., *Les trentes glorieuses: ou La Révolution invisible de 1946 à 1975*, Paris, Fayard 1979.

1. TRENDS: WIE SICH DIE EUROPÄISCHEN GESELLSCHAFTEN VERÄNDERN

Lassen sich beim Wandel der europäischen Gesellschaften gemeinsame Trends feststellen? Führt die Globalisierung zu einer Tempo- oder Richtungsänderung? Verbessern oder verschlechtern sich durch diese Veränderungen die Chancen der Menschen, ihr persönliches Potenzial zu verwirklichen, und wenn ja, auf welche Weise?

Gewiss gibt es große Unterschiede *zwischen* und oft auch *in* den einzelnen Mitgliedstaaten. Bestimmte Herausforderungen sind jedoch allen gemein, etwa die demographische Entwicklung, die zunehmende ethnische und kulturelle Vielfalt und die Individualisierung der Werte. Alle EU-Mitgliedstaaten sind relativ offene Gesellschaften und von den globalen Einflusskräften des modernen Kapitalismus sowie von weltweiten kulturellen Trends geprägt. Während sich die vergleichsweise weit entwickelten Gesellschaften der EU-15 allesamt den vielfältigen Herausforderungen der Überflusgesellschaft stellen müssen, durchlaufen die postkommunistischen neuen Mitgliedstaaten aufgrund der dramatischen Realität der Systemtransformation einen noch ausgeprägteren wirtschaftlichen und sozialen Wandel. In allen unseren Gesellschaften, auch in den postkommunistischen Ländern, wächst die kulturelle Kluft zwischen den „Weltbürgern“, die als Gewinner der derzeitigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung bezeichnet werden können, und jenen, die mit dem wirtschaftlichen Wandel und der industriellen Umstrukturierung nicht halten können und ihre traditionellen Gemeinschaften, Werte und Lebensweisen bedroht sehen.

Die Globalisierung ist der Bezugsrahmen, der die moderne Zielsetzung der Europäischen Union bestimmt. Sie rückt kritische Themen wie die Handelspolitik, den Aufstieg Asiens und den Klimawandel sowie die Frage ins Blickfeld, wie Europa in einer Welt mit massiven Migrationsströmen, grenzübergreifender Kriminalität und Terrorismus Offenheit und Sicherheit miteinander verbinden kann. Will Europa wirksam agieren, kommt der Europäischen Union hier eine Schlüsselrolle zu.

Die Europäische Union kann beim Umgang mit derartigen Herausforderungen auf jahrzehntelange Erfahrung zurückblicken. Vom Gemeinsamen Markt über den Binnenmarkt bis hin zur einheitlichen Währung hat die EU die dynamischen Kräfte des wirtschaftlichen Wandels und der wirtschaftlichen Umstrukturierung gestärkt. In gleicher Weise hat die EU aber auch die „Lebensqualität“ in Europa in vielen Bereichen entscheidend geprägt. Das soziale Engagement der EU für Arbeitnehmerrechte, den sozialen Dialog, die Gleichstellung der Geschlechter und den Kampf gegen Ungleichbehandlung aller Art sind ebenso wie ihre führende Rolle im Umwelt- und Verbraucherschutz gleichermaßen Folge und Ursache des sozialen Wandels in Europa. Mit ihren Erweiterungsrounden hat die EU die Demokratie europaweit konsolidiert. Dieser Prozess hat in der heutigen Zeit einen ebenso dramatischen Wandel herbeigeführt wie die deutsch-französische Versöhnung für die Generation vor uns. Sie hat die Freiheit des Einzelnen, in der gesamten EU zu wohnen, zu arbeiten und zu reisen, erheblich ausgeweitet. Dazu ein Beispiel: Es wird angenommen, dass zwischen 300 000 und 400 000 französische Staatsbürger in Großbritannien leben gegenüber rund 300 000 britischen Staatsangehörigen in Frankreich (Besitzer von Zweitwohnungen ausgenommen). London, das als führendes Finanzzentrum der EU gleichermaßen eine europäische und eine Weltstadt geworden ist, übt auf viele eine große Anziehungskraft aus. Eine Eurobarometer-Erhebung aus dem Jahr 2005 zur Mobilität in der EU ergab, dass fast 15 % der Unionsbürger,

insbesondere aus Nordeuropa, darüber nachdenken, ihren Ruhestand in einem anderen Mitgliedstaat zu verbringen².

Aber es wäre auch falsch zu behaupten, dass die europäischen Gesellschaften von heute vorrangig durch die Globalisierung geprägt sind, denn die soziale Realität Europas ist viel komplexer. Gewiss haben sie sich in der letzten Generation rasch verändert, doch wer an ein zeitloses „europäisches Sozialmodell“ glaubt, das nun einen „Globalisierungsschock“ erlitten hätte, hängt einem Mythos an. Die Globalisierung mag gewisse zentrale Entwicklungen verstärken: den Wegfall von Arbeitsplätzen in der traditionellen Industrie (in Verbindung mit den Auswirkungen neuer Technologie und der Entstehung neuer Verbrauchernachfrage in dem Maße, wie unsere Gesellschaften reicher werden)³; die für eine Gesellschaft mit hohem Bildungsniveau bestehende Notwendigkeit, allen Mitgliedern eine maximale Entfaltung ihrer Talente zu ermöglichen; die Entstehung auffälliger neuer Unterschiede zwischen Regionen und Einkommensgruppen in dem Maße, wie sich die Kluft zwischen „Gewinnern“ und „Verlierern“ vergrößert; das Gebot, eine ökologisch nachhaltigere Wirtschaft zu gestalten, um Europas Energieversorgung langfristig zu sichern und den drohenden Klimawandel in den Griff zu bekommen, sowie die Bedrohung der Offenheit durch Probleme einer fehlgeschlagenen Migrations- und Integrationspolitik. Da traditionelle Gemeinschaften wegbrechen und die Vielfalt unserer Gesellschaften zunimmt, wachsen Verunsicherung und Angst vor Verbrechen, während Fragen der Identität und der Staatsbürgerschaft ins Bewusstsein rücken.

Der gesellschaftliche Wandel wurde jedoch in erster Linie von internen Kräften getrieben. Die rasche Entwicklung Europas zu einer **postindustriellen Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft** verändert nicht nur das Wesen der Arbeit und die Unterteilung in soziale Schichten, sondern auch den Zugang zu wirtschaftlichen Chancen, das Ausmaß der sozialen Mobilität und das Auftreten von Armut und Ungleichheit. Durch den **breiten Wohlstand und die wirtschaftliche Modernisierung** haben sich die Werte grundlegend verändert, wie wir am Trend zur Individualisierung, an neuen Formen des Familienlebens, der veränderten Stellung der Frau in der Gesellschaft, dem zunehmenden Bewusstsein für nichtmaterielle Werte und den neuen Herausforderungen demokratischen Engagements sehen. Doch geht diese Individualisierung oft mit dem zunehmenden Wunsch nach einer Gesellschaft mit größerem Zusammenhalt und mehr sozialer Verantwortung einher. Hoher Stellenwert wird auch der Lebensqualität in Form von sauberer Luft, sauberem Wasser und Umweltsicherheit beigemessen. Diese werden als Grundwerte angesehen, die den Menschen genauso viel, wenn nicht mehr bedeuten als materieller Wohlstand. Der radikale **demographische Wandel** kommt in sinkenden Geburtenraten und einer längeren Lebenserwartung zum Ausdruck, die wiederum Fragen nach der sozialen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit, neuen und anderen Wohnanforderungen, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Doppelverdienerhaushalten, der gerechten Aufgabenverteilung zwischen den Geschlechtern und der Generationengerechtigkeit aufwerfen. Der **Bürger ist zum Verbraucher geworden**, so dass sich unsere Einstellung zum Wohnungsangebot und zu öffentlichen Dienstleistungen, zur Verantwortung für die eigene Gesundheit, zu Abfallentsorgung und Recycling, Lebensmittelsicherheit und –qualität gewandelt hat,

² Gerstenberger, B., *The Growth Potential of the Silver Economy*, Europäische Stiftung für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, 2005.

³ Belessiotis, T., Levin, M., Veugelers, R., *EU Competitiveness and Industrial Location*, BEPA, September 2005. Der BEPA-Bericht kommt zu dem Schluss, dass das Outsourcing in seiner Wirkung anscheinend nur eine begrenzte Rolle spielt, vor allem im Vergleich zu anderen Schocks, von denen die europäische Wirtschaft betroffen ist, etwa dem technologischen Wandel.

während neue Themen wie ethischer Konsum und Community Empowerment ins Blickfeld rücken. Das Bürgerinteresse an politischen Themen nimmt keineswegs ab, doch die Beteiligung an traditionellen politischen Foren und das Vertrauen darin gehen ebenso wie das Engagement der Bürger allgemein zurück. Die **Entwicklung des Sozialstaates** - selbst eine soziale und politische Antwort auf das industrielle Zeitalter - hat die Lebenschancen vieler Millionen Menschen in unserer Gesellschaft verändert und wohl auch neue Anreize und Abhängigkeiten geschaffen, aus denen sich manch einer nur schwer befreien kann. Sozialstaaten entwickeln nachweislich eine komplexe Eigendynamik, die unsere Gesellschaften langsam durchdringt und nur schwer zu ändern ist.

Für die sozialen Herausforderungen unserer Zeit kann daher nicht die Globalisierung verantwortlich gemacht werden. Einige fürchten jedoch, die Reaktionsmöglichkeiten der einzelnen Mitgliedstaaten seien durch die Globalisierung eingeschränkt, beispielsweise aufgrund des Steuerwettbewerbs und anderer Faktoren, die zu einem „Wettlauf nach unten“ führen könnten. Zweifellos gibt es Themen, denen sich die Europäische Union annehmen müsste, um diesen sozialen Herausforderungen begegnen zu können, und die auf europäischer Ebene gesetzlich bzw. im sozialen Dialog und durch die Bereitstellung von Haushaltsmitteln zu regeln wären. Sie werden unweigerlich Bestandteil der Debatte sein.

1.1. Der Übergang zur postindustriellen Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft

Ende des Zweiten Weltkriegs war Europa trotz der Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes für Produktion und Beschäftigung größtenteils noch vorindustriell⁴. 2006 nun entwickeln sich die fortschrittlichsten Mitgliedstaaten rasch zu postindustriellen Volkswirtschaften (siehe Schaubild 1), in denen das Verarbeitende Gewerbe in den gesamten EU-25 nicht einmal mehr ein Fünftel der Beschäftigung ausmacht. Der Dienstleistungssektor stellt über zwei Drittel aller Arbeitsplätze. Im Zeitraum 2000 bis 2004 entstanden in den EU-25 im Dienstleistungssektor über acht Millionen Arbeitsplätze, während die Beschäftigung in der Industrie (um 1,7 Millionen) und der Landwirtschaft (um 1,1 Million) schrumpfte. Dieser Trend ist in den neuen Mitgliedstaaten ebenso deutlich wie in den alten: Polen verzeichnete den stärksten Beschäftigungszuwachs zuletzt in den Bereichen Grundstücks- und Wohnungswesen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen.

Im Jahr 2005 waren 40 % der Arbeitnehmer in den EU-15 in „wissensbasierten Wirtschaftszweigen“ im Sinne Eurostats (High- bis Medium-Tech-Branchen des Verarbeitenden Gewerbes und wissensbasierte Dienstleistungen) tätig, wobei der Prozentsatz in Schweden am höchsten (54 %) und in Portugal am niedrigsten (26 %) war. Im Vergleich zum EU-15-Durchschnitt lag Spanien bei 32 %, Italien bei 37 %, Frankreich bei 43 %, Deutschland bei 44 % und das Vereinigte Königreich bei 50 %.

Der Trend zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft hat sich im letzten Jahrzehnt beschleunigt (siehe Tabelle 1). In den EU-15 lag das Beschäftigungswachstum in wissensbasierten Branchen (mit 23,9 %) in den letzten zehn Jahren deutlich über dem Beschäftigungswachstum in der Gesamtwirtschaft (5,7 %)⁵.

⁴ Judt, T., *Post War. A History of Europe Since 1945*, Penguin Books 2006. In Frankreich arbeitete noch ein Drittel der Bevölkerung in der Landwirtschaft. In Südeuropa war der Anteil weit höher.

⁵ *The Knowledge Economy in Europe*, The Work Foundation, London, Oktober 2006.

Diese Veränderungen der Wirtschaftsstruktur führen zu einer neuen Unterteilung der Berufswelt⁶.

- Mindestens die Hälfte aller vorhandenen Stellen erfordert heute kognitive und/oder persönliche Fähigkeiten auf hohem Niveau. Bei einem Viertel aller Tätigkeiten müssen fortgeschrittene IT-Kenntnisse nachgewiesen werden, und dieser Anteil nimmt rasch zu. Ein Drittel der verfügbaren Arbeitskräfte verfügt jedoch nur über sehr geringe Fertigkeiten, und einer von sechs Jugendlichen verlässt die Schule ohne Abschluss.
- Der Zunahme neuer qualifizierter Tätigkeiten steht ein gleichermaßen starker Anstieg der Zahl der Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor gegenüber, etwa im Hotel- und Gaststättengewerbe, im Einzelhandel einschließlich Supermärkten und bei Tankstellen sowie im öffentlichen Dienstleistungssektor, etwa als Hilfskraft im Krankenhaus oder in der Betreuung. Frauen sind bei diesen einfachen Dienstleistungen ebenso wie bei einfachen Büroarbeiten stark vertreten; über ein Viertel arbeitet Teilzeit. Während die Arbeitszufriedenheit bei Frauen, die Teilzeit arbeiten, im Allgemeinen hoch ist (viele schätzen insbesondere die sozialen Kontakte durch die Arbeit und das bessere Gleichgewicht zwischen Familie und Beruf), sind das Lohngefälle gegenüber den Männern, die geringeren Fortbildungs- und Aufstiegschancen, die kürzeren Beschäftigungsverhältnisse und der eingeschränkte Zugang zu Sozialleistungen, die zu einer geschlechtsspezifischen Segmentierung des Arbeitsmarkts – der somit keine Chancengleichheit bietet – führen, doch ein Problem.
- Die Lage unqualifizierter Arbeitskräfte wird – insbesondere bei den Männern – durchweg immer schlechter, vor allem in den im Niedergang befindlichen Branchen des verarbeitenden Gewerbes. Arbeitsplätze für unqualifizierte Arbeitskräfte gibt es durchaus – mitunter aber nicht am richtigen Ort, nicht mit demselben Schutz oder aber mit Stellenanforderungen, die nicht dem traditionell männlichen Bild des unmittelbaren Umfelds des Arbeitssuchenden entsprechen. Die Arbeitslosenquoten sind höher als bei besser Ausgebildeten. Eine Ausnahme sind vielleicht eng begrenzte Arbeitsmärkte in ganz bestimmten Gegenden, in denen die Nachfrage nach ungelerten Arbeitskräften nach wie vor hoch ist, die Arbeitsplätze aber zunehmend mit ausländischen Arbeitnehmern besetzt werden. Auch hier ist das Risiko groß, in einen Kreislauf zu geraten, in dem sich minderwertige Jobs ohne nennenswerte Fortbildungsmöglichkeiten mit Zeiten der Arbeitslosigkeit abwechseln⁷.

Diese Veränderungen sind weitgehend Ausdruck des technologischen Fortschritts und einer Verlagerung der Verbrauchernachfrage in einer Gesellschaft, die immer wohlhabender geworden ist. Einige meinen jedoch, dass diese strukturellen Veränderungen auch Ausdruck

⁶ Siehe Giddens, A., *Europe in the Global Age*, Polity Press, Oktober 2006.

⁷ Eliason, M. und Storrie, D., „Lasting or latent scars? Swedish evidence on the long term effect of job displacement“, in *Journal of Labour Economics*, Oktober 2006. Die Autoren analysieren die Auswirkungen von Betriebsschließungen in Schweden und stellen fest, dass freigesetzte Arbeitnehmer erhebliche Einkommenseinbußen und eine relative Verschlechterung ihrer Position am Arbeitsmarkt hinnehmen mussten; die Wahrscheinlichkeit wiederholter Arbeitsplatzverluste stieg, wobei sich die Lage bei älteren Arbeitnehmern am schlechtesten darstellte. Zitiert in *Restructuring and Employment in the EU: Concepts, Measurement and Evidence*, Europäische Stiftung für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (2006).

eines modernen Kapitalismus sind, dessen Wesen sich in eine weniger gutartige oder sozial neutrale Richtung entwickelt hat. Die neuen Arbeitsformen und die damit verbundene Verantwortung, die den Arbeitnehmern aufgebürdet wird, werden von manchen mit großer Sorge beobachtet⁸. In der Blütezeit der Massenproduktion waren korporatistische Formen des Kapitalismus, insbesondere der so genannte Rheinische Kapitalismus, wohl am erfolgreichsten. Stark vereinfacht bedeutete dies, dass die Gewerkschaften den sozialen Frieden garantierten, während die Arbeitgeber im Gegenzug lebenslange Arbeitsplätze boten. Unternehmen, deren Wettbewerbsvorteil in einer ständigen Verbesserung der Produktqualität bestand, investierten deshalb in ihre Arbeitskräfte und sorgten für eine arbeitsplatzbezogene Ausbildung. Die Trennung von Geschäftsführung und Aufsicht ermöglichte den Unternehmen die Entwicklung einer langfristigen Geschäftspolitik, die nicht von schnellen Profiten bestimmt war.

In der modernen Welt ist das Kapital jedoch wieder mobil, so wie in der Globalisierungswelle vor dem ersten Weltkrieg. Aber nicht nur durch die Mobilität des Kapitals, sondern auch durch die zunehmenden Möglichkeiten der globalen Kommunikation, des Technologietransfers und insbesondere der Informationstechnologie sind Manager heute in der Lage, die Versorgung ihrer Unternehmen mit Waren und Dienstleistungen weltweit zu organisieren und bestimmte Aufgabenbereiche auszulagern. Dabei geht es nicht nur um die Auslagerung von Routinearbeiten und weniger qualifizierten Tätigkeiten: Im Zuge der Globalisierung und der IT-Entwicklung können Funktionsbereiche herausgelöst und auch anspruchsvolle Aufgaben ausgelagert werden, die anderswo billig und effizient erledigt werden können⁹. Trotz dieser Möglichkeiten mag es für Unternehmen dennoch gute Gründe geben, ihren Standort dort beizubehalten, wo über lange Jahre Kapazitäten aufgebaut wurden und die Produktion in der Nähe zu den „Heimatmärkten“ angesiedelt ist.

Neben der zunehmenden Mobilität des Kapitals und der Globalisierung der Versorgungsketten hat sich in letzter Zeit in weiten Teilen Europas ein Markt für die Unternehmenskontrolle herausgebildet, der bewirkt, dass Manager jetzt sehr viel genauer auf die Einhaltung der Gewinnvorgaben achten. Hedgefonds interessieren sich für Unternehmen, deren Rentabilität nicht dem Unternehmenswert entspricht und wo sich mit einem neuen, scharf kalkulierenden und profitorientierten Management schnelle Ergebnisse erzielen lassen. Gleichzeitig hat sich der Wettbewerbsvorteil in vielen Wirtschaftszweigen verlagert, und zwar von der Qualitätsverbesserung zur erfolgreichen Vermarktung technologischer und wissensbasierter Innovationen. Auch hat sich der Zeithorizont für Investmentgeschäfte verkürzt. Ein von diesen neuen Anforderungen getriebener Kapitalismus konzentriert sich – so die düstere Sicht - auf Gewinnmaximierung zulasten der Arbeitsplatzsicherheit und eines langfristigen Engagements für die Beschäftigten. Nicht, dass es keine Alternative gäbe, aber, so wird argumentiert, man hat zugelassen, dass in der Wirtschaft finanzieller Erfolg und persönliche Bereicherung Werte wie gegenseitige Verpflichtung und soziale Partnerschaft verdrängt haben.

In mancher Hinsicht sind die Veränderungen der letzten Zeit jedoch auch als Chance und nicht als Bedrohung zu begreifen. Die Diversifizierung der Versorgungsketten hat

⁸ Siehe hierzu u. a. Monks, J., Generalsekretär des EGB, „The Challenge of New Capitalism“, in *Aneurin Bevan Memorial Lecture*, November 2006.

⁹ Eine der besten Abhandlungen zu diesem Thema ist ein Beitrag von Richard Baldwin für die finnische Präsidentschaft mit dem Titel „Globalisation: The Great Unbundling(s)“, September 2006; auf der Website der finnischen Präsidentschaft.

beispielsweise für die EU-8 neue Arbeitsplätze gebracht und europäischen Unternehmen dazu verholfen, im Wettbewerb auf den Weltmärkten mitzuhalten. Viele von ihnen können eine überragende Erfolgsbilanz vorweisen. Was Fusionen und Übernahmen angeht, so lassen sich die Privilegien nachlässiger Manager – gerade in Familienunternehmen, wo die jüngere Generation das Interesse an der aktiven Gestaltung der Firmenpolitik verloren hat - nicht mit Effizienz oder sozialer Gerechtigkeit rechtfertigen. Es lässt sich völlig logisch argumentieren, dass in der Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft wirtschaftlicher Erfolg vielen Menschen zu einer erfüllteren Arbeit verhilft, weil Wettbewerbsfähigkeit dort weniger Hierarchie, mehr Teamarbeit und höher qualifizierte und flexiblere Arbeitskräfte erfordert als in der alten Industriegesellschaft. Vieles hängt vom Sicherheitsbedürfnis und von der Risikofreudigkeit des Einzelnen ab und dies wiederum ist eine Frage des Vertrauens in die eigene Kompetenz und Beschäftigungsfähigkeit.

Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur führen zu einer Verschiebung des regionalen Gefälles innerhalb der EU. Die Städte gestalten ihre Zukunft erfolgreich als Zentren der Wissensgesellschaft. Ihr wirtschaftliches Fundament bilden zumeist Finanz- und Unternehmensdienstleistungen, die Hochschulen, der Kulturbetrieb und der Sport. In einigen Städten sind erfolgreiche High-Tech-Cluster entstanden. Der amerikanische Soziologe Richard Florida glaubt, dass der Erfolg einer modernen Stadt in erster Linie von ihrer Fähigkeit abhängt, die, wie er sie nennt, „kreative Klasse“ anzuziehen, die sich ihren Lebensunterhalt mit der Gestaltung von Wissen in der einen oder anderen Weise verdient, statt Routinearbeiten oder genau bestimmte Aufgaben auszuführen. In den einst blühenden kleineren Industriestädten, auch in jenen, die mehr oder weniger noch im Einzugsgebiet einer Großstadt liegen, bietet sich dagegen häufig ein ganz anderes Bild. Kleinere Städte in Regionen wie Lothringen in Frankreich, dem Ruhrgebiet in Deutschland oder Lancashire und South Yorkshire im Vereinigten Königreich haben ihre traditionellen Einnahmequellen verloren und stehen nun vor der schwierigen Aufgabe, sich neu orientieren zu müssen und ein neues Standbein zu suchen. Zwar klafft die Einkommensschere zwischen den reicheren und den ärmeren *Ländern* in den EU-15 nicht mehr so weit auseinander wie früher (im Falle Irlands hat sie sich sogar ganz geschlossen), aber dafür ist die Schere zwischen den reichsten und den ärmsten *Regionen* selbst in den EU-15 *größer* geworden. Natürlich können sich die regionalen Unterschiede im Prinzip vergrößern, während die Benachteiligung des Einzelnen durch die Abwanderung in eine reichere Region gleichzeitig geringer wird, doch hat die Europäische Union über die Strukturfonds seit langem erkannt, wie wichtig es ist, das regionale Gefälle zu verringern, um einen größeren sozialen Zusammenhalt zu bewirken.

Mit der Erweiterung haben die regionalen Unterschiede noch einmal eine neue Dimension erreicht. Der Lebensstandard in den neuen Mitgliedstaaten liegt um ein Vielfaches niedriger. Zwei Drittel der Menschen in den EU-10 leben in Gebieten, in denen das Pro-Kopf-BIP nur halb so hoch ist wie das durchschnittliche Pro-Kopf-BIP in den alten Mitgliedstaaten. Teilweise liegt es sogar noch darunter. In Bulgarien und Rumänien beträgt es weniger als ein Drittel. 2003 lag das durchschnittliche Nettoeinkommen der privaten Haushalte in Bulgarien und Rumänien gemessen an der Kaufkraftparität immer noch unter 300 EUR monatlich. Im untersten Quartil betrug es rund 100 EUR, ein Zeichen für das große Gefälle bei den Einkommen in den neuen Mitgliedstaaten¹⁰.

¹⁰ *First European Quality of Life Survey: Quality of Life in Bulgaria and Romania*, Europäische Stiftung für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (2006).

Die wirtschaftlichen Strukturen in den EU-8-Staaten sind allerdings nicht so unterschiedlich, wie die bloße Einkommensschere vermuten lässt. Viele der neuen Mitgliedstaaten wurden nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Eiltempo einem rücksichtslosen Industrialisierungsprozess unterzogen und haben in den letzten 15 Jahren eine schmerzhaft Abkehr von der Schwerindustrie vollzogen. Das Bildungs- und Qualifikationsniveau ist im Allgemeinen hoch - höher als in Südeuropa - und dies hat zusammen mit den niedrigeren Löhnen ein günstiges Klima für Auslandsinvestitionen im gewerblichen Bereich geschaffen. Die Beschäftigungsquote im Dienstleistungssektor ist etwas niedriger als in den EU-15, allerdings mit stark steigender Tendenz beispielsweise im Hotel- und Gaststättengewerbe. Dennoch gibt es nach wie vor viele Kleinbauern, vor allem in den bevölkerungsreicheren Ländern Polen und Rumänien, die vom Eigenanbau leben: Für einige war dies der einzige Weg, um mit dem Schock des wirtschaftlichen Umbruchs fertig zu werden.

1.2. Die Folgen des Sozialstaats

Wie die Sozialstaaten die Menschen gegen die Gefahren des industriellen Zeitalters abgesichert haben, ist allgemein bekannt. Gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse haben sie aber auch maßgeblichen Anteil daran, dass uns das Leben heute mehr Chancen bietet als früher. Die Sozialpolitik kann, wie die Europäische Kommission seit langem sagt, ein positiver Produktivfaktor sein. Eine Absicherung gegen soziale Risiken erleichtert den Wirtschaftswandel. Der Umstand, dass der Krankenversicherungsanspruch der Familie erlischt, wenn der Versicherte zu häufig seinen Arbeitsplatz verliert, gilt in den USA als Hauptgrund für protektionistische Bestrebungen.

Dass heute mehr Menschen Zugang zu höheren Bildungssystemen haben, wirkt sich erwiesenermaßen positiv auf die Ertragskraft aus, es hat aber auch zu tief greifenden Veränderungen im Verhalten der Mittelschicht geführt. Die Wahrscheinlichkeit, dass Frauen einen Beruf und eine Karriere anstreben, ist mit einem Hochschulabschluss sehr viel größer. Bildung eröffnet darüber hinaus aber auch neue geistige und kulturelle Horizonte und trägt so zu der „Werteverschiebung“ bei, die sich derzeit in unseren Gesellschaften vollzieht.

Die Ausmerzungen extremer Armut und eine umfassende Gesundheitsversorgung haben zu einer Verlängerung der Lebensdauer beigetragen. Dank Rente und Sozialversicherung sind völlige Mittellosigkeit und unwürdige Lebensverhältnisse im Alter, wie sie einst gang und gäbe waren, sehr viel seltener geworden, auch wenn jeder Sechste, hauptsächlich Frauen, im Alter immer noch in Armut lebt. Ältere Menschen haben heutzutage einen größeren Anteil am Gesamtwohlstand und Gesamteinkommen eines Landes als früher. In den EU-15 bedeutet die „alternde Gesellschaft“ derzeit für viele einen langen und komfortablen Ruhestand.

Dieser Umstand hat eine größere Diskussion über den Generationenvertrag in Gang gesetzt. Als die ersten Sozialversicherungssysteme geschaffen wurden, stellten nur wenige die Tragfähigkeit des Umlageverfahrens in Frage. Die wachsende Zahl junger Arbeitskräfte, Vollbeschäftigung und die begrenzte Lebenserwartung der Rentner schien den Bestand des Systems auf lange Sicht zu garantieren. Die politische Diskussion konzentrierte sich in erster Linie ausgehend von den Sozialbeiträgen und Sozialleistungen auf den Grad der Umverteilung zwischen Arm und Reich. Als sich das demographische Gefüge zu ändern begann, forderten die Liberalen die Umstellung auf kapitalgedeckte Systeme und private Vorsorge. In den Mitgliedstaaten, die damit experimentierten, gab es jedoch Probleme aufgrund von irregulären Praktiken beim Angebot privater Altersvorsorge, Börsenschwankungen und Risikopooling. Die meisten Mitgliedstaaten haben sich stattdessen für eine Reform ihrer Umlagesysteme entschieden mit einer Anhebung des Rentenalters,

Kürzung der Leistungen und Erhöhung der Beiträge. Rentner und Personen, die sich dem Ruhestand nähern, blieben jedoch weitgehend verschont, um den politischen Rückhalt für diese Reformen nicht zu gefährden. Fairness und Gleichbehandlung blieben dabei aus verständlichen politischen Erwägungen heraus auf der Strecke. In einigen Mitgliedstaaten bedarf es allerdings noch größerer Reformanstrengungen, um die Altersvorsorge langfristig zu sichern.

Durch die nahezu lückenlose Bereitstellung von Sozialleistungen (trotz einiger erheblicher Defizite wie beispielsweise die fehlende soziale Unterstützung von ledigen Erwerbslosen in Italien) hat der Einzelne fraglos an Unabhängigkeit gewonnen, wenngleich in einigen Fällen möglicherweise auch neue Abhängigkeiten geschaffen worden sind. So sind z. B. die wirtschaftlichen Folgen des Scheiterns einer Beziehung, speziell für Frauen, durch die Gewährung von Sozialleistungen für Kinder abgefedert worden. Der sozialen Not von Alleinerziehenden wurde dadurch ebenso Rechnung getragen wie den grundlegenden Bedürfnissen der Kinder, die sich schließlich ihre Eltern nicht aussuchen können.

Gleichzeitig sind aber die Familien, gleich, wie man sie definiert, auch „anfälliger“ geworden. Unsere freigiebigen Sozialstaaten verringern erfolgreich die Armut, lassen aber Defizite erkennen, wenn es darum geht, neue Chancen zu eröffnen, wie die Zahl der Langzeitarbeitslosen, Langzeitkranken, Arbeitsunfähigen und Quasi-Frührentner in Europa zeigt. Das Fürsorgesystem, so wird zum Teil behauptet, halte die Menschen in einem Abhängigkeitsverhältnis gefangen, aus dem sie sich nur schwer bzw. bisweilen gar nicht mehr befreien könnten.

Dies hat unbestreitbar Auswirkungen auf Arbeitsanreize. Die Erfahrungen in den skandinavischen Ländern zeigen, dass sich der Sozialstaat den Arbeitslosen gegenüber so lange großzügig geben kann, wie Leistungen an echte Gegenleistungen geknüpft sind, die sowohl von der Fähigkeit der Behörden, eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu betreiben, abhängen als auch von der Bereitschaft des Einzelnen, sich aktiv um Arbeit zu bemühen.

Vielen Mitgliedstaaten¹¹ gelingt es zwar, die Armut zu verringern, sie lassen aber Defizite erkennen, wenn es darum geht, neue Chancen zu eröffnen. Die Umwandlung des sozialen Netzes, das den sozialen Abstieg abfedert, in ein Trampolin, das es dem Menschen ermöglicht, sich nach persönlichen Rückschlägen, die das Leben gelegentlich für uns bereithält, wieder nach oben zu arbeiten, ist noch nicht ganz gelungen. Viel zu häufig hat man beispielsweise in der Vergangenheit versucht, die sozialen Folgen wirtschaftlicher Umstrukturierung durch Vorruhestandsregelungen abzufangen, statt ältere Arbeitnehmer wieder auf eine Weise in den Arbeitsmarkt zu integrieren, die sowohl Europas Wachstums- und Beschäftigungsstrategie als auch der demographischen Herausforderung gerecht geworden wäre. Einige Mitgliedstaaten haben mit Erfolg eine aktive Arbeitsmarktpolitik betrieben, die konsequent auf dem Prinzip von Rechten und Pflichten aufbaut: Darin liegt der große Vorteil des „dänischen Modells“, das jedoch weit reichende staatliche Eingriffe erfordert, die mit relativ hohen Kosten verbunden sind. Angestammte soziale Rechte, die nicht auch mit klaren Pflichten verbunden sind, können zu der Vorstellung verleiten, das System werde ausgenutzt, was wiederum den Gedanken der sozialen Gerechtigkeit unterminiert, auf dem die für die europäischen Sozialmodelle charakteristische Solidarität beruht. Die Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit werden außerdem durch die

¹¹Sapir, A., „Globalisation and the Reform of European Social Models“, Hintergrundinformation für die informelle Tagung des ECOFIN-Rats in Manchester, September 2005.

zunehmende Vielfalt unserer Gesellschaften und das (häufig irrige oder vorgefertigte) Bild von der Arbeitswilligkeit bestimmter Gruppen und den mutmaßlichen Missbrauch von Sozialleistungen ins Wanken gebracht.

1.3. Die Folgen eines breiten Wohlstands

Die meisten EU-Bürger mittleren Alters würden gemessen am Lebensstandard ihrer Eltern und Großeltern als wohlhabend gelten. Dies gilt selbst für einige neue Mitgliedstaaten, nachdem deren Volkswirtschaften den vorübergehenden drastischen Rückgang im Lebensstandard als Folge des wirtschaftlichen und politischen Umbruchs aufgefangen haben. Der größte Teil Europas kann gemessen an den Statussymbolen der Nachkriegs-Überflusgesellschaft – Eigenheim, eigenes Auto, Zentralheizung, Fernsehen, Kühl- und Gefrierschrank, Waschmaschine und Geschirrspüler sowie Ferien im Ausland – auf eine Erfolgsgeschichte zurückblicken.

Der breite Wohlstand hat Horizonte erweitert und die Auswahl an Lebensentwürfen vervielfacht. Fernsehen und Video, seit 15 Jahren auch die Mobiltelefonie und das Internet und dazu noch die zunehmende Reisefreiheit haben die kulturelle Isolation einstiger geschlossener ländlicher und industrieller Gemeinschaften aufgebrochen, die nun plötzlich Zugang zu einer Flut an Informationen und Erfahrungen erhalten und weltweiten Einflüssen ausgesetzt sind.

Nachdem die grundlegenden Konsumbedürfnisse der Wohlstandsgesellschaft befriedigt waren, haben steigende Einkommen neue Bedürfnisse in einer zunehmend postmaterialistischen Gesellschaft geweckt: die Verbraucher haben neue Hobbies, Bio-Lebensmittel, Sport und Personal Trainer (ein Bereich, in dem viele neue Arbeitsplätze entstehen) sowie persönliche Beratung für sich entdeckt, die Unternehmen alle Arten von Beratung und die Politik Umweltbelange. Dies entspricht genau den Vorhersagen des amerikanischen Soziologen Maslow und seiner „Bedürfnispyramide“, auf der die Menschen Schritt für Schritt nach oben steigen, sobald ihre materiellen Grundbedürfnisse befriedigt sind¹². Diese Entwicklungen sind charakteristisch für die Nachfrageseite der Wissensgesellschaft. Einen Kontrast hierzu bilden die Armen, die selbst in reicheren Mitgliedstaaten materielle Not erfahren können. So hatten beispielsweise die Kinder von Alleinerziehenden im Vereinigten Königreich (auch wenn sich die Situation seither verbessert hat) in einem von 12 Fällen keine warme Mahlzeit am Tag oder kein wetterfestes Bekleidungsstück, in einem von vier Fällen kein kindgerechtes Spielzeug und kein Sportgerät und in drei von vier Fällen keinen zumindest einwöchigen Urlaub¹³.

1.4. Der Bürger als Konsument

Im Zeitalter der Wohlstandsgesellschaft definiert sich der Einzelne stärker über sein Konsumverhalten als durch Leistung. Er kann sowohl kritisch sein, indem er beispielsweise gesündere Lebensmittel oder umweltfreundliche Produkte nachfragt, als auch gleichzeitig darauf bedacht sein, über sein Verbraucherverhalten seine gesellschaftliche Stellung zur Schau zu stellen. Konsum ist für den Menschen so wichtig geworden, dass er bereit ist, sich in Schulden zu stürzen, um weiter konsumieren zu können. In 12 der EU-15-Mitgliedstaaten

¹² Maslow, A., *A Theory of Human Motivation*, 1943.

¹³ Die Zahlen sind einem Vortrag von John Hills mit dem Titel „Inequality and the State“ (London School of Economics) anlässlich der Ralph Miliband Lecture zum Thema Ungleichheiten vom Oktober 2004 entnommen.

stiegen die Schulden pro Person von durchschnittlich 14 322 EUR im Jahr 2002 auf 16 337 EUR im Jahr 2004. Dies entspricht einem prozentualen Anteil am jährlichen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte von 90 %. Vieles deutet darauf hin, dass die meisten von uns die „hedonistische Tretmühle“ letztlich als unbefriedigend empfinden; bei denjenigen, die in dem Konsumwettbewerb nicht länger mithalten können, scheint sie Auslöser für Stress zu sein und fehlendes Selbstwertgefühl und das Gefühl persönlichen Versagens noch zu verstärken. Während somit einerseits gesundes Essen, Diäten, Fitness und Jogging zum Massenphänomen geworden sind, gelten andererseits psychosoziale Faktoren heutzutage als mitverantwortlich für Alkoholexzesse, Übergewicht und psychische Erkrankungen.

Was die Familie anbelangt, so erfolgt die Entscheidung für oder gegen Kinder größtenteils bewusst. Das heutige Europa hat sich zu einer Gesellschaft entwickelt, in der Kinder als wertvoll angesehen werden („prized child“) und Fragen wie die Sicherheit oder sexueller Missbrauch von Kindern Anlass zu wachsender Sorge geben. Mit der Wohlstandsgesellschaft hielt neues Kinderspielzeug, neue Spiele und neue schulische Aktivitäten Einzug. Kinderarmut ist deshalb ein ernstes gesellschaftliches Problem, auch wenn materielle Grundbedürfnisse wie Essen, Unterkunft und Bekleidung befriedigt sind. Gleichzeitig sind neue Phänomene wie Übergewicht und ADS bei Kindern zu beobachten.

Medien und Werbung haben eine Wirkung entfaltet, die sie zum bestimmenden Merkmal des sozialen Wandels macht; sie formen unser Umfeld, unsere Entscheidungen und unseren Wissensstand. Im Zeitalter der zunehmenden totalen Vernetzung sind die Medien nahezu allgegenwärtig. Wir als Individuum, als Eltern oder als Jugendlicher möchten gut informiert sein, bevor wir uns unsere Meinung bilden über das, was wir sehen, bevor wir etwas tun oder etwas konsumieren, aber hinter dieser Entscheidungsfreiheit steht eine permanente, zunehmend aggressivere Werbung. Eltern möchten entscheiden, was ihre Kinder sehen dürfen, der Einzelne möchte Qualität, Herkunft und Auswahl der ihm zur Verfügung stehenden Informationen beurteilen können, doch gelenkt wird der Verbraucher durch die unsichtbare Hand des Marketing. Damit stellt sich die Frage nach den Verantwortlichkeiten.

1.5. Gleichstellung von Frauen und Männern und demographischer Wandel

Eine der größten Veränderungen, die der Wohlstand gebracht hat, betrifft die Stellung der Frau in der Gesellschaft. Das Ideal der Gleichstellung von Mann und Frau am Arbeitsplatz und bei der Kinderbetreuung ist zwar noch längst nicht verwirklicht, aber dennoch sind beträchtliche Fortschritte festzustellen. In den fünfziger Jahren erlöste der technische Fortschritt die Frauen allmählich von den Mühen der täglichen Hausarbeit. Heutzutage sind Essen- und Saubermachen weitaus weniger zeitaufwändig als früher, zumal auch mehr Männer zumindest teilweise Verantwortung im Haushalt übernehmen. Zwar sind viele Frauen durch Haushalt, Kinder, Betreuung der Eltern und Berufstätigkeit immer noch enorm stark belastet, aber immerhin geht die Mehrheit der Frauen im erwerbstätigen Alter (55,7%) in den Mitgliedstaaten inzwischen einer bezahlten Beschäftigung nach: Ausnahmen bilden lediglich Italien, Polen, Spanien und Malta. In Dänemark und Schweden liegt die Erwerbsquote bei Frauen sogar bei über 70 %. In der gesamten EU gehen die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Erwerbsquote weiterhin zurück; die Differenz beträgt inzwischen nur noch 15 %. Über ein Viertel aller erwerbstätigen Frauen arbeiten Teilzeit, wobei von dieser Möglichkeit allerdings nicht in allen Mitgliedstaaten in gleichem Maße Gebrauch gemacht

wird (die Spanne reicht von 53 % in den Niederlanden bis zu lediglich 10 % in Portugal und 11 % in Finnland)¹⁴.

Haushalte mit Doppelverdienern sind inzwischen die Regel. Ausschlaggebend für die finanzielle und gesellschaftliche Stellung einer Familie ist heutzutage nicht mehr der Verdienst des „männlichen Brotverdieners“, sondern die Einkommensstärke beider Partner und die Dauerhaftigkeit ihrer Beziehung.

Fast überall in der EU sind Geburtenrückgänge zu verzeichnen, und das trotz des häufig vermuteten Gefälles zwischen dem einst größtenteils protestantischen und jetzt weitgehend säkularisierten und individualistischen Norden und dem katholischen, familienorientierten Süden Europas. Doch gerade in den südeuropäischen Ländern haben sich die Frauen besonders stark gegen die traditionelle Mutterrolle aufgelehnt und auf Kinder verzichtet. Dort ist der Konflikt zwischen Beruf und Familie besonders ausgeprägt. .

Die Geburtenraten sind seit den 60er Jahren um 45 % zurückgegangen. 1960 lag die Geburtenrate in den EU-15 noch bei 2,69 Kindern, 1980 bei 1,82 und im Jahr 2000 gar nur noch bei 1,53 Kindern. In Irland sank die Geburtenrate beispielsweise von 3,2 Kindern im Jahr 1980 auf 1,9 Kinder im Jahr 2000, in Griechenland, Spanien und Portugal lag die Geburtenrate im Jahr 2000 sogar nur bei 1,3 Kindern. Die neuen Mitgliedstaaten sind unabhängig vom Grad ihrer Säkularisierung ebenfalls Zeugen eines vergleichbaren dramatischen Geburtenrückgangs. Hierin zeigt sich, dass das Vertrauen in die Zukunft infolge der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erschütterungen in der Phase des Umbruchs gelitten hat. Im Jahr 2003 lag die durchschnittliche Geburtenrate in den 25 Mitgliedstaaten der EU bei 1,48 Kindern und damit weit unter der Zahl von 2,1 Kindern, die zur Aufrechterhaltung des derzeitigen Bevölkerungsstands (Migration ausgenommen) als notwendig gilt.

Frauen heiraten heute durchschnittlich mit 28 Jahren zum ersten Mal, d.h. fünf Jahre später als noch vor zwanzig Jahren. Dank wirksamer Verhütungsmethoden können Paare eigenverantwortlich entscheiden, ob und wann sie Kinder bekommen möchten, wenngleich vieles dafür spricht, dass Frauen aufgrund wirtschaftlicher Zwänge weniger Kinder in die Welt setzen, als sie eigentlich wollen¹⁵.

Unsere heutigen Gesellschaften haben weniger Kinder und Jugendliche und dafür umso mehr Rentner. 1950 waren noch 40 % der Bevölkerung der EU-25 unter 25 Jahren, bis zum Jahr 2000 sank ihr Anteil auf 30 % und im Jahr 2025 soll diese Zahl auf weniger als ein Viertel zurückgehen. Im Gegensatz dazu war 1950 nur knapp jeder Zehnte über 65 Jahre alt, im Jahr 2000 war es schon jeder Sechste und 2025 wird es jeder Vierte sein. Diese Angaben sind mehr als nur ein reines Zahlenspiel. Sie beeinflussen Verbrauchergewohnheiten, den Bedarf an Haus- und Pflegepersonal, soziale Verhaltensweisen und politische Prioritäten, denn in unseren Demokratien machen auch die älteren Menschen von ihrem Wahlrecht Gebrauch.

¹⁴ Manning, A. und Petronoglo, B., *The Part Time Pay Penalty*, UK Women's Equality Unit, Centre for Economic Performance, London School of Economics.

¹⁵ Aus einer Eurobarometer-Umfrage unter Frauen, die über das gebärfähige Alter hinaus sind, geht hervor, dass diese anstatt der durchschnittlich 2,1 Kinder lieber 2,3 Kinder gehabt hätten.

1.6. Der Trend zur Individualisierung

Die meisten Soziologen sind der Auffassung, dass der Massen-Wohlstand zu zunehmender Individualisierung in der europäischen Gesellschaft geführt hat. Die Anfänge dieses Trends gehen zurück auf die 50er und 60er Jahre, als zum ersten Mal eine Massen-Jugendkultur entstand. Hierdurch änderten sich die Einstellungen gegenüber Autoritäten, der Familie und den Ansprüchen der Normalbürger an das Leben. Leben war nicht länger etwas, was im Rahmen der Gemeinschaft, in die man hineingeboren wurde - Arbeiter oder Bauer, Stadt oder Land, Kirche oder religiöse Sekte - akzeptiert und geführt wurde. Die Erwartungen an die persönliche Selbstverwirklichung sind gestiegen. Zunehmend betrachten die Menschen heutzutage ihr Leben als eine persönliche Biografie, die sie für sich selbst schreiben. Dies bedeutet nicht, dass sich die Menschen nicht mehr um einen „gesellschaftlichen Zusammenhalt“ kümmern: Umfragen weisen im Gegenteil darauf hin, dass viele dies tun, aber ein Großteil möchte nicht zu den alten Zwängen der Familie, Gesellschaftsschicht oder Religion zurückkehren.

Europa, insbesondere, jedoch nicht ausschließlich Nordeuropa, ist wesentlich weniger religiös als die Vereinigten Staaten. Obwohl nur 30 % der Europäer regelmäßige Kirchgänger sind, 40 % nur bei besonderen Anlässen, halten drei Viertel nach wie vor einen Gottesdienst bei Geburten, Hochzeiten und Todesfällen für angemessen. Mehr als drei Viertel der Polen, rund zwei Drittel der Iren und mehr als die Hälfte der Italiener und Portugiesen gehen mindestens einmal im Monat zur Kirche. In Großbritannien, Finnland und Lettland sind dies weniger als ein Viertel, in Tschechien, Dänemark, Estland, Frankreich und Schweden weniger als ein Achtel. Allerdings ist Europa nicht so verweltlicht, wie viele Menschen glauben. Viele der Europäer, die nicht religiös sind, betrachten sich selbst als Kirchenmitglieder, insbesondere dort, wo es Staatkirchen gibt - das Phänomen der „Zugehörigkeit ohne Glauben“. Aber es gibt auch Europäer, die sich für fromm halten, jedoch nicht in die Kirche gehen.

Einige sind der Auffassung, dass *der Rückgang der Kirchenbesuche seit den 60er Jahren nicht nur auf den Trend der Verweltlichung zurückzuführen ist, sondern Teil des allgemeinen Bedeutungsverlusts weltlicher Institutionen wie politischer Parteien, Gewerkschaften und organisierter Freizeitaktivitäten, die regelmäßige Zusammenkünfte voraussetzen, ist*¹⁶. Andererseits gibt es im Ländervergleich zwischen den Mitgliedstaaten eine kaum ausgeprägte Beziehung zwischen regem Kirchenbesuch und gesellschaftlichem Engagement. Sozialwissenschaftler, die sich mit der Frage des sozialen Kapitals in Europa beschäftigen, haben festgestellt, dass die Bürgergesellschaft auf einer Nord/Süd-, West/Ost-Achse stärker ausgeprägt ist. Die Polen sind die häufigsten Kirchengänger in Europa, ihr gesellschaftliches Engagement seit der Demokratisierung ist jedoch schwach und dürfte seit 1990 weiter abgenommen haben. Die Nordeuropäer gehen selten in die Kirche. Aber zusammen mit den Niederländern und Briten beteiligen sie sich am aktivsten an irgendeiner Form von Freiwilligendienst. Dies verweist auf ein weiteres Paradox: Freiwilligenarbeit ist offensichtlich eine Ergänzung und kein Ersatz für einen hoch entwickelten Sozialstaat¹⁷.

Die Individualisierung stellt das demokratische Engagement vor eine große Herausforderung. Die alte politische Unterteilung nach Klassen- oder Religionszugehörigkeit ist kaum noch

¹⁶ Schepens, T., *Atlas of European Values*, Loek Halman, Ruud Luijckx und Marga van Zundert (Hg.), Universität Tilburg (2005).

¹⁷ Bartkowski, J. und Jasinka-Kania, A., „Voluntary Organisations and the Development of Civil Society“, in *European Values at the Turn of the Millennium*, Arts und Halman (Hg.), 2004.

relevant. In vielen Mitgliedstaaten gehen immer weniger Bürger zur Wahl, wobei die Wahlbeteiligung in den neuen Demokratien in Südeuropa interessanterweise relativ hoch ist, während sie in den ehemals kommunistischen Mitgliedstaaten generell niedrig ist wie auch das gesellschaftliche Engagement. Besonders besorgniserregend ist das Niveau der Wahlbeteiligung bei den Jüngeren und bei den sozialschwächeren Schichten. Hier stellt sich die schwierige Frage, inwieweit unsere politischen Systeme in der Lage sind, auf die sozialen Herausforderungen des neuen Zeitalters zu reagieren. In vielen Mitgliedstaaten haben Parteien am äußersten rechten und linken Rand des politischen Spektrums wachsenden Zulauf, woran die zunehmende Unzufriedenheit mit dem bestehenden politischen System und die Einschätzung sichtbar wird, dass die Politik nicht in der Lage ist, sich der Sorgen der Bevölkerung anzunehmen. Unterstützung erhalten diese Parteien verstärkt von Menschen, die aus dem Übergang von der alten Industriegesellschaft zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft von heute als Verlierer hervorgegangen sind. Der Trend zur Individualisierung hat eindeutig die persönliche Freiheit verbessert. Einige fragen jedoch, welche Werte dabei auf der Strecke geblieben sind.

Innerhalb einer Generation hat sich die Scheidungsrate nahezu verdoppelt. 50 % der 1960 geschlossenen Ehen endeten bisher in Scheidung, bei den 1980 geschlossenen Ehen waren es 28 %. Das Scheidungsmuster folgt eher dem Muster „gläubig oder weltlich“ als dem Muster der Geburtenhäufigkeit. Die Mitgliedstaaten mit der niedrigsten Scheidungsrate im Jahre 2003 waren angefangen bei Irland mit dem niedrigsten Wert, Italien, Griechenland, Spanien, Polen und Slowenien. Die Mitgliedstaaten mit der höchsten Scheidungsrate waren die Tschechische Republik, Litauen, Estland, Belgien, Dänemark und das Vereinigte Königreich.

Die Ehe ist kein guter Indikator für Beziehungsstabilität (falls sie dies jemals war). Zunehmend leben Menschen während eines Lebensabschnitts mit einem Partner ohne Trauschein zusammen. Aus der Generation der 60er Jahre gaben 60 % der Dänen und Schweden, die sich mittlerweile in der Altersgruppe der 50-Jährigen befinden, bei der europäischen Sozialstudie an, dass dies bei ihnen der Fall gewesen sei - gegenüber weniger als einem Achtel in Griechenland, Portugal, Polen und Spanien und rund einem Viertel in Großbritannien und Deutschland.

Paare, die in der heutigen Zeit zusammenleben, sind zunehmend darauf eingestellt, Kinder zu haben, ohne vorher zu heiraten. Mehr als ein Viertel der Kinder werden nichtehelich geboren: von 56 % in Schweden (über 40 % in Dänemark, Frankreich, Finnland und im Vereinigten Königreich) bis weniger als 10 % in Italien. Allerdings hat sich der Anteil der nichtehelichen Geburten in Italien seit 1960 verdoppelt.

Es wird lebhaft diskutiert, wie diese Trends zu interpretieren sind. Einige Wissenschaftler sind beispielsweise der Auffassung, dass zunehmende Scheidungsraten nicht auf eine Abkehr von der Ehe hindeuten, sondern vielmehr auf gestiegene Ansprüche an die Zufriedenheit in der Ehe¹⁸. Es ist nicht zu bestreiten, dass heute an die Ehe, was die Qualität der Beziehung zum Partner betrifft, höhere Erwartungen gestellt werden als in der Vergangenheit.

Die Individualisierung sowie die größere berufliche und geografische Mobilität scheinen den Zusammenhalt der Familien in Europa zu schwächen:

¹⁸ So die Auffassung von Skolnick, A. „Change of Heart: Family dynamics in historical perspective“, in Cowan und andere, *Family, Self and Society*, Laurence Erlbaum Associates, 1993.

- Die Dauer der Abhängigkeit der Kinder von ihren Eltern variiert entsprechend den einzelstaatlichen Hochschulsystemen und Berufsaussichten. Manchmal erfolgt der Studienabschluss erst mit Anfang 30. In den EU-25 lebt die Hälfte der Kinder bis zum Alter von 25 bei den Eltern, ein Fünftel bis zum 30. Lebensjahr.
- Ein Achtel der Erwachsenen lebt alleine, selbst in den besten Jahren – ein Anstieg um 50 % in zwei Jahrzehnten.
- Familienstrukturen werden brüchiger und es kommt häufiger zu Scheidungen, so dass viele Großeltern den Kontakt zu ihren Enkeln verlieren. Nur ein Viertel der Großeltern kümmert sich regelmäßig um die Enkel, und die Hälfte kümmerte sich in einem Zeitraum von 12 Monaten überhaupt nicht um sie.

Die Europäer werden zunehmend toleranter gegenüber verschiedenen sexuellen Ausrichtungen und Lebensstilen. Beispielsweise sind fast die Hälfte der Dänen, die in den 60er Jahren erwachsen wurden, überzeugt, dass Homosexuelle so leben können sollten, wie sie es wünschen. In Belgien, Tschechien, den Niederlanden, Finnland, Frankreich und Schweden ist man der gleichen Ansicht. Hiermit nicht einverstanden ist eine große Mehrheit der Südeuropäer und der Polen.

Die europäische Wertestudie versucht die Toleranz in einer Vielzahl von Bereichen zu messen. Homosexualität ist ein kontroverseres Thema als Scheidung, Sterbehilfe oder Abtreibung, wird jedoch stärker toleriert als eheliche Untreue, Steuerhinterziehung, Missbrauch des Sozialsystems, Drogenkonsum oder Alkohol am Steuer. Der Atlas der europäischen Werte kommt zu dem Schluss, dass die Toleranz nicht so weit verbreitet ist wie einige glauben, und dass es keine Hinweise darauf gibt, dass sie zu einem umfassenden moralischen Verfall führt¹⁹.

Insgesamt stellt der Atlas der Europäischen Werte als Fazit fest, dass *die USA nicht der Prototyp der kulturellen Modernisierung sind: Sie haben ein viel traditionelleres Wertesystem als alle anderen modernen Industriegesellschaften.* Im Hinblick auf Persönlichkeitsentwicklung und Eigenständigkeit erreichen den Ergebnissen der Studie zufolge eher Schweden und die Niederlande die besten Werte. Sie sind am weitesten in Sachen Modernisierung und Postmaterialismus vorangekommen: *„Die Europäer müssen nicht über den Atlantik, sondern in den Norden schauen, um ihre Zukunft zu sehen“*²⁰.

2. UNTERSUCHUNG DES WOHLBEFINDENS DER EUROPÄER IM POSTINDUSTRIELLEN ZEITALTER

Subjektive Untersuchungen deuten auf ein hohes Maß an persönlicher Zufriedenheit in Europa hin (siehe Schaubild 2). Bei einer Eurobarometer-Umfrage im April 2006 gaben 81 % der EU-25-Bürger an, dass sie mit ihrem Leben zufrieden sind, während 19 % unzufrieden waren. Untersuchungen der persönlichen Zufriedenheit zeigen regelmäßig, dass der Grad der Zufriedenheit mit der Familie, der Wohnung, dem gesellschaftlichen Leben und den Beziehungen zu Freunden und Kollegen sehr hoch ist. Gleich dahinter folgen die Zufriedenheit mit den Nachbarn, der Gesundheit und dem Arbeitsplatz.

¹⁹Atlas of European Values, a. a. O., S. 108.

²⁰A. a. O., S. 128.

Die persönliche Zufriedenheit ist in Dänemark, Luxemburg, Schweden, den Niederlanden und Irland am höchsten. In den EU-15 ist sie in Griechenland, Italien und Portugal am niedrigsten. Im ehemaligen Ostdeutschland ist sie wesentlich niedriger als in Westdeutschland. In den neuen Mitgliedstaaten liegt sie 13 Punkte unter dem Durchschnitt der EU-15. Bemerkenswert ist, dass Bulgarien und Rumänien die einzigen neuen Mitgliedstaaten sind, in denen die Mehrheit der Menschen mit ihrem Leben unzufrieden ist.

Laut Untersuchungen der sozialen Situation in Europa ist der einzige Bereich, in dem die persönliche Zufriedenheit abfällt, die finanzielle Situation. Hiermit sind nur 68 % der Befragten zufrieden. Bezeichnenderweise sinkt diese Zahl auf einen Wert von 17 % bei denjenigen, die mit ihrem Leben unzufrieden sind. Je weniger wohlhabend das Land, desto wahrscheinlicher ist es, dass die finanzielle Situation des Einzelnen seine persönliche Zufriedenheit beeinträchtigt.

Zufriedenheit ist nicht das gleiche wie Glück. Aber im Vergleich zum Großteil der übrigen Welt erweisen sich die Europäer durchaus als glücklich. Was kennzeichnet glückliche Menschen? Der Atlas der Europäischen Werte zeigt, dass in Ehen oder Partnerschaften lebende bzw. Unverheiratete wesentlich glücklicher sind als getrennt Lebende, Geschiedene oder Verwitwete, dass die unter 45-Jährigen etwas glücklicher sind als die über 45-Jährigen, und dass Frauen ohne Kinder etwas glücklicher sind als Frauen mit Kindern, während das Gegenteil für Männer gilt. Diese Gegensätze gelten im Allgemeinen unabhängig davon, ob ein Land reich oder arm ist.

Geld erscheint aber dennoch als Zünglein an der Waage. In den im Allgemeinen „glücklichen“ Beneluxländern halten sich 53 % der besser Verdienenden gegenüber nur 32 % der schlechter Verdienenden für glücklich. Im Ländervergleich ist die Zahl derjenigen, die sich als sehr glücklich bezeichnen, mit über 40 % am höchsten in Nordirland, den Niederlanden, Dänemark, Irland und Belgien (alles wohlhabende kleine Sozialstaaten), während der Anteil in ganz Mittel- und Osteuropa unter 20 % liegt, interessanterweise aber auch in Deutschland, Spanien und Portugal²¹.

Subjektive Untersuchungen der persönlichen Zufriedenheit und des Glücks haben jedoch als Instrumente der Sozialforschung ihre Schwächen. Die Fähigkeit zum Glückseligsein liegt sowohl in unserer Natur, d. h. in unseren Genen, als auch in unserer gesellschaftlichen Situation begründet, und dies erklärt zum Teil, warum – zumindest in wohlhabenden Ländern – subjektive Messungen im Laufe der Zeit kaum ein anderes Bild ergeben. Auch die individuellen Erwartungen an Glück und Zufriedenheit werden durch die Gesellschaften, in denen die Menschen leben, bestimmt: Eine bessere Sozialordnung kann durchaus dazu führen, dass die Menschen glücklicher oder zufriedener sind, als es ihnen vielleicht selbst bewusst ist. So seien, wie der Wirtschaftswissenschaftler und Sozialtheoretiker Amartya Sen hervorhebt, einige Sklaven glücklich gewesen, weil sie sich ein Leben in Freiheit nicht hätten vorstellen können. Dies ist jedoch kaum ein gutes Argument für Sklaverei.

Es gibt eine Unmenge wissenschaftlicher Literatur über Untersuchungen des Wohlergehens und der „sozialen Qualität“. Diese Arbeiten werden von internationalen Gremien wie den Vereinten Nationen, der Weltbank und der OECD unterstützt²². Diese Themen sind auch

²¹Atlas of European Values, a. a. O., S. 116-118.

²² Stefan Bergheim (Deutsche Bank Research) hat einen interessanten Aufsatz über das Messen von Wohlergehen verfasst (September 2006). Siehe auch Boarini, R., Johannson, A. und Mira d'Ercole, M.

Gegenstand einer eingehenderen Untersuchung des Beratergremiums für europäische Politik (BEPA).

Wirtschaftswissenschaftlicher haben eine Anpassung der BIP-Daten zur Messung von Wohlfahrt versucht. Dabei geht es häufig um den Nachweis, dass das höhere BIP in den Vereinigten Staaten im Vergleich zu Europa nicht unbedingt auf einen höheren Lebensstandard hindeutet. Zu den Gründen für den Abzug eines Teils des US-BIP gehören in der Regel größere Ausgaben für Heizung und Klimaanlage aufgrund des extremeren Wetters, die Nutzung von Kraftfahrzeugen aufgrund fehlender öffentlicher Nahverkehrsangebote, sehr viel höhere Ausgaben für Haftanstalten und Polizei und ein stark umstrittenes (manche würden sagen ‚gescheitertes‘) Strafrechtssystem, Gerichtskosten aufgrund des geringeren Anteils vertrauensvoller Beziehungen sowie die Unzulänglichkeiten des amerikanischen Gesundheitssystems²³.

Wissenschaftler im Bereich der Sozialpolitik haben messbare Indikatoren für den sozialen Fortschritt gesucht. Beispielsweise ist der Index für menschliche Entwicklung (HDI) der Vereinten Nationen, der sich aus Bruttoinlandsprodukt, Bildungsgrad und Lebenserwartung zusammensetzt, eine nützliche Maßzahl für den sozialen Fortschritt in den Entwicklungsländern. Er eignet sich jedoch kaum zum Vergleich der entwickelten Länder.

Innerhalb der EU haben sich die Mitgliedstaaten auf eine Reihe von Indikatoren geeinigt, um den Stand der sozialen Integration verfolgen zu können. Das Projekt der European Foundation of Social Quality zur Überprüfung der Aussagekraft von Indikatoren für die soziale Qualität wurde von der GD Forschung der Europäischen Kommission unterstützt. Bisher hat dies dazu geführt, dass Forscher ein umfassendes Verzeichnis von Indikatoren unter den vier Rubriken sozioökonomische Sicherheit, gesellschaftlicher Zusammenhalt, soziale Eingliederung und soziale Selbstständigkeit aufgestellt haben²⁴. Was diese Indikatoren genau umfassen, ist allerdings höchst umstritten. Nur ein Beispiel: Geht es bei der Beurteilung der sozioökonomischen Sicherheit und der hierfür entscheidenden Beschäftigungsdimension um die Sicherheit des jetzigen Arbeitsplatzes oder um die Beschäftigungsfähigkeit in Bezug auf künftige Arbeitsplätze? Auch der Aspekt der Nachhaltigkeit darf nicht außer acht gelassen werden.

Der vorliegende Aufsatz folgt einem eher impressionistischen und selektiven Ansatz. Eine einfache Maßzahl des menschlichen Wohlergehens kann durchaus die Zahl der „glücklichen Lebensjahre“ sein²⁵: eine Kombination zwischen subjektivem Lebensgenuss und objektiver Lebensdauer.

Beurteilt man sowohl subjektiv das Glück und objektiv die Lebenserwartung, dann können die Europäer durchaus optimistisch sein. Die wohlhabendsten Mitgliedstaaten erreichen in

„Alternative Measures of Well-being“, in *OECD Social, Employment and Migration Working Papers* 33 (2006).

²³ Siehe Boltho, A., *What is wrong with Europe?* (1993). Boltho zieht darin 7-8 % vom US-BIP ab. Siehe auch Gordon, R., *Issues in the Comparison of Welfare between Europe and the United States*, Venice Summer Institute, Juli 2006, wonach das gemessene Pro-Kopf-BIP den europäischen Wohlstand im Vergleich zu den USA um rund 44 % des Abstands zwischen EU und USA zu niedrig angibt.

²⁴ Van der Maesen, L. und Walker, A., „Indikatoren der sozialen Qualität: Ergebnisse des European Scientific Network“ in *European Journal of Social Quality*, Volume 5.

²⁵ Dieses Konzept verdanken wir einer Reihe von Aufsätzen des niederländischen Experten Ruut Veenhoven, insbesondere „Subjective Measures of Well-being“, United Nations University, Diskussionspapier Nr. 2004/07 (April 2004).

punkto Glück die höchsten Werte. In den EU-15 gab es im 20. Jahrhundert die größten Fortschritte in der Geschichte der Menschheit im Hinblick auf die Lebenserwartung:

- Die Lebenserwartung bei der Geburt stieg von 43,5 Jahren bei Männern und 46,0 bei Frauen bei der vorletzten Jahrhundertwende auf 75,4 bzw. 81,4 bei der letzten Jahrhundertwende.
- Die Lebenserwartung ist seit 1960 stetig um durchschnittlich 8 Jahre angestiegen.
- Für das Jahr 2050 geht man von einer Lebenserwartung von 82,3 bei Männern und 87,4 bei Frauen aus.

Der Anstieg der Lebenserwartung in Westeuropa im 20. Jahrhundert ist eine außergewöhnliche soziale Errungenschaft. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde die Kinder- und Säuglingssterblichkeit erfolgreich bekämpft. In der Mitte des Jahrhunderts wurde Penizillin erfunden, die extreme Armut durch den Sozialstaat beseitigt, eine bessere Ernährung durchgesetzt und tödliche Krankheiten wie Tuberkulose nahezu ausgerottet. In jüngster Zeit konnte die Sterblichkeit bei Herzinfarkten, Schlaganfällen und Krebs erheblich zurückgedrängt werden.

Was bedeutet dies? Anders als im Europa des 19. Jahrhunderts ist der Tod keine Alltäglichkeit mehr. Immer weniger Erwachsene sterben in der Blüte ihrer Jahre. Anders als früher fallen die emotionalen und materiellen Verluste der Witwen und Waisen viel weniger auf.

Die USA weisen hingegen im Verhältnis zu ihrem Reichtum eine nicht so hohe Lebenserwartung auf. Sie erreichen nur den Durchschnitt der EU-25, der durch die relativ niedrige Lebenserwartung in den neuen Mitgliedstaaten verschlechtert wird. 1980 erreichten die USA bei der Bewertung der Entwicklungsindikatoren der Weltbank Platz 16 (von 173 Ländern) und im Jahr 2000 Platz 27 (von 191 Ländern) und lagen damit hinter Griechenland und Costa Rica.

Welche Faktoren können zu einem längeren und noch glücklicheren Leben führen? Diese Frage wollen wir im Folgenden untersuchen.

3. VERBESSERUNG DER SOZIALEN QUALITÄT

3.1. Beschäftigungschancen

Zusammen mit einer erfolgreichen, langfristigen Partnerschaft ist ein Arbeitsplatz, den man wünscht oder braucht, entscheidend für ein zufriedenes Leben. In diesem Bereich hat sich die Situation in Europa in den letzten Jahren verbessert. Die Erwerbstätigenquote hat seit der Jahrtausendwende um rund 4 % zugenommen, vor allem bei älteren Arbeitnehmern, liegt jedoch mit 64,7 % nach wie vor weit unter dem Ziel der Lissabon-Strategie von 70 % für 2010. Die allgemeine Lage hat sich in Italien, Spanien und Frankreich bei älteren Arbeitnehmern verbessert.

Die Arbeitslosigkeit bleibt jedoch in den meisten Mitgliedstaaten das wichtigste politische Problem: Dies steht in deutlichem Gegensatz zum Vereinigten Königreich, wo bei einer kürzlich durchgeführten MORI-Umfrage Arbeitslosigkeit mit nur 21 % an 10. Stelle der Themen aufgeführt wurde, die die Wahlentscheidung der Befragten beeinflussen würde.

Eurobarometer-Umfragen zeigen jedoch nach wie vor, dass rund die Hälfte der Bürger in Europa die Arbeitslosigkeit zu den beiden wichtigsten Problemen ihres Landes zählen – mehr als doppelt so häufig wie Kriminalität, Gesundheitsversorgung oder Einwanderung.

Bestimmte Regionen und Gruppen sind von Arbeitslosigkeit besonders stark betroffen:

- Die Jugendarbeitslosigkeit ist mit 18,7 % in der EU doppelt so hoch wie die Arbeitslosenquote insgesamt. Sie beträgt mehr als 20 % in Frankreich, Italien und Spanien und rund 40 % in Polen. Sie liegt in Frankreich und Südeuropa bei Frauen wesentlich höher als bei Männern.
- Die Arbeitslosenquoten unterscheiden sich viel stärker *innerhalb* der meisten Mitgliedstaaten als zwischen ihnen. Im Jahre 2003 lebten 11 % der Arbeitnehmer in den EU-15 – über 19 Millionen Menschen – in Regionen mit einer Arbeitslosigkeit von über 15 %. Hingegen leben weniger als eine Million Menschen in den Vereinigten Staaten in Bezirken mit dem gleichen Arbeitslosenniveau: Dieser Gegensatz verdeutlicht die Folgen unterschiedlicher Sozialsysteme und Mobilitätsbereitschaft²⁶.
- Von den 55-64 Jahre alten Menschen nehmen über 40 % der Männer und fast 60 % der Frauen fast nicht mehr am Arbeitsleben teil. Zwischen 1971 und 1999 sank die Beschäftigungsquote für Männer zwischen 55 und 64 Jahren von 73 % auf 39 % in Frankreich, von 77 % auf 48 % in Deutschland, von 79 % auf 49 % in den Niederlanden, von 82 % auf 62 % in Portugal, von 83 % auf 52 % in Spanien, von 83 % auf 67 % in Schweden und von 83 % auf 59 % im Vereinigten Königreich – und damit insgesamt erheblich in den meisten EU-15-Staaten und dramatisch in einigen Ländern²⁷.

Die Konzentration hoher Arbeitslosigkeit und niedriger Beschäftigung in bestimmten Regionen und insbesondere bei alten und jungen Arbeitnehmern deutet darauf hin, dass es in vielen Mitgliedstaaten erhebliche institutionelle Hemmnisse für den gleichberechtigten Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten gibt. Fortschritte bei der Überwindung dieser Hemmnisse und zur Steigerung der Beschäftigungsquoten sind im Hinblick auf die soziale Gerechtigkeit unerlässlich. Ein Arbeitsplatz ist für die individuelle Wahrnehmung der Zufriedenheit mit dem persönlichen Leben und Glück unerlässlich. Hierdurch wird für die Gesellschaft brach liegender Reichtum (*und Gemeinwohl*) mobilisiert, was ein Potenzial schafft, das genutzt werden kann, um einige der anderen in diesem Aufsatz genannten sozialen Probleme zu bewältigen.

3.2. Sind die Menschen mit ihrer Arbeit zufrieden?

Wie aus den Umfrageergebnissen hervorgeht, sind die meisten Menschen mit ihrer Arbeit zufrieden, selbst wenn das Geld knapp ist. 84 % erklären, dass sie mit ihren Arbeitsbedingungen sehr oder recht zufrieden sind.

²⁶ Kierkegaard, J., *Outsourcing and Offshoring: Pushing the European Model over the Hill, rather than over the Cliff*, International Institute of Economics (März 2005).

²⁷ Guillemard, A.-M., „Continental Welfare States confronted with the end of career inactivity trap“, in *Working Paper* 01.5, Programme for the Study of Germany and Europe, Harvard University (Januar 2001).

In Europa gelten bekanntlich kurze Arbeitszeiten. Die jährlich geleisteten Arbeitsstunden pro Beschäftigten beliefen sich 2004 im Schnitt auf 1552 verglichen mit 1817 in den USA: bei einer 36-Stunden-Woche sind dies sechs Wochen weniger im Jahr. 1960 war es genau umgekehrt: Die Europäer arbeiteten 2082 Stunden pro Jahr und die Amerikaner 2033²⁸.

Gleichzeitig haben sich die Arbeitsbedingungen in der EU ständig verbessert. Zwischen 1994 und 2004 ging die Zahl tödlicher Arbeitsunfälle um 38 % und die Zahl der Unfälle, die zu mehr als drei Tagen Abwesenheit vom Arbeitsplatz führten, um 29 % zurück. Dennoch sind ca. 28 % der Erwerbstätigen in Europa der Auffassung, ihre Gesundheit sei durch die Arbeit gefährdet oder erklären, dass sie unter anderen Gesundheitsproblemen leiden, die durch die Arbeit verursacht werden bzw. sich aufgrund ihrer derzeitigen oder einer früheren Beschäftigung verschlimmern²⁹. Unter den Beschäftigten weit verbreitet ist das Gefühl, ihre Arbeit sei weniger wichtig, beeinträchtige ihre Gesundheit oder verschaffe ihnen keine Zufriedenheit. Welche Faktoren führen zu solchen Stresssituationen?

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen verweist auf die steigende Arbeitsintensität, Beschwerden über Rücken- und Muskelschmerzen sowie Stress. Die Sorge um Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz sowie der Eindruck, dass die Arbeitszeiten nicht mit Familie und Privatleben vereinbar sind, korrelieren stark mit der Unzufriedenheit am Arbeitsplatz³⁰. Stress am Arbeitsplatz kann zu hohen Abwesenheitsraten wegen Krankheit beitragen, was in vielen Mitgliedstaaten – auch in Schweden - ein Problem ist.

Was erklärt die Tatsache, dass diese negativen Wahrnehmungen konstant geblieben sind trotz kürzerer Arbeitszeiten, besserer Sicherheit und weniger manueller Arbeit? Im Zuge des strukturellen Wirtschaftswandels werden Arbeitskräfte benötigt, die über mehr Kompetenz und höhere Qualifikationen verfügen; dies führt zwangsläufig zu Veränderungen in der Arbeitsorganisation, dem Arbeitsinhalt und –tempo und erfordert eine fortlaufende Umstrukturierung von Unternehmen. Die diesem Druck zugrunde liegenden Faktoren müssen besser ergründet werden.

Ein Faktor könnte die wachsende Arbeitsplatzunsicherheit sein. Rund 16 % der europäischen Erwerbspersonen sind selbständig, einschließlich zahlreicher Kleinlandwirte: Außerhalb der Landwirtschaft erreicht diese Zahl ca. 13 %, etwa doppelt soviel wie der Anteil in den Vereinigten Staaten. Die Selbständigkeit ist besonders weit verbreitet unter älteren Männern, die als „Einzelkaufmann“ im Groß- und Einzelhandel, im Reparatur- und Baugewerbe tätig sind oder Unternehmensdienstleistungen erbringen. Der Anteil ist konstant geblieben und nicht zwangsläufig ein Hinweis auf Stress oder Unsicherheit.

Europaweit erfasst die Teilzeitbeschäftigung 18 % aller Arbeitsplätze und konzentriert sich vor allem auf Frauen. Teilzeitarbeitsplätze sind vor allem bei Doppelverdienerhaushalten beliebt, um die Kinderbetreuung zu regeln, aber dies ist gesellschaftlich bedingt, denn die Teilzeitbeschäftigung ist weniger vorherrschend, wenn eine umfassende Kinderbetreuung geboten wird wie in den nordischen Ländern und die Arbeitsbedingungen familienfreundlicher sind. Nur 18 % der Teilzeitbeschäftigten in den EU-15 geben an, dass sie unfreiwillig Teilzeit arbeiten, wengleich dieser Anteil in Frankreich höher liegt. Da in

²⁸ Robert J. Gordon, a. a. O.

²⁹ *Work and Health in the EU: a statistical portrait*, ISBN 92-894-7006-2.

³⁰ *Arbeitsbeziehungen in Europa*, S. 166.

Frankreich eine bessere Kinderbetreuung vorhanden ist, wird Teilzeitarbeit nicht automatisch als beste Möglichkeit angesehen, Arbeit und Familie miteinander zu vereinbaren. In Teilen Südeuropas ist Teilzeitbeschäftigung weniger verbreitet; hier können fehlende Teilzeitoptionen die Belastung durch Beruf und Familie erhöhen und das Wohlbefinden beeinträchtigen.

Ein offensichtlicherer Grund für die Unsicherheit ist die wachsende Zahl von Beschäftigten – ca. 14 % - mit befristeten Arbeitsverträgen. Diese sind in der Arbeitswelt stark verbreitet und konzentrieren sich nicht nur auf den Niedriglohnbereich. Über die Hälfte der befristet Beschäftigten würden einen festen Arbeitsplatz vorziehen, wenn sie einen solchen bekommen könnten. Befristete Arbeitsverträge machen ein Fünftel der Arbeitsplätze in Portugal, ein Drittel in Spanien und – in einigen neuen Mitgliedstaaten ist eine rasche Ausweitung festzustellen – in Polen über ein Viertel aller Arbeitsplätze aus. In Deutschland hat auch die Zahl atypischer Teilzeitjobs außerhalb der üblichen Sozialversicherungsregeln zugenommen.

Die Zunahme der atypischen Beschäftigung sowie die hohe Arbeitslosenquote junger und älterer Arbeitnehmer ist bezeichnend für duale Arbeitsmärkte mit starker „Insider-/Outsider“-Differenzierung. Das ungelöste Dilemma der notwendigen Arbeitsmarktreform in zahlreichen Mitgliedstaaten besteht darin, wie die Schutzregelungen des Arbeitsmarkts so umgestaltet werden können, dass sie nicht mehr nur einem Kern von Beschäftigten Sicherheit garantieren, sondern allen echte Chancen bieten in Kombination mit Flexibilität und Sicherheit für alle, wie in der Kommissionsmitteilung zur Modernisierung des Arbeitsrechts ausgeführt wird.

Ganz allgemein kann auch der Übergang zur Wissenswirtschaft das Gefühl der Unsicherheit verstärken. Alte Arbeitsplätze gehen verloren und neue Arbeitsplätze werden in einem immer schnelleren Tempo geschaffen. Eine Eurobarometer-Umfrage zeigte, dass 23 % der ausgeschiedenen Arbeitskräfte und 21 % der über 55-Jährigen niemals den Arbeitgeber gewechselt hatten, aber dies nur auf 16 % aller jüngeren Altersgruppen³¹ zutraf - logischerweise sollte der Anteil höher sein, hätte sich der Trend zum häufigeren Arbeitsplatzwechsel im Laufe der Zeit nicht verstärkt. Einige Schätzungen gehen davon aus, dass jedes Jahr 10-15 % der bestehenden Arbeitsplätze verloren gehen. „Gute“ Industriearbeitsplätze in gewerkschaftlich organisierten Unternehmen verschwinden und werden durch „Mac-Jobs“ im Dienstleistungssektor ersetzt, mit denen im Allgemeinen ein geringer Status und wenig Perspektiven verbunden werden. Hier muss ein Bewusstseinswandel eintreten und gezeigt werden, dass diese Art von Beschäftigung auf der untersten Stufe des Arbeitsmarkts ein erster Schritt auf dem Weg nach oben sein kann.

Die Gewerkschaften haben in den letzten zehn Jahren Mitglieder verloren – in Großbritannien und Deutschland ging die Mitgliederzahl um etwa ein Viertel zurück. In den neuen Mitgliedstaaten hat sie sich mehr als halbiert. Nur in den nordischen Ländern blieb die Zahl konstant. Für die Gewerkschaften ist es ein großes Problem, wie sie ihre Bedeutung für Beschäftigte im privaten Dienstleistungssektor und in kleinen und mittleren Unternehmen sowie für junge Arbeitnehmer unter Beweis stellen können.

Da sich Europa mehr und mehr zu einer Wissenswirtschaft entwickelt und die Beschäftigten immer besser ausgebildet und qualifiziert sind, dürften die meisten Arbeitsplätze finden, die mehr Erfüllung, mehr Selbständigkeit und weniger Routine bringen und bei denen der Schwerpunkt auf Teamarbeit und weniger auf Hierarchie liegt. Dies dürfte zu einer

³¹ Eurobarometer Spezial Nr. 261 (2005).

allmählichen Verlagerung von instrumenteller zu intrinsischer Arbeitsmotivation führen. Wie aus Umfragen hervorgeht, sind besser ausgebildete Menschen mit höherem Einkommen stärker intrinsisch motiviert, wenngleich instrumentelle Motive bei jungen Menschen, die versuchen, sich beruflich und familiär zu etablieren, stärker ausgeprägt sind. Aber nicht alle Arbeitsplätze können so gestaltet werden, dass sie intrinsisch lohnend sind. In unseren Gesellschaften gibt es ein Problem des „Respekts“ für jene, die minder qualifizierten Beschäftigungen nachgehen. Wenn Bildung zunehmend als Schlüssel zu einem anständigen Arbeitsplatz gesehen wird, kann diese Botschaft für jene Gesellschaftsgruppen, die traditionell aus dem Bildungssystem herausfallen, äußerst bedrohlich sein.

3.3. Zugang zu Bildungschancen

In einer Wissens- und Dienstleistungswirtschaft macht Bildung einen Riesenunterschied bei den Beschäftigungsaussichten.

- Je höher die Ausbildung, desto geringer das Arbeitslosenrisiko. Im Jahr 2004 betrug die Arbeitslosenquote der 25- bis 64-Jährigen mit Hochschulabschluss nur 4,7 % verglichen mit 8,3 % derjenigen, die ihre formale Bildung mit der höheren Sekundarstufe abgeschlossen haben und 11,2 % bei den Personen, die nicht über die untere Sekundarstufe hinausgekommen sind.
- Personen mit Hochschulabschluss verdienen 120 % des nationalen Durchschnittseinkommens. Nur 7 % waren einem Armutrisiko ausgesetzt verglichen mit 20 % der Personen mit niedrigem Bildungsabschluss.

In der alten Wirtschaft konnten frühe Schulabgänger unterkommen: In der neuen Wirtschaft ist ein früher Schulabgang nahezu gleichbedeutend damit, dass man zu den Verlierern zählt. Obwohl es in jüngster Zeit einige Verbesserungen gegeben hat, absolviert einer von sechs 18-24-Jährigen immer noch keine allgemeine oder berufliche Bildung oder hat die Schule frühzeitig verlassen. Dabei gibt es auffallende Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten:

- Der Anteil der frühen Schulabgänger liegt in Österreich, Dänemark, Finnland und Schweden etwa bei der Hälfte des EU-Durchschnitts.
- Großbritannien erreicht in etwa den Durchschnittswert, während der Anteil in Frankreich, Deutschland und 16 anderen der 25 EU-Mitgliedstaaten darunter liegt.
- Den Durchschnitt nach oben drückt die sehr schwache Leistung in Südeuropa: Italien (22 %), Spanien (32 %) und Portugal (39 %).
- Die neuen Mitgliedstaaten schneiden besonders gut ab: 88 % der 20- bis 24-Jährigen haben zumindest einen höheren Sekundarschulabschluss verglichen mit 62 % in Spanien, 73 % in Deutschland und Italien, 76 % im Vereinigten Königreich und 80 % in Frankreich.
- In allen Ländern der EU-25 gehen Jungen früher von der Schule ab als Mädchen.

Generell ist die jüngere Generation besser ausgebildet als frühere Generationen: 77 % aller 20- bis 24-Jährigen in der EU haben zumindest einen höheren Sekundarschulabschluss verglichen mit nur 57 % der 50- bis 64-Jährigen. Aber immer noch verfügt ein Viertel über keinen derartigen Abschluss.

Aus noch ungeklärten Gründen verzeichnet Südeuropa die höchsten Fortschrittsraten. Dies gilt z. B. für die Zahl der Absolventen der höheren Sekundarstufe. Vergleicht man die 50- bis 54-Jährigen mit den 25- bis 29-Jährigen, so erhöhte sich der Anteil in Portugal von 12 % auf 32 %, in Spanien von 19 % auf 58 %, in Italien von 30 % auf 58 % und in Griechenland von 32 % auf 70 %.

Allerdings scheint in einigen Mitgliedstaaten die Bildungsleistung zu stagnieren oder sogar rückläufig zu sein³². In Frankreich und in Schweden erreichten in den 90er Jahren weniger Jugendliche einen höheren Sekundarschulabschluss als in den 80er Jahren. In Dänemark, Deutschland, Irland, Polen und dem Vereinigten Königreich sind kaum Fortschritte zu verzeichnen (siehe Schaubild 3).

Die Zahl der Universitäten ist in den meisten Mitgliedstaaten gestiegen, aber zwischen den beiden Jahrzehnten ging die Zahl der Hochschulabsolventen in drei Mitgliedstaaten - Österreich, der Tschechischen Republik und Deutschland – effektiv zurück (siehe Schaubild 4).

Ebenfalls besorgniserregend ist, dass europäische Studenten schwierige technische Fächer wie Mathematik, Physik und Ingenieurwesen meiden – möglicherweise weil sie glauben, dass in der Wissensgesellschaft die monetäre Belohnung in anderen weniger anspruchsvollen Bereiche leichter zu erreichen ist.

In einigen Mitgliedstaaten können die für Bildung aufgewendeten Ressourcen ein Problem sein. Dies gilt vor allem für Universitäten, wo die Studentenzahlen explodiert sind, die öffentliche Finanzierung nicht Schritt gehalten hat und es starke Widerstände gegen Studiengebühren gibt. Sinkende Geburtenraten dürften eine Anhebung der Bildungsausgaben pro Kopf ermöglichen, aber eine große Gefahr für Europa besteht darin, dass der Ausgabendruck durch die alternde Gesellschaft eine „Verdrängung“ der Investitionen bewirkt, die im Bildungswesen notwendig wären, um Zugang und Chancen in der Wissensgesellschaft zu garantieren.

Die Schulsysteme in Europa wurden für die relativ homogene Sozialstruktur der Industriegesellschaft in der Nachkriegszeit konzipiert. Zahlreiche Städte sehen sich nun mit den Herausforderungen der ethnischen und sprachlichen Vielfalt konfrontiert und gleichzeitig müssen einige Mitgliedstaaten die Folgen der „weißen Flucht“ bewältigen, die in den Niederlanden offen als großes Problem anerkannt wird³³. Darüber hinaus finden sich an den Schulen viele Übel der Gesellschaft wieder: In einigen Gegenden müssen sie die Hauptlast der Konsequenzen schlechter Elternschaft, dysfunktionaler Verhaltensweisen von Kindern, kultureller Entfremdung und mangelnden Respekts tragen. Da Bildung so wichtig ist, sind Eltern natürlich bestrebt, gute Schulen für ihre Kinder zu finden, doch indem sie von dieser legitimen Möglichkeit Gebrauch machen, stellt sich die enorme Herausforderung, wie sichergestellt werden kann, dass überall hohe Standards gewahrt werden.

³² Van Vught, F., *Youth, Education and the Labour Market*, Cheps (Center for Higher education Policy Studies), Universität Twente, Enschede, Niederlande, September 2006.

³³ Siehe Karsten, S., Felix, Ch., Ledoux, G., Meijnen, W., Rooleveld, J. und Van Schooten, E., „Choosing Segregation or Integration: the Extent and Effects of Ethnic Segregation in Dutch Cities,“ in *Education and Society*, Vol 38, Nr. 2 (Februar 2006). Die Forschungsarbeiten zeigen, dass ein Viertel der Amsterdamer Schulen in ethnischer Hinsicht nicht repräsentativ für das eigentliche Einzugsgebiet sind.

Pessimisten werden argumentieren, dass in der Wissensgesellschaft ein signifikanter Teil der Bevölkerung, der nicht die nötigen Fähigkeiten besitzt um Qualifikationen zu erwerben, auf das schwindende Angebot an unqualifizierten Tätigkeiten angewiesen sein wird. Dies mag auf eine kleine Minderheit mit echten Lernschwierigkeiten zutreffen (sofern die Gesellschaft keine entschlossene Anstrengungen unternimmt, um gezielte Unterstützung anzubieten und die Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern). Aber die Fakten rechtfertigen eine solch pessimistische Einschätzung nicht. Betrachten wir das Abschneiden der Mitgliedstaaten bei der Vermittlung grundlegender Lesekompetenzen anhand der international vergleichbaren PISA-Skala. Weshalb war es in Finnland möglich, die Zahl der Schüler ohne grundlegende Lesekompetenz auf 5,7 % zu verringern (bei Mädchen nur 2,4 %) und in den Niederlanden und in Irland auf 11 %, wenn die EU als Ganzes immer noch inakzeptable Durchschnittswerte von 19,8 % erreicht? Diese Zahlen lassen sich nicht durch unterschiedliche Intelligenz, sondern durch die unterschiedliche Leistung der nationalen Bildungssysteme erklären, die im Prinzip in der Lage sein sollten, gegenseitiges Lernen zu fördern und Abhilfe zu schaffen³⁴.

3.4. Soziale Mobilität: Transmission von Lebenschancen an künftige Generationen

Die meisten von uns sind der Meinung, dass die letzten zwei Generationen von der enormen sozialen Mobilität unserer Gesellschaften infolge der massiven Bildungsexpansion und der veränderten Beschäftigungsstruktur profitiert haben. Die Frage ist, ob die soziale Mobilität in der nächsten Generation rückläufig sein wird.

Bildung ist der Schlüssel für soziale Mobilität. Allerdings zeigen Forschungsarbeiten, dass der familiäre Hintergrund die schulische Leistung stark beeinflusst. Entscheidend ist dabei das kulturelle Kapital einer Familie und weniger das Einkommen. Das Land, in dem die komparativen Leistungen in Mathematik und Naturwissenschaften am meisten davon beeinflusst werden, ob es zuhause Bücher gibt, ist England: Die geringste Rolle spielt dies in Frankreich, was als Tribut an das französische Schulsystem zu sehen ist, das familiäre Defizite ausgleicht³⁵.

Aber dies kommt weniger zum Tragen, je höher man im Bildungssystem steigt. Vergleicht man den Anteil der Studenten aus Akademikerfamilien mit denen aus bildungsfernen Familien, so tut sich eine riesige Lücke auf, die nicht der Intelligenz angelastet werden kann³⁶. Im Jahr 1994-95 lag das Verhältnis in Frankreich bei 66 % zu 20 %, in Italien bei 60 % zu 18 %, in den Niederlanden bei 40 % zu 18 % und in Schweden bei 55 % zu 15 %. Schaubild 5 gibt Aufschluss über den Bildungshintergrund der Eltern von Studenten.

Das lebenslange Lernen begünstigt ebenfalls diejenigen, die bereits über ein höheres Bildungsniveau verfügen und verstärkt so die Bildungsungleichheit (siehe Schaubild 6).

Es gibt Studien, welche die Lebenschancen von Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre geborenen Söhnen miteinander vergleichen. Dabei wurde festgestellt, dass die Korrelation zum Einkommen der Väter innerhalb Europas im Vereinigten Königreich am stärksten ist, in

³⁴ Auf diesen Punkt aufmerksam wurde ich durch einen brillanten Vortrag von Gosta Esping Andersen, „Families, Government and the Distribution of Skills“. NETSPAR- CPB-Konferenz (April 2006).

³⁵ Scheutz, G., Ursprung, H. und Woessman, L., „Education Policy and Equality of Opportunity“, in *CESifo Working Paper* 1518 (2005).

³⁶ Machin, S., „Social Disadvantage and Educational Experiences“, in *OECD Social, Employment and Migration Papers* (2006), Abb. 2, S. 12.

den nordischen Ländern am schwächsten und Deutschland im Mittelfeld liegt³⁷. Tabelle 3 gibt Aufschluss über die Mobilität zwischen den Generationen im internationalen Vergleich.

Auch aus dem Vereinigten Königreich liegen Angaben vor, wonach die Mobilität zwischen den Generationen rückläufig ist. Die Chance von 1958 geborenen Söhnen, deren Väter sich im oberen Viertel der Einkommensverteilung befanden, sich im Alter von 30 Jahren ebenfalls im oberen Viertel zu befinden, lag bei 35 %. Aber bei den 1970 geborenen Söhnen lag diese Chance bei 42 %. Befasst man sich mit dem unteren Viertel der Einkommensverteilung, so lag die Chance 1958 geborener Söhne, deren Väter sich im unteren Viertel befanden, sich im Alter von 33 Jahren ebenfalls dort zu befinden, bei 31 %, für die 1970 Geborenen jedoch bei 38 %³⁸. Interessant wäre es herauszufinden, ob die Mobilität zwischen den Generationen auch in anderen Mitgliedstaaten rückläufig ist.

Nach Meinung einiger Sozialwissenschaftler kann ein solcher Trend sehr wohl ein Merkmal moderner Gesellschaften sein, da die Bildung zunehmend die Lebenschancen bestimmt, hochgebildete Personen zunehmend dazu tendieren, untereinander zu heiraten und akademische Väter heutzutage ihren Kindern mehr Zeit widmen³⁹. Keiner dieser Trends ist an sich unerfreulich, doch generell lassen sie erkennen, dass Ungleichheit und Polarisierung unserer Gesellschaften in der Wissenswirtschaft zunehmen können, wenn keine Korrekturmechanismen vorgesehen werden.

3.5. Demographie und „alternde Gesellschaft“

In einer aktuellen Mitteilung der Kommission zur Demographie wird die dreifache Herausforderung beleuchtet, die sich Europa stellt: die Babyboomer-Generation erreicht das Rentenalter, die Lebenserwartung steigt und die Geburtenrate geht zurück, der Abhängigkeitsquotient zwischen Aktiven und Inaktiven vergrößert sich.

Der Anteil der über 65-Jährigen an der EU-25-Bevölkerung wird den Prognosen nach von 15,7 % im Jahr 2000 auf 29,5 % im Jahr 2025 und 29,9 % im Jahr 2050 steigen, verglichen mit 9,1 % im Jahr 1950. Der Anteil der über 80-Jährigen dürfte sich bis 2050 auf 11,4 % verdreifachen. Die Veränderung bei den erwarteten Abhängigkeitsquotienten ist Tabelle 2 zu entnehmen. Die alternde Bevölkerung wirft große politische Probleme auf wie Nachhaltigkeit der Renten, wachsende Kosten für die Gesundheitsversorgung und Pflege älterer Menschen sowie Beeinträchtigung des potenziellen Wachstums in Europa, da mit einem weiteren Anstieg der Soziallasten gerechnet wird. Nach den zuverlässigsten Schätzungen, die vom Ausschuss für Wirtschaftspolitik und der GD ECFIN erstellt wurden, dürften die altersbezogenen Staatsausgaben für Renten, Gesundheit und langfristige Pflege bis 2030 von derzeit 17,9 % des BIP auf 20,4 % in den EU-25 und 20,7 % in den EU-15 ansteigen. Bis 2050 wird ein weiterer Anstieg um 1,8 % erwartet. Für die großen Mitgliedstaaten liegen umfangreiche Vorausschätzungen vor. Bei einer unveränderten Politik werden die öffentlichen Rentenkosten in Spanien hochschnellen und in Polen zurückgehen. In Italien dürften die gesamten altersbedingten öffentlichen Aufwendungen eher mäßig um 2,4 % des

³⁷ Blanden, J., Gregg, P. und Machin, S., *Intergenerational Mobility in Europe and North America*, LSE Centre for Economic Performance (April 2005).

³⁸ Blanden, Gregg und Machin, a. a. O., S. 8.

³⁹ Gosta Esping Andersen (a. a. O., S. 13) verweist hierzu auf die Arbeiten von Bianchi, S. in „Demography 37“ (2000) und in „Social Inequality“, Neckerman, K. (Hg.), 2004, sowie von Deding, M. und Lausten, M., *Choosing between his and her time*, Danish Institute for Social Research (März 2004).

BIP steigen verglichen mit 3,8 % in Frankreich, 3,9 % in Deutschland und 4,7 % im Vereinigten Königreich.

Vor diesen sich abzeichnenden wirtschaftlichen Herausforderungen sieht die soziale Realität derzeit so aus, dass ältere Menschen zumindest in den EU-15 auf ein langes und relativ komfortables Rentnerdasein hoffen können. Aber für eine Minderheit, hauptsächlich Frauen, wird Armut ein Problem sein. Jeder sechste über 65-Jährige in der EU gilt immer noch als arm – etwa 12 Millionen Menschen und über ein Viertel der alleinlebenden älteren Menschen sind arm. Da Armut in jedem Mitgliedstaat als relativ berechnet wird, ist die Altersarmut in einigen neuen Mitgliedstaaten (z.B. Polen mit 6 %) niedriger als in Irland (44 %), Griechenland (33 %), Portugal (30 %), Belgien (26 %) und das Vereinigte Königreich (24 %).

Eine weitaus größere Gruppe leidet unter Problemen wie Einsamkeit und Pflegebedürftigkeit. 28 % der 70-Jährigen leben bereits allein und bis sie 80 sind, steigt dieser Anteil auf über 40 %. Je nach Mitgliedstaat sind zwischen einem und zwei Drittel der über 75-Jährigen bereits auf eine Form informeller Pflege angewiesen.

Dies setzt die erweiterte Familie unter Druck, die möglicherweise nicht in der Lage ist, die Belastung zu tragen. In dem Maße wie der Pflegebedarf wächst, werden die Kinder der Hochbetagten (die selbst in den 50ern oder 60ern sind und weniger Geschwister haben, um die Pflegeverantwortung zu teilen) gleichzeitig länger arbeiten müssen, um die eigene Altersversorgung zu sichern. Dies dürfte eine neue Quelle der Belastung sein, hauptsächlich für Frauen im späten mittleren Lebensabschnitt. Doch die Kommodifikation der Pflege ist kein Ersatz für die Befriedigung der emotionalen Bedürfnisse der Gepflegten und der Pflegenden⁴⁰.

Die erweiterte Familie ist in Südeuropa immer noch stark präsent, wo in einem Fünftel aller Haushalte drei Generationen leben, während es in Finnland und in Schweden knapp über 1 % sind. Aber wird dieses Modell dem wachsenden Druck, länger zu arbeiten und mobiler zu sein, dem Streben nach Gleichberechtigung und dem Trend zur Individualisierung noch lange standhalten können? In Zusammenhang mit der Pflege älterer Menschen brauchen wir eine umfassende Debatte über die jeweiligen Verantwortungs- und Aufgabenbereiche von Familie, lokalem Gemeinwesen und Staat.

3.6. Familienleben und Lebensqualität

Die Geburtenrate ist am wenigsten zurückgegangen und die Zahl der arbeitenden Frauen ist am höchsten in den Ländern unter den 15 alten EU-Mitgliedstaaten, in denen der Zugang zur Kinderbetreuung am leichtesten ist.

- Frankreich, Belgien und das Vereinigte Königreich verzeichneten nur einen geringen Rückgang der Geburtenrate; in Luxemburg und in den Niederlanden ist sie sogar etwas gestiegen.
- In Dänemark und Finnland stieg die Geburtenrate, in Schweden gab es dagegen einen leichten Rückgang.

⁴⁰ Giullari, S. und Lewis, J., „The Adult Worker Model, Gender Equality and Care“, in *Social Policy and Development Programme Paper* Number 19, United Nations Research Institute for Social Development (April 2005).

Die genannten Mitgliedstaaten bieten unterschiedliche Leistungen wie Kindergeld, Kindererziehungszeiten sowie Flexibilität und Beschäftigungssicherheit zur Förderung von Teilzeitarbeitsplätzen, die es Frauen offenbar erleichtern, sich für mehr Kinder zu entscheiden. Die Niederlande haben in der Union den höchsten Anteil an Frauen, die Teilzeit arbeiten. Bei Kindern im Alter von 0 bis 3 Jahren sind die Mitgliedstaaten mit dem besten Betreuungsangebot – über 35 % - Belgien, Dänemark, Frankreich, die Niederlande und Schweden. Die Mitgliedstaaten mit den höchsten öffentlichen Ausgaben für Kindertagesstätten sind Dänemark (1,7 % des BIP), Schweden (1,3 %), Finnland (1,2 %) und Frankreich (0,7 %), gefolgt von Österreich, Deutschland und Griechenland (0,4 %). In den meisten übrigen Mitgliedstaaten sind die für diesen Zweck vorgesehenen öffentlichen Ausgaben lückenhaft und scheinen minimal⁴¹. Dies spricht stark dafür, dass die Politik einen entscheidenden Einfluss auf die Geburtenrate hat.

Die „Doppelverdiener“ werden mehr und mehr zur gesellschaftlichen Norm, die darüber entscheiden, ob und wann sie Kinder haben möchten. Für die Familienpolitik in Europa ist es heutzutage ein zentrales Anliegen, dass das Doppelverdienermodell funktioniert. Dies setzt voraus, dass ein Gleichgewicht zwischen Beruf und Privatleben hergestellt werden kann und die Verantwortung innerhalb der Familie geteilt wird, wobei Faktoren wie die Stabilität der Beziehung, die Gleichstellung der Geschlechter und die Bekämpfung der Kinderarmut nicht außer Acht zu lassen sind. Dieses Thema wirft auch die umfassende Frage der wirtschaftlichen und demographischen Nachhaltigkeit der europäischen Gesellschaften auf.

3.7. Armut und ihre Auswirkungen auf die Lebenschancen

In Anbetracht dieser gerade dargelegten Herausforderung der Nachhaltigkeit erscheint es umso paradoxer, dass es Haushalten mit Kindern in der ganzen EU im Allgemeinen schlechter geht als solchen ohne Kinder. Zwei Erwachsene im Alter unter 65, die ohne Kinder zusammen leben, haben ein durchschnittliches Äquivalenzeinkommen, das 25 % über dem Mittelwert liegt.

Die Armut trifft Kinder mehr als alle anderen Bevölkerungsgruppen. Was ‚Armut‘ bedeutet, ist allerdings längst nicht geklärt, obwohl hiervon abhängt, mit welchen politischen Maßnahmen gegen Armut vorgegangen werden. Viele verstehen unter Armut eine Form absoluter Unterversorgung (Deprivation). Wir wissen, was Armut ist, wenn wir ihr im Alltag begegnen oder Fernsehberichte über Afrika oder Indien sehen. In der EU gibt es jedoch keinen absoluten Armutsstandard für alle Mitgliedstaaten, obwohl wir wissen, dass in einigen neuen Mitgliedstaaten, insbesondere in Bulgarien und Rumänien, mindestens ein Viertel der Bevölkerung unter einem hohen Maß an absoluter Deprivation leidet. Zur Messung der Armut verwendet die EU eine relative Messgröße: 60 % des medianen Äquivalenzeinkommens in jedem Mitgliedstaat entsprechend der Familiengröße. So kann es sein, dass jemand, der in Schweden in Armut lebt, absolut gesehen finanziell besser gestellt ist als jemand, der in Estland über ein medianes Einkommen verfügt. Auch mag es vorkommen, dass sich eine Person, die in einem armen Mitgliedstaat mit einem rasch steigenden Lebensstandard wie Irland statistisch gesehen als arm gilt, gar nicht als arm fühlt, weil es ihr vielleicht erheblich besser geht als vor einigen Jahren.

Dennoch spielt relative Armut eine Rolle, besonders dann, wenn sie andauert. Armut bedeutet, in einer Gesellschaft nicht mehr an Dingen teilhaben zu können, die für die

⁴¹ GD EMPL, *Reconciliation of Work and Family Life* (September 2005).

Mehrheit selbstverständlich sind. So müssen manche Eltern schmerzlich feststellen, dass sie ihren Kindern nicht das bieten können, was andere Kinder als selbstverständlich ansehen. Für die „relativ Armen“ kann dies soziale Isolierung bedeuten und Ausschluss von den Alltagsnormen und –gewohnheiten einer Gesellschaft.

Bei aller Differenzierung ist den Statistiken zu entnehmen, dass Europa ein schwerwiegendes Armutsproblem hat. Von den 72 Millionen Einwohnern aller 25 EU-Mitgliedstaaten sind 15 % von Armut bedroht und entgehen weitere 36 Millionen dieser Gefahr nur knapp⁴². Nicht weniger als die Hälfte der Menschen, die in Haushalten mit geringem Einkommen lebten, hatten Einkünfte, die mehr als 23 % unterhalb der Armutsgrenze lagen. Tabelle 4 gibt Aufschluss über die „Armutgefährdungsquoten“ nach Art des Haushalts.

- 12 Millionen der 72 Millionen Armen sind ältere Menschen.
- Auch bei allein lebenden Personen unter 30 ist anhand der Einkommensstatistik vor allem in Nordeuropa beträchtliche Armut festzustellen: 37 % dieser Bevölkerungsgruppe im Vereinigten Königreich, 42 % in Deutschland und 49 % in den Niederlanden gelten als arm. Allerdings ist dies eine Momentaufnahme der Armut, die die Dynamik außer Acht lässt. Wenn Armut eine kurzfristige Erfahrung ist, wiegt sie weniger schwer, als wenn sie anhält. Armut unter allein lebenden jungen Leuten ist relativ häufig unter Studenten und ehemaligen Studenten anzutreffen, die ihr Elternhaus verlassen haben und von denen die meisten ihr Leben schließlich meistern werden.
- 9 % der Bevölkerung der EU – bzw. 35 Millionen Menschen – haben zumindest zwei der letzten drei Jahre in einem Haushalt mit niedrigem Einkommen gelebt. Dazu gehören viele ältere Menschen.
- Von der Armut am meisten bedroht sind allerdings Familien mit Kindern. Annähernd 20 % bzw. 18 Millionen der 94 Millionen in der EU lebenden jungen Menschen unter 18 Jahren sind einem Armutsrisiko ausgesetzt. Hinzu kommen deren Eltern. In den letzten drei Jahrzehnten ist die Kinderarmut in allen Mitgliedstaaten durchgehend stärker gestiegen als die Armut der Bevölkerung insgesamt.

Am meisten von der Armut bedroht sind Kinder, die mit *alleinerziehenden Müttern oder Vätern* leben. Diese machen lediglich 4,4 % der EU-Haushalte aus, aber ein Drittel von ihnen sind der Armutgefahr ausgesetzt. Mit Abstand den höchsten Anteil an Haushalten von Alleinerziehenden weist das Vereinigte Königreich auf (8,4 %). Dort kommt zu dieser Gefahr noch ein hoher Anteil von Schwangerschaften im Jugendalter hinzu, was die Erfolgchancen im Leben erheblich reduziert und zu einer großen Zahl von Schulabbrechern führt. Im Gegensatz zu 50 % der anderen weiblichen Teenager nehmen nur 10 % der jugendlichen Mütter an Bildungsmaßnahmen nach der Pflichtschulzeit teil⁴³.

Kinderarmut ist ferner besonders ausgeprägt in Haushalten von *Arbeitslosen*. In der gesamten EU leben 10 % der Kinder in Arbeitslosenhaushalten. Wiederum ist es das Vereinigte

⁴² Bei einer Armutsschwelle von 60 % des Medianeinkommens. Bei einer Schwelle von 70 % würde der Prozentsatz von 15 auf 24 % steigen. Die soziale Lage in Europa, 2004.

⁴³ National Child Development Survey.

Königreich, das hier das höchste Niveau zu verzeichnen hat: eins von sechs Kindern wächst in einem Arbeitslosenhaushalt auf. In den 15 alten Mitgliedstaaten der EU sind 60 % dieser Kinder der Armutgefahr ausgesetzt. In Belgien, Deutschland, Irland, Portugal und im Vereinigten Königreich liegt diese Gefahr sogar bei über 70 %.

Des Weiteren gibt es einen hohen Anteil an Kinderarmut in *kinderreichen Familien*, in denen sich die Mütter um die Kinder kümmern und die Väter, also die alleinigen Ernährer der Familie, schlecht bezahlt sind. Rund 6 % aller Beschäftigten in den EU-25 sind von Armut bedroht. Armut in kinderreichen Familien ist besonders häufig dort zu finden, wo große Familien inzwischen am wenigsten beliebt sind: Griechenland, Portugal, Slowakei und Spanien. Arme Kinder sind auch häufig in Haushalten anzutreffen, wo die Eltern unsichere, befristete und schlecht bezahlte Arbeit haben, unter Migranten oder bei ethnischen Minderheiten, vor allem Roma.

Arme Kinder sind in unverhältnismäßig hohem Maße der Unterversorgung, Benachteiligung, schlechten Gesundheit und schlechten schulischen Ergebnissen ausgesetzt. Sie haben später, als junge Erwachsene, größere Chancen, arbeitslos zu werden, schlecht bezahlte Arbeit zu finden, in Sozialwohnungen zu leben, Schwierigkeiten mit der Polizei zu bekommen und sie sind einem größeren Risiko ausgesetzt, alkohol- oder drogenabhängig zu werden. Außerdem übertragen sie in den meisten Ländern ihre Chancenarmut voraussichtlich auf ihre Kinder. Dies verursacht wirtschaftliche, soziale und politische Kosten, die in einer rationalen Welt mit den öffentlichen Ausgaben für frühzeitige Maßnahmen (sofern diese wirksam gestaltet werden können) gegen künftige negative Folgen und sozialen Ausschluss verglichen werden müssten⁴⁴.

Zu viele Menschen in den EU-25 leben in Armut, sind von Armut bedroht und bleiben lange arm. Meinungsumfragen deuten darauf hin, dass ein Wandel gewünscht wird. 40 % der Europäer denken, dass Armut entweder unvermeidlich oder das Ergebnis unglücklicher Umstände ist, 18 % glauben, dass Armut durch Faulheit verursacht wird, aber 31 % meinen, dass sie das Ergebnis von Ungerechtigkeit ist (10 % mehr in Frankreich und Schweden, 10 % weniger im Vereinigten Königreich). Armut bei Kindern ist nachweislich an Lebenschancen gekoppelt, und somit wächst die Gefahr, dass die Benachteiligung über Generationen bestehen bleibt. Es stellt sich die Frage, welche Mischung klassischer Einkommensumverteilung und gezielter Intervention am besten geeignet ist, diese Tendenz umzukehren.

3.8. Wie wirkt sich Ungleichheit aus?

Macht es etwas aus, wenn die höchsten Einkommen weit vorseilen, solange sich die relative Armut im Verhältnis zum Medianeinkommen in Grenzen hält? Mit anderen Worten: Macht Ungleichheit per se etwas aus?

Ein hohes Niveau der Ungleichheit und Armut treten zusammen auf. In Europa haben die Gesellschaften mit relativ geringen Einkommensunterschieden zugleich die geringste Zahl von Armen. Die Gesellschaften mit der relativ größten Ungleichheit weisen auch eine höhere Konzentration der Armutgefahr auf. Wenn man Ungleichheit am Verhältnis der Einkommen des obersten und des letzten Fünftels misst, ist der Mitgliedstaat mit der höchsten Ungleichheit in den EU-15 Portugal (mit einem Verhältnis von 7,2 gegenüber einem EU-Durchschnitt von 4,4), gefolgt von Griechenland, Spanien, Irland, Italien und dem

⁴⁴ Siehe die neue BEPA-Studie, *Investing in Youth: From Childhood to Adulthood*, Oktober 2006.

Vereinigten Königreich. Zugleich sind dies die Mitgliedstaaten mit der höchsten Armutsquote nach sozialen Transfers⁴⁵. Unter den neuen Mitgliedstaaten sind diejenigen mit der meisten Armut – Estland, Lettland und Slowakei - auch diejenigen mit überdurchschnittlicher Ungleichheit.

Was wissen wir über Tendenzen der Ungleichheit? Die massive Zunahme der Ungleichheit in den Vereinigten Staaten ist klar und unwiderlegt. Aber in Europa lässt sich anhand ausgewählter Daten⁴⁶ feststellen, dass das Lohngefälle, gemessen am Verhältnis zwischen dem Schnitt der oberen und unteren Einkommensdezilen, zwischen dem Beginn der achtziger und dem Ende der neunziger Jahre im Vereinigten Königreich, in Deutschland, den Niederlanden und in Schweden zugenommen hat. Dagegen ist das Lohngefälle in Frankreich und Finnland zurückgegangen. Ein Blick auf die Gini-Koeffizienten, die messen, wie weit die Einkommensverteilung von der theoretischen absoluten Gleichheit abweicht, zeigt, dass bei einem Vergleich ausgewählter EU-Länder zwischen Mitte der 80er und Mitte der 90er Jahre die Ungleichheiten in Großbritannien, Italien, Österreich und Belgien deutlich größer geworden sind. In Irland, Dänemark, Deutschland, Schweden und Finnland ist ebenfalls eine gewisse Zunahme festzustellen, dafür aber ein Rückgang in Frankreich, den Niederlanden und Luxemburg.

Nach Auffassung von Gosta Esping Andersen tragen die jungen Menschen die Hauptlast dieser wachsenden Ungleichheit: *„Sie sehen sich einer Erosion der relativen Löhne auf allen Qualifikationsebenen gegenüber, sind bei den Arbeitslosen und den Personen mit prekären, kurzfristigen Arbeitsverhältnissen bei Weitem überrepräsentiert“*. Nach Angaben der OECD nahm das relative verfügbare Einkommen von jungen Erwachsenen um 7 % ab, wobei 60 % Niedriglohneempfänger in den Niederlanden, im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten sind, 40 % in Frankreich und Deutschland⁴⁷.

Die Angaben zur Ungleichheit in Europa sind nicht umfassend und standardisiert, sie folgen keinem einheitlichen Muster. Aber es ist eindeutig ein Mythos zu glauben, dass die Ungleichheit nur im angelsächsischen Raum zunimmt. Umfragen lassen erkennen, dass nach Ansicht einer deutlichen Mehrheit in vielen europäischen Ländern der Abstand zwischen den Armen und Reichen zu groß ist.

Einzelne Berichte legen nahe, dass die Spitzeneinkommen in einigen Mitgliedstaaten immens gestiegen sind⁴⁸. Das Gehalt des Geschäftsführers eines großen britischen Unternehmens beträgt heute das Hundertfache des Lohns eines Fabrikarbeiters. Vor zwanzig Jahren war es das Dreißigfache. Diese Fakten geben Anlass zur Diskussion und werfen Fragen auf: Ist diese Diskrepanz dadurch gerechtfertigt, dass es inzwischen einen internationalen Markt für Topführungskräfte gibt? Kommen Unternehmen aus anderen Mitgliedstaaten schlechter weg dadurch, dass sie ihren Managern weniger bezahlen?

⁴⁵ Die Zahl der von Armut bedrohten Menschen beträgt im EU-Durchschnitt 16 %, aber in Portugal und Griechenland 20 %, in Spanien 19 %, in Irland 21 %, in Italien 19 % und im Vereinigten Königreich 17 %.

⁴⁶ Hills, J., LSE Centre for the Analysis of Social Exclusion, Ralph Miliband Lecture on Inequalities, (Oktober 2004).

⁴⁷ Gosta Esping Andersen, a. a. O., S. 6.

⁴⁸ Empirische Nachweise finden sich in Katz, L. und Autor, D., „Changes in the Wage Structure and earnings inequality“, in Ashenfelter und Card (Hg.), *Handbook of Labour Economics*, 1999, sowie Gottschalk, P. und Smeeding, T. „Cross national comparisons of earnings and income inequality“, in *Journal of Economic Literature* XXXV (1997).

Das klassische Argument von Rawls ist, dass Ungleichheit so lange toleriert werden kann, wie die am stärksten Benachteiligten von Wohlstandsanreizen profitieren, die durch die Ungleichheit angeblich hervorgerufen werden. Dies ist die klassische graduelle Rechtfertigung für einen gewissen Grad an Ungleichheit. Konservativere Sozialtheoretiker würden darüber hinaus auf die Vorteile verweisen, die eine etablierte Wohlstandsordnung für den Zusammenhalt in der Gesellschaft und für die Gesellschaftskultur hat.

Ausgehend vom Rawlsschen Argument lässt sich Ungleichheit rechtfertigen, solange diese Ungleichheit dazu beiträgt, zusätzlichen Wohlstand zu schaffen, durch den die Lage der Ärmsten in der Gesellschaft verbessert werden kann. Untersuchungen darüber, wer die Reichen in Großbritannien sind (was in diesem Fall vielleicht nicht typisch für andere Mitgliedstaaten ist) zeigen, dass seit 1979 ein Wandel stattgefunden hat: Während großer Reichtum zuvor in erster Linie ererbt wurde, wird er heute zu drei Vierteln in der Stadt geschaffen, und zwar durch Leute, die ihr eigenes Unternehmen aufmachen, sowie von reichen Ausländern, die sich im Vereinigten Königreich niederlassen⁴⁹. Dies lässt auf Vorteile schließen, die breiteren Kreisen der Gesellschaft zugute kommen. Gleichzeitig erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass infolge politischer Entscheidungen zur Umverteilung der durch höhere Steuereinnahmen erzielten öffentlichen Mittel die Ärmsten in der Gesellschaft in höherem Maße direkt davon profitieren.

Dennoch mag auch für die Verfechter der Rawlsschen Theorie die zunehmende Ungleichheit in Europa aus mehreren Gründen Anlass zur Besorgnis sein. So ist eine heftige Diskussion darüber im Gange, in welchem Umfang Reichtum „nach unten durchsickert“. In den USA – daran besteht inzwischen kein Zweifel mehr – kam der letzte Wirtschaftsboom weitgehend den Bessergestellten zugute, insbesondere den obersten 1 %. Es ist unklar, ob sich dies in Europa wiederholt oder wiederholen könnte. Wie es aussieht, ist allerdings der Medianlohn in den letzten Jahren in einigen Mitgliedstaaten - darunter in Deutschland - zurückgegangen.

Wenn bestehende Ungleichheit dazu führt, dass die Benachteiligung von Generation zu Generation weitergegeben wird, verliert die Gesellschaft als Ganzes, da die Mobilität abnimmt und die Fähigkeiten der Menschen nicht voll entwickelt werden. Dies ist ein entscheidender Punkt in der Wissensgesellschaft, wo die Möglichkeiten der Eltern, Bildungsvorteile für ihre Kinder zu erwerben, indem sie beispielsweise in eine Gegend mit guten Schulen ziehen, an Bedeutung zunehmen.

Auf der Grundlage von Vergleichen zwischen verschiedenen US-Staaten mit unterschiedlichem Ungleichheitsniveau nehmen manche Sozialwissenschaftler⁵⁰ an, dass in einer Gesellschaft infolge der größeren persönlichen Unsicherheit und des Verlusts des Selbstwertgefühls, der mit einer Niederlage beim Kampf um Positionen einhergeht, umso mehr sozialer Stress erfahren wird, je mehr Ungleichheit in ihr besteht. In Gesellschaften, in denen die Ungleichheit ausgeprägter ist, gibt es mehr Probleme mit der Instabilität der Beziehungen (was sich auf die Lebenschancen der Kinder auswirkt), die Gefahr des Drogenkonsums und psychischer Erkrankung steigt, die Kriminalitätsneigung und die Verbreitung von Wohlstandskrankheiten wie Alkoholismus und Fettleibigkeit nehmen zu.

⁴⁹ The Economist vom 21. Oktober 2006 mit Verweisen auf die Arbeiten von Philip Beresford.

⁵⁰ Diese Ansicht wird brilliant vertreten von Wilkinson, R., *The Impact of Inequality*, Routledge, 2005 und Offer, A., *The Challenge of Affluence*, OUP 2006.

3.9. Zugang zur Gesundheit

Eine höhere Lebenserwartung ist ein Kriterium für Gesundheit, aber ein vielleicht noch besseres Kriterium ist die Zahl der „gesunden“ Lebensjahre, die den Menschen vergönnt sind. „Gesunde Lebensjahre“ hängen einerseits von der Lebenserwartung und andererseits davon ab, wie viele Jahre lang der volle Lebensgenuss durch schwere Krankheit beeinträchtigt wird.

Innerhalb der EU gibt es je nach Mitgliedstaat und sozialer Zugehörigkeit große Unterschiede in der Lebenserwartung. Bei den Männern weist unter den Mitgliedstaaten Schweden mit 77,9 Jahren die längste Lebenserwartung auf, bei den Frauen ist es Spanien mit 83,7 Jahren. Es besteht eine relativ enge Verknüpfung von steigendem nationalem Einkommen und Lebenserwartung. Spanien ergeht es besser, als sein BIP erwarten lassen würde und Dänemark deutlich schlechter. Ungarn schneidet sowohl bei Männern als auch bei Frauen mit 68,4 bzw. 76,7 Jahren am schlechtesten ab. In Ungarn stirbt 40 % der männlichen Bevölkerung vor dem 65. Lebensjahr; die Lebenserwartung der Roma liegt um zehn Jahre unter dem nationalen Durchschnitt.

Was die gesunden Lebensjahre angeht, liegt Italien an erster Stelle: 92,2 % des Lebens bei den Männern und 89,7 % bei den Frauen. Finnland bildet das Schlusslicht mit 76,3 % und 69,1 %. Wenn es darum geht, die Gesundheit zu verbessern, spielt die Einschränkung ungesunden Verhaltens eine wichtige Rolle. Beispielsweise sind die Dänen stärkere Raucher als die Schweden: 34 % der Dänen rauchen täglich, dagegen nur 18 % der Schweden.

Überall in der Union sind die Gesundheitsausgaben in den letzten Jahrzehnten - trotz eines vorübergehend langsameren Anstiegs während der 80er Jahre - stetig gestiegen. Die Gesamtausgaben für Gesundheit in der EU belaufen sich derzeit auf zwischen 5,0 % des BIP in Lettland und 10,9 % des BIP in Deutschland, wobei sich die Prozentsätze annähern, was möglicherweise auf eine „Harmonisierung der Erwartungen“ zurückzuführen ist.

Viele Fachleute bezweifeln, dass die Gesundheitssysteme der EU-Länder dem Druck der alternden Bevölkerung standhalten werden. Dabei werden aufgrund der Alterung die öffentlichen Ausgaben für das Gesundheitswesen in den meisten Mitgliedstaaten bis 2050 voraussichtlich nur um 1-2 % des BIP steigen – also um einen relativ geringen Prozentsatz, gemessen an der Gesamtsteigerung seit 1950. Sollte der Anteil der gesunden Lebensjahre konstant gehalten werden können, während die Gesamtlebenszeit zunimmt, könnten diese zusätzlichen Kosten halbiert werden – was unterstreicht, wie wichtig es ist, sich auf die gesunden Lebensjahre zu konzentrieren.

Die Verbesserung der Qualität der Gesundheitsfürsorge könnte zudem möglicherweise die durch die Alterung der Bevölkerung bedingten Kostensteigerungen in ähnlichen Größenordnungen ausgleichen. In der EU gibt es große Unterschiede in der Leistung der Gesundheitsfürsorge: z.B. haben in Österreich 78 % der Patienten mit Blasenkrebs die Aussicht, in fünf Jahren noch zu leben, während in Polen und Estland der Anteil nur bei 47 % liegt. Um diese potenziellen Fortschritte zu verwirklichen, bedürfte es allerdings größerer Offenheit und stärkerer Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Gesundheitssystemen der EU-Länder als derzeit gegeben.

Ein anderer Ansatz für Verbesserungen läge darin, die Auswirkungen sozialer Ungleichheit auf die Gesundheit zu reduzieren. Eine neue Studie über die Lebenserwartung in Italien hat ergeben, dass in Regionen mit großen Einkommensunterschieden wie Kampanien und Sizilien die Lebenserwartung deutlich niedriger ist als in Regionen mit vergleichsweise

geringen Einkommensunterschieden wie Marken und Umbrien. Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass sich große Einkommensunterschiede stärker auf die Lebenserwartung auswirken als das Pro-Kopf-Einkommen und die Bildung⁵¹.

Während die Gesundheit der Bevölkerung im 19. Jahrhundert durch das öffentliche Gesundheitswesen und eine bessere Hygiene spektakulär verbessert werden konnte, gilt das Hauptaugenmerk heute zunehmend der Verbindung zwischen Umwelt und Gesundheit, und zwar nicht nur in Bezug auf die Luft- und Wasserqualität, sondern auch in Bezug auf die Anreicherung chemischer Stoffe und ihre Folgen sowie andere Umweltrisiken. In den letzten Jahren haben die so genannten „Wohlstandskrankheiten“ dramatisch zugenommen. Nach einer Eurobarometer-Umfrage hatten in den vorangegangenen 12 Monaten 7 % der Europäer aufgrund psychologischer oder emotionaler Gesundheitsprobleme verschreibungspflichtige Medikamente genommen; 3 % der Befragten (7 % in den Niederlanden) hatten sich in dieser Zeit einer Psychotherapie unterzogen⁵². Nach Auffassung von Professor Richard Layard würden sich begrenzte Ausgaben für bessere psychische Gesundheit (insbesondere ein größeres Angebot an kognitiver Verhaltenstherapie) durch sehr viel größere Zufriedenheit der Menschen bezahlt machen⁵³.

Die mit Fettleibigkeit verbundenen gesundheitlichen Risiken können ebenso groß sein wie die des Rauchens. Eine Eurobarometer-Umfrage ergab, dass die Hälfte der Befragten im Alter zwischen 15 und 44 sich in den vorangegangenen 7 Tagen nicht sportlich betätigt hatten; 40 % von ihnen hatten sich auch nicht mäßig körperlich bewegt, waren z.B. nicht mehr als 30 Minuten zu Fuß gegangen⁵⁴. Bei Themen wie Rauchen und Fettleibigkeit und den Kosten, die dadurch für das Gesundheitssystem entstehen, stellt sich die Frage, inwieweit der persönlichen Verantwortung Rechnung getragen werden sollte.

Nach Auffassung einiger Fachleute ist die Zunahme dieser Gesundheitsprobleme die Folge von psychosozialen Stress, der von den Menschen, die sich in der modernen Gesellschaft am unteren Rand der sozialen Pyramide befinden, empfunden wird. Beispielsweise weisen dreimal so viele arme Kinder im Vereinigten Königreich psychische Probleme auf wie die Kinder aus Familien des oberen Einkommensfünftels⁵⁵. In welchem Maße sind die so genannten Wohlstandskrankheiten in Wirklichkeit durch Ungleichheit verursachte Krankheiten der modernen Gesellschaften?

⁵¹ Roberto de Vogli, Ritesh Mistry, Roberto Gnesotto und Giovanni Andrea Cornia, „Has the relation between income and inequality and life expectancy disappeared?“ in *J. Epidemiol. Community Health* (2005).

⁵² Eurobarometer Spezial über psychisches Wohlbefinden (Juni 2006).

⁵³ Layard, R., *Happiness*, 2004.

⁵⁴ Eurobarometer Spezial über körperliche Betätigung (Dezember 2003).

⁵⁵ Mental Health of Children, UK Office of National Statistics, (1999).

3.10. Lebensqualität

Wenn man einen Westeuropäer in der Nachkriegszeit unmittelbar nach 1945 gefragt hätte, was seine Lebensqualität am meisten beeinträchtigt, hätte er vermutlich - zumindest in den Städten – vor allem auf mangelnden Wohnraum hingewiesen. In ländlichen Gebieten hingegen wäre möglicherweise die fehlende Wasser- und Stromversorgung genannt worden, die in den folgenden Jahrzehnten durch die Ausweitung der öffentlichen Versorgung vorbildlich gelöst wurde. Die Zerstörungen im Krieg und der Babyboom der Nachkriegszeit bewirkten einen akuten Wohnraummangel. Die Gebäude, die der Zerstörung entgangen waren, waren größtenteils sanierungsreif und verfügten nicht über die nötige Grundausstattung. Diesem Wohnraummangel wurde in den nächsten 25 Jahren praktisch überall in Europa mit massiven Investitionen in den sozialen Wohnungsbau begegnet. Auf diese Weise wurde als Grundvoraussetzung für die Familie ordentlicher Wohnraum zu bezahlbaren Preisen geschaffen. Trotz aller späteren Probleme aufgrund vernachlässigter Wohnsubstanz und heruntergekommener Vororte war dies eine beachtliche soziale Leistung.

Heute spielt Wohnraum für die Lebensqualität eine weit geringere Rolle, obwohl Wohnraum in einigen Mitgliedstaaten oder in rasch wachsenden Ballungsgebieten mit hohen Zuwanderungsraten (wie London und der Südosten des Vereinigten Königreichs oder die Gegend um Madrid) ein ernstes Problem bleibt. Rasch steigende Miet- und Immobilienpreise können sich auch heute noch zu einem gesellschaftlichen Problem entwickeln.

75 % aller Europäer leben inzwischen in der Stadt, bis 2020 sollen es 80 % werden. Die Städte breiten sich schneller aus, als ihre Bevölkerung wächst. Es wird angenommen, dass sich die bebaute Fläche in den letzten 20 Jahren um insgesamt 20 % vergrößert hat, während die Bevölkerung der EU nur um 6 % zugenommen hat⁵⁶. Der Wohnraum pro Person hat sich in den letzten fünfzig Jahren infolge des höheren Lebensstandards, kleinerer Familien und der zunehmenden Tendenz in Europa, alleine zu wohnen, verdoppelt. Prinzipiell ließen sich die Auswirkungen auf die Flächennutzung durch eine größere Wohnraumdichte in kompakteren Wohnanlagen und Hochhäusern kompensieren. Aber allein in den letzten zehn Jahren hat sich der Umfang der städtischen Gebiete in Europa um die dreifache Größe Luxemburgs erhöht. Dieser Trend war in den vier Kohäsionsländern besonders ausgeprägt. Mit dem teilweise aus den Strukturfonds finanzierten Ausbau der Infrastruktur - neue Straßen und Bereitstellung von Grundversorgungsleistungen – schossen die Häuser auch außerhalb der Städte wie Pilze aus dem Boden. Dies kann sich in den neuen Mitgliedstaaten durchaus wiederholen.

Außerhalb der Stadt zu wohnen, bedeutet für Familien bessere Lebensqualität durch eine größere Nähe zur Natur, mehr Platz und eine sicherere Umgebung. Die Briten sind bekannt für ihre Vorliebe für Vorstädte, aber auch in vielen europäischen Ballungsräumen sind lange Fahrten zur Arbeit von den Kleinstädten, Dörfern und dem Umland aus zur Regel geworden. Zwar mögen sich diejenigen, die sich dies leisten können, für privilegiert halten, die Lebensqualität der Gesellschaft insgesamt wird dadurch jedoch nicht unbedingt besser. Die Folge sind mehr Fahrten mit dem Auto, um zur Arbeit zu gelangen, die Kinder zur Schule zu bringen, zu Einkaufszentren außerhalb der Stadt zu fahren und Familie und Freunde an entlegenen Orten zu besuchen. Dies führt wiederum zu Verkehrsstaus und damit zu wirtschaftlichen Einbußen, höherem Energieverbrauch, mehr die Luft verschmutzenden Abgasen wie CO₂, das den Klimawandel beschleunigt. Mit zunehmendem Wohlstand erhöht sich auch die Zahl der Pkw. Für die neuen Mitgliedstaaten gibt es hier noch einiges

⁵⁶ Europäische Umweltagentur, *Zersiedelung in Europe*, EUA-Bericht 04/2006.

aufzuholen. Die Mobilität in den städtischen Gebieten der EU wird infolgedessen zwischen 1995 und 2030 um schätzungsweise mindestens 40 % zunehmen⁵⁷.

Hand in Hand mit der Verstädterung und der Zunahme des Verkehrs geht die „Betonierung“ von Europas Küsten. Sieht man sich an, wie viel Raum von Menschenhand geschaffene künstliche Strukturen innerhalb eines 10 km breiten Küstenstreifens gegenüber Naturlandschaften oder Agrarland einnehmen, so ist dieser Anteil (in den 17 Mitgliedstaaten, für die Zahlen vorliegen) allein in den 90er Jahren um 7,5 % gestiegen⁵⁸.

Europas Diskussion über Lebensqualität ist voller Gegensätze und Widersprüche. Auf der einen Seite gibt es ein verständliches Streben nach besseren Lebensbedingungen für einen selbst und die Familie, was die Zersiedelung vorantreibt und unsere Küsten zerstört. Auf der anderen Seite hingegen gibt es in der Öffentlichkeit ein zunehmendes echtes Interesse an Fragen der Umwelt und der Lebensqualität. Diese postmateriellen Anliegen erlangten erstmals in den 70er Jahren politische Bedeutung. Verschiedene Ereignisse und Ursachen beschäftigten die Bevölkerung in verschiedenen Mitgliedstaaten zu verschiedenen Zeiten. Ihnen gemeinsam aber waren die These des „Club of Rome“, dass die natürlichen Ressourcen der Erde begrenzt und fast erschöpft sind; die Einsicht, dass wildlebende Tiere, Wälder und natürliche Lebensräume immer rascher verschwinden; die Erkenntnis, dass ein Teil der Umweltkosten, die das Wirtschaftswachstum im Hinblick auf Umweltverschmutzung und Abfälle verursacht hat, vermeidbar gewesen wäre; der Verlust des Glaubens an die Wissenschaft und die Aufgabe der Vorstellung, dass neue Entdeckungen gleichbedeutend mit Fortschritt sind, sowie wachsender Protest gegen die Kernkraft.

Als die Mitgliedstaaten innenpolitisch unter Druck gerieten und von ihnen verlangt wurde, diese die Lebensqualität betreffenden Probleme anzugehen, entfaltete die EU ab Mitte der 80er Jahre auf der Grundlage eines politischen Konsenses eine rege Tätigkeit im Umweltschutzbereich. Die Ergebnisse widerlegen die EU-Gegner in überzeugender Weise. Als Beispiele seien nur der „saure Regen“ und das „Ozonloch“ angeführt, zwei der größten Umweltsorgen der 80er Jahre. Zwischen 1990 und 2002 ging der Ausstoß an Säure bildenden Gasen in den EU-15 um 43 % und in den EU-10 um 58 % zurück. Zur Hälfte ist dies auf geringere Emissionen der Energieerzeuger zurückzuführen, wobei Deutschland, das Vereinigte Königreich und Finnland in den EU-15 und die Tschechische Republik, die Slowakei und die baltischen Staaten in den EU-10 ihren Emissionsausstoß überdurchschnittlich senken konnten. Bei den Stoffen, die zum Abbau der Ozonschicht beitragen, insbesondere bei FCKW, gelang es Europa im Anschluss an das Wiener Übereinkommen von 1985 und das Montrealer Protokoll von 1987, die Abgabe von FCKW an die Atmosphäre im Jahresdurchschnitt von einem Wert von 460 im Jahr 1989 drastisch auf einen stabilen Jahreswert von rund 50 Mitte der 90er Jahre zu senken⁵⁹.

Eine ähnliche Erfolgsbilanz gibt es in vielen anderen Bereichen: bei der Qualität des Trinkwassers, der Sauberkeit der Flüsse und Strände, der Klärung von Abwässern, beim Recycling und bei der Abfallbewirtschaftung sowie bei der Luftreinhaltung. Dies soll jedoch nicht heißen, dass keine weiteren Fortschritte möglich wären. So hat sich die Wasserqualität verbessert, weil sich die Behandlung des städtischen Abwassers verbessert hat, phosphatfreie

⁵⁷ Siehe Europäische Umweltagentur, Bericht 04/2006, a. a. O.

⁵⁸ Europäische Umweltagentur, Bericht über Europas Küsten, 03/2006.

⁵⁹ Die Zahlen sind der dritten Fünfjahresauswertung der Europäischen Umweltagentur von 2005 entnommen: „Die Umwelt in Europa – Zustand und Ausblick 2005“.

Reinigungsmittel auf den Markt gebracht und weniger phosphathaltige Düngemittel eingesetzt wurden. Ein großes Problem sind aber weiterhin die Nitrate, die mit der Intensivlandwirtschaft einhergehen. Auch der Zugang zu den Wasserreserven und deren Bewirtschaftung kann infolge des Klimawandels in Südeuropa zu einem akuten Problem werden. Europa produziert nach wie vor viel zuviel Müll. Dabei stellt sich auch das Problem des Müllexports in weniger privilegierte Teile der Welt.

Im jüngsten Bericht der Kommission zur Luftqualität heißt es, dass bis 2030 311 000 Menschen in Europa vorzeitig infolge der Luftverschmutzung vor allem durch Stickoxide, Schwefeldioxid und Schwebstaub sterben werden. Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen würde die Zahl der vorzeitigen Todesfälle jährlich um 20 000 gesenkt werden, allerdings bei einer insgesamt steigenden Tendenz. Aufgrund steigender Abgaswerte ist auch mit einem Anstieg der durch Luftverschmutzung verursachten Todesfälle zu rechnen. Dieser Trend lässt sich nur dann umkehren, wenn es der EU gelingt, die von ihr angestrebte Verringerung des Treibhauseffekts zu erreichen, und wenn gleichzeitig die luftverunreinigenden Stoffe, die insbesondere mit den CO₂-Emissionen im Straßenverkehr zusammenhängen, reduziert werden.

Die Erwärmung der Erdatmosphäre wird Europa in den kommenden Jahrzehnten vor eine große wirtschaftliche und soziale Herausforderung stellen. Manche Leute machen sich selbst etwas vor, wenn sie glauben, dass sich der Klimawandel in Europa nicht direkt auswirken wird, sondern in erster Linie zu einer Ausbreitung der Wüsten- und Steppengebiete in Kontinenten wie Afrika und zu einem Anstieg des Meeresspiegels führen wird, der für flache Inseln und Länder wie Bangladesch eine existenzielle Bedrohung bedeutet. Sie sehen den Klimawandel als Entwicklungsproblem an etwa so wie die Armut in der Welt. Aufgabe der EU wäre demnach, der Gefahr politischer und militärischer Konflikte wegen Wasserreserven in anderen Teilen der Welt sowie dem Druck zu massiver Auswanderung und Verlagerung von Wirtschaftsstandorten zu begegnen, da sich gerade dies auch in Europa auswirken würde. Die direkten Folgen für Europa wären zwar nicht gerade katastrophal, aber dennoch einschneidend: Aufgrund unsicherer Schneeverhältnisse in den Alpen käme es zu einem Rückgang des Skitourismus. Auch nach Südeuropa würden weniger Touristen fahren wegen der unerträglichen Hitze im Sommer und der erhöhten Waldbrandgefahr. In Europas „Sonnengürtel“ zu leben, würde an Reiz verlieren. Für die Küstengebiete an der Ostsee, am Mittelmeer und am Schwarzen Meer entstünden ebenfalls Probleme. In Nordeuropa wäre eine Zunahme schwerer Regenfälle und häufigeres Hochwasser zu erwarten. In den EU-Gewässern würden die traditionellen Fischgründe verschwinden. Durch Stechmücken, Zecken u. ä. übertragene Krankheiten würden zunehmen. Im Süden käme es infolge einer größeren Nachfrage nach Klimaanlagen zu einem höheren Energieverbrauch⁶⁰.

So wie sich die politische Wirklichkeit derzeit darstellt, ist außer Europa keine andere Kraft in Sicht, die beim Klimawandel die Führung übernehmen könnte. Damit ginge allerdings eine Verpflichtung zum wirtschaftlichen Umbau in Europa einher, und zwar in einer Größenordnung, die durchaus dem Übergang von der Industriegesellschaft zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft vergleichbar wäre. So würden vom Emissionshandel ausgehende Preissignale zur Begrenzung des Kohlendioxidausstoßes das Verhalten der Unternehmen und Verbraucher mit der Zeit tiefgreifend verändern. In den energieintensiven Wirtschaftssektoren werden Preisanstiege weitreichende Konsequenzen für Nachfrage und Angebot haben. Wie

⁶⁰ Europäische Umweltagentur, *Auswirkungen des Klimawandels in Europa*, EUA-Bericht 2/2004.

bei anderen größeren Anpassungsprozessen in der Wirtschaft ist auch hier mit erheblichen sozialen Folgen zu rechnen.

Der Emissionshandel stellt im Prinzip eine nichtdiskriminierende Intervention dar, die gewährleistet, dass der Gesamtausstoß von CO₂-Emissionen aus industriellen Großanlagen kontrolliert und reduziert wird und dass gleichzeitig der Output, der die Emissionen verursacht, den höchsten Marktwert hat. Allerdings findet dieser Handel in einem Energiemarkt statt, in dem die Preissignale durch öffentliche Interventionen zur Förderung bestimmter Technologien bereits deutlich verzerrt sind. 2001 wurde Energie in der EU von staatlicher Seite direkt und indirekt in einer Größenordnung von 29 Mrd. EUR subventioniert, von denen nur 5,3 Mrd. EUR der Förderung erneuerbarer Energieträger zugute kamen, während 13 Mrd. EUR für feste Brennstoffe und 8,7 Mrd. EUR für Erdöl und Erdgas aufgewendet wurden⁶¹.

Der Verkehr ist neben der Energiewirtschaft der größte Verursacher von CO₂-Emissionen. Die Entkoppelung des Verkehrswachstums vom allgemeinen Wirtschaftswachstum gehört zu den auf EU-Ebene vereinbarten Zielen, ist aber immer noch nicht erreicht. Die Anteile des Straßen- und Luftverkehrs am Gesamtverkehr sind weiter zulasten des relativ klimaschonenden Schienen- und Binnenschiffsverkehrs gestiegen. Der Luftverkehr wächst jährlich um 5 %. In den EU-15 hat sich das Autobahnnetz in den 90er Jahren um 12 000 km vergrößert. In den neuen Mitgliedstaaten kamen 1 000 km hinzu. Diese Zahl kann sich nach Aufstockung der Strukturfondsmittel in der Finanziellen Vorausschau 2007-13 durchaus erhöhen. Obwohl es der EU gelungen ist, die regulierten Schadstoffe mit Hilfe von Emissionsnormen und einer Verbesserung der Fahrzeugtechnik radikal auf ein Drittel zu reduzieren, stiegen die CO₂-Emissionen infolge des Verkehrswachstums insgesamt um ein Fünftel⁶².

Wirtschaftler würden dem exzessiven Autoverkehr am liebsten mit Mautgebühren oder einer vergleichbaren Straßennutzungsgebühr in den Städten begegnen. Diese Lösung ist bestechend und dürfte sich im Zuge des technologischen Fortschritts umfassend einsetzen lassen. Die notwendigen sozialen Anpassungen könnten sich jedoch mit der Zeit als recht einschneidend erweisen: so bei den Arbeitsplätzen in der Automobilindustrie und den Zulieferern, der Struktur des Einzelhandels und der Lieferkette sowie in Bezug auf die Notwendigkeit, eine neue Generation von Infrastrukturinvestitionen zu finanzieren, um den öffentlichen Verkehr als Alternative zum Auto anbieten zu können. Nicht zuletzt besteht auch die Gefahr, dass Familien wirtschaftliche Einbußen erleiden aufgrund der räumlichen Lebensgestaltung, die sich in den letzten Jahren herausgebildet hat. Ein „kluges“, ökologisch nachhaltiges Wachstum stellt für Europa angesichts unserer technologischen Stärke und der globalen Bedürfnisse eine enorme Chance für die Wirtschaft dar, aber die soziale Wirklichkeit dieses Wachstums wird eine neue Kategorie von Gewinnern und Verlierern sein, wenn der Staat nicht eingreift und keine Vorbereitungen trifft.

3.11. Kriminalitätsanstieg und mangelnde Sicherheit

Eine Differenzierung zwischen Fakten und Wahrnehmung ist bei der Kriminalität schwierig. Aufgrund der unterschiedlichen Definitionen der Straftatbestände lassen sich auch kaum exakte Vergleiche zwischen den Mitgliedstaaten anstellen. Insgesamt scheint die Kriminalität

⁶¹ Europäische Umweltagentur, *Energiesubventionen und erneuerbare Energien*, EUA-Bericht 02/2004.

⁶² Europäische Umweltagentur, *Verkehr und Umwelt in Europa*, EUA-Bericht 03/2004.

aber in den EU-15 seit 1950 auf dem Vormarsch zu sein. Nach 1970 stieg die Kriminalitätsrate schneller an, seit 1990 blieb die Zahl der registrierten Straftaten jedoch relativ konstant. In einigen Ländern sind die Kriminalitätsraten – wenn gewöhnliche Straftaten wie Autodiebstähle und Hauseinbrüche mit berücksichtigt werden – insgesamt zwar rückläufig, bei bestimmten Arten von Gewaltverbrechen zeichnet sich aber ein besorgniserregender Anstieg ab.

Verglichen mit dem Rest der Welt ist die Gewaltbereitschaft in den europäischen Gesellschaften nicht besonders ausgeprägt. 1995 verringerte sich die Lebenserwartung durch Kapitalverbrechen wie Mord oder Totschlag um 0,1 Jahre in Westeuropa (EU-15 plus Norwegen und Schweiz), um 0,4 Jahre in den EU-8 und den ehemaligen Teilen der Sowjetunion; dem gegenüber stehen 0,3 Jahre in den Vereinigten Staaten (also das Dreifache der Rate für die EU-15), 0,6 Jahre in Lateinamerika und 0,9 Jahre in Russland. Die weltweit schlimmsten Auswirkungen hatte die Kriminalität in Kolumbien, wo sich die Lebenserwartung aufgrund von Kapitalverbrechen um 2,2 Jahre verringert hat⁶³.

Dennoch sind laut Eurobarometer-Umfragen rund ein Viertel aller Erwachsenen regelmäßig der Auffassung, dass die Kriminalität das zweit- oder drittgrößte Problem Europas darstellt. Frauen und ältere Menschen sind die demographischen Gruppen, die am ehestens ein Gefühl der Unsicherheit verspüren. Je nach Mitgliedstaat wird die Situation allerdings anders eingeschätzt. Der Mitgliedstaat, in dem die Kriminalität die Bürger am stärksten beunruhigt, ist Irland (54 %), gefolgt von Zypern (49 %), Estland (48 %), Lettland (43 %), dem Vereinigten Königreich (41 %), Dänemark (34 %), den Niederlanden (31 %), Frankreich (28 %) und Schweden (27 %). Der sehr niedrige Anteil der in Deutschland wegen der Kriminalität besorgten Personen (11 %) hat den Durchschnitt nach unten gedrückt. Fast neun von zehn EU-Bürgern sehen jedoch die koordinierte Bekämpfung von Kriminalität, Terrorismus und Drogenhandel als Hauptanliegen an und befürworten daher, dass die EU bei der Bewältigung dieser Probleme mehr Verantwortung übernimmt.

Ein hoher Anteil aller in der EU begangenen Straftaten steht in Zusammenhang mit Drogen. Die betreffenden Straftaten werden entweder unter Drogeneinfluss begangen oder um den Erwerb von Drogen zu finanzieren, mit Drogen zu handeln oder um Drogengesetze zu umgehen und eine etwaige Strafverfolgung zu vereiteln. In den fünf Jahren vor 2003 nahm die Zahl der aktenkundigen Drogenstraftaten in den meisten Mitgliedstaaten zu, in Estland und Polen verdoppelte sie sich sogar – im Jahr 2003 selbst dagegen war in Belgien, Italien, Malta, Österreich, Slowenien, Spanien und Ungarn ein Rückgang der Drogenkriminalität zu verzeichnen.

Die als zunehmend gewaltsam empfundene Kriminalität, die häufig mit Drogen in Zusammenhang steht, ist mit einer Zunahme antisozialer Verhaltensweisen einhergegangen: Kleinkriminalität wie Vandalismus in Wohnsiedlungen oder eine ausgeprägte Grobheit, Respektlosigkeit und Rücksichtslosigkeit anderen gegenüber. Wie britische Wissenschaftler festgestellt haben, ist diese Problematik eng verknüpft mit der Frage der sozialen Gerechtigkeit. Eine von drei einkommensschwachen Personen, die in Sozialwohnungen oder in Innenstädten leben, klagt über antisoziale Verhaltensweisen; in wohlhabenderen Wohngebieten trifft dies dagegen nur auf eine von zwanzig Personen zu⁶⁴. Ältere Menschen nehmen besonders Anstoß an solchen Verhaltensweisen. Unter Personen im Alter von

⁶³ Soares, R., *Welfare Cost of Violence*, University of Maryland (September 2004).

⁶⁴ „Social Exclusion in the UK“. Bericht des Grundsatzreferats des britischen Premierministers (2005).

65 Jahren und darüber fühlen sich 31 % in den EU-15 und 42 % in den neuen Mitgliedstaaten nicht sicher, wenn sie nachts durch ihr Wohnviertel gehen⁶⁵.

Künftige Kriminalitätstrends sind schwer vorherzusagen. Wie die Gesellschaft verändert sich auch die Kriminalität. Der soziale, wirtschaftliche und technologische Wandel wird zu einer Gesellschaft mit größerer Vielfalt, stärkerer Vernetzung, besseren Ausbildungs- und Informationsmöglichkeiten und mehr Wohlstand führen, er wird aber möglicherweise auch zur Folge haben, dass mehr Personen Gefährdungen ausgesetzt sind. Der zunehmende Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und neuen Technologien erzeugt ein enormes Wohlstands- und Wachstumspotenzial, eröffnet jedoch unter Umständen auch neue Möglichkeiten, straffällig zu werden.

Die Strafjustiz hat Schwierigkeiten, diese Probleme zu bewältigen. In Europa sind die Strukturen und Qualität der Governance auf dem Gebiet der Strafjustiz wie auch in anderen Bereichen von zentraler Bedeutung. Die Korruption, die sich allgemein als Machtmissbrauch aus persönlichem Interesse definieren lässt, unterminiert die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit, weil sie in der Bevölkerung einen Vertrauensverlust gegenüber öffentlichen Einrichtungen zur Folge hat. Eine große Herausforderung besteht darin, den Bürgern den Nutzen innovativer Strategien im Bereich der Strafjustiz zu demonstrieren, mit denen sowohl gegen die „Ursachen“ der Kriminalität, als auch gegen die Kriminalität selbst vorgegangen werden kann.

3.12. Migration, ethnische Vielfalt und Integration

Die Migration ist seit langem Teil der europäischen Geschichte. Die Zwänge, die zu der großen Welle der Auswanderung in die Neue Welt führten, brachten auch Bevölkerungsbewegungen innerhalb Europas mit sich. Zu erwähnen wären hier beispielsweise die Auswanderung von Iren nach Britannien oder der vielfältige Charakter von Großstädten wie Prag vor dem Zweiten Weltkrieg. Nach wie vor stellt die Migration in Europa ein komplexes Phänomen mit vielen Facetten dar.

- Zu erzwungenen Bevölkerungsbewegungen am Ende des Zweiten Weltkriegs führte unter anderem ein umfassendes Programm zur Ansiedlung von Russen in Estland und Lettland.
- Von den fünfziger Jahren bis zur ersten Ölkrise im Jahr 1974 lockten die boomenden Länder Westeuropas Migranten an, um die enorme Nachfrage nach Arbeitskräften decken zu können. Die keine hohen Qualifikationen voraussetzenden Tätigkeiten, für die die Migranten größtenteils angeworben wurden, sind im Verschwinden begriffen, auch wenn in manchen Bereichen Arbeitskräfte einschließlich hoch qualifizierter Personen fehlen. Die Integration von Migranten der zweiten und der dritten Generation (und vieler anderer Bürger) in die wissensbasierte Wirtschaft ist bestenfalls teilweise gelungen.
- In den neunziger Jahren war infolge eines zunehmenden Arbeitskräftemangels erneut ein Anstieg der Migration zu verzeichnen. Die Zahl der Asylanträge – zunächst eine Folge des Zerfalls des ehemaligen Jugoslawien – nahm zu, wie auch

⁶⁵ Anderson, R., *Quality of Life and Care for older people in Europe*, Europäische Stiftung für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen.

die illegale Migration. Die späteren Migrationswellen betrafen Mitgliedstaaten, die bis dato kaum Erfahrungen in dieser Hinsicht hatten. Im Jahr 2004 waren 12 % der Einwohner Schwedens und 6 % der Einwohner Dänemarks gebürtige Ausländer.

- Südeuropa ist in jüngster Zeit erstmals zu einem beliebten Ziel für Migranten geworden: Griechenland für Migranten aus dem Balkan und dem Nahen Osten, Italien für Migranten aus Albanien und Nordafrika und Spanien und Portugal für Migranten aus Südamerika und Afrika. Netto belief sich die Zahl der legal in die EU eingewanderten Personen in den drei Jahren vor 2005 insgesamt auf über eineinhalb Millionen jährlich.
- In der kommunistischen Ära verspürten viele Menschen in den inzwischen der EU beigetretenen Ländern den Wunsch abzuwandern, wurden jedoch an der Ausreise gehindert. Nach dem Umbruch ist nach einer Phase des Bevölkerungsrückgangs nunmehr wieder ein Anstieg zu verzeichnen; die nach dem EU-Beitritt im Jahr 2004 einsetzenden Migrationsströme sind zwar weitaus größer als erwartet, könnten jedoch zu großen Teilen nach einer gewissen Zeit wieder abebben.

Die jüngsten Migrationswellen haben einen Wandel vieler europäischer Städte zur Folge. Die Bevölkerung so unterschiedlicher Städte wie Birmingham, Marseilles und Malmö besteht zu über einem Drittel aus ethnischen Minderheiten⁶⁶. Den Arbeiten des mit der Bewertung sozialer Trends beauftragten niederländischen Amtes ist zu entnehmen, dass die „nicht in den Niederlanden gebürtigen“ Einwohner Amsterdams und Rotterdams 1973 6 % der Bevölkerung ausmachten, dieser Anteil sich derzeit auf 34 % beläuft und er im Jahr 2020 voraussichtlich über 50 % betragen wird. Auch die beiden anderen niederländischen Großstädte Den Haag und Utrecht haben inzwischen einen hohen Anteil an nicht gebürtigen Niederländern, nämlich 30 % bzw. 20 %. Dem gegenüber steht der Anteil der „nicht in den Niederlanden gebürtigen Bevölkerung“ insgesamt, der sich 2003 auf 9,7 % belief und im Jahr 2020 Schätzungen zufolge 14,1 % betragen wird⁶⁷.

Es gibt gewichtige wirtschaftliche Gründe für die Migration, in diesem Papier soll jedoch ihr sozialer Nutzen herausgestellt werden. Die Vielfalt hat Europa kulturell bereichert. Das machen allein schon unsere Ernährungsgewohnheiten, Musikstars und sportlichen Helden deutlich. Und natürlich war der Beitrag, den Migranten für das soziale Wohlergehen unserer Gesellschaften geleistet haben, enorm, auch wenn er häufig nicht gewürdigt wird. So sind Migranten in der Pflege tätig und führen grundlegende öffentliche Dienstleistungen aus, für die sich unter Umständen keine anderen Arbeitskräfte gefunden hätten.

Eine Beschreibung der sozialen Wirklichkeit im heutigen Europa wäre unvollständig, würde nicht erwähnt, dass die Migranten, von denen viele inzwischen vollwertige Bürger der EU-Mitgliedstaaten sind, nach eigenem Empfinden in unseren Gesellschaften eine Behandlung erfahren, die viel zu wünschen übrig lässt. Trotz Fortschritten bei der Bekämpfung von offenem Rassismus und Intoleranz sehen sie sich weiterhin gravierenden Problemen gegenüber: Diskriminierung, Arbeitslosigkeit und unzureichender Zugang zu angemessenen öffentlichen Leistungen wie geeigneten Unterkünften, medizinischer Versorgung und guten

⁶⁶ Buonfino, A., *Immigration and Integration*, The Young Foundation, London 2006. 16 % der derzeitigen Einwohner Birminghams und 24 % der Einwohner von Marseilles wurden im Ausland geboren.

⁶⁷ Gijsberts, M., *Ethnic Minorities and Integration*, Niederländisches Amt für Sozial- und Kulturplanung (Sociaal en Cultureel Planbureau), Den Haag (September 2004).

Schulen. Besonders schwer haben es Migranten ohne Ausweispapiere, die in den Statistiken nicht voll berücksichtigt werden und sich technisch gesehen „illegal“ im Land aufhalten. Es besteht kein Konsens darüber, wie diese Personengruppe zu behandeln ist. Aber auch unter Migranten mit gesichertem rechtlichem Status, von denen viele Unionsbürger sind, ist die Arbeitslosigkeit mitunter hoch und das Bildungsniveau niedrig⁶⁸. So haben beispielsweise in den Niederlanden zwei Drittel aller Erwachsenen, aber nur 40 % der Niederländer marokkanischer Herkunft einen Arbeitsplatz. 60 % der Marokkaner verlassen die Schule mit geringen Qualifikationen oder ohne Abschluss; bei den „gebürtigen Niederländern“ ist dies nur bei 10 % der Fall.⁶⁹ In Deutschland nimmt weniger als einer von zehn Deutschen türkischer Herkunft ein Hochschulstudium auf, während vier von zehn „gebürtigen Deutschen“ studieren. Selbst in Schweden, wo das Bildungssystem den Migranten der zweiten Generation gleiche Chancen eröffnet wie „gebürtigen Schweden“, finden Mitglieder von Migrantengemeinschaften es wesentlich schwieriger, eine angemessene Arbeit zu finden. Und in der Bevölkerung der neuen Mitgliedstaaten gibt es mindestens zehn Millionen gebürtige Roma, die seit jeher benachteiligt sind. Aus all diesen gewichtigen Gründen hat die EU eine Vorreiterrolle bei der Bekämpfung der Diskriminierung übernommen.

Es gibt aber einen noch problematischeren Aspekt der sozialen Wirklichkeit in Europa, der zunächst erkannt werden muss, bevor er angegangen werden kann, nämlich gravierende Schwierigkeiten bei der Integration in die Aufnahmegesellschaft⁷⁰. 25 % der Bürger der EU-15 widersprechen der These, dass es für jede Gesellschaft positiv ist, wenn sie sich aus Menschen verschiedener Rassen, Religionen oder Kulturen zusammensetzt. 48 % sind der Auffassung, es sei besser für ein Land, wenn nahezu jeder dieselben Sitten und Gebräuche hat. 60 % vertreten die Ansicht, dass eine Gesellschaft nur eine begrenzte Anzahl von Menschen anderer Rassen, Religionen oder Kulturen aufnehmen kann⁷¹.

Im Einzelnen weichen die Auffassungen der Bürger der verschiedenen Mitgliedstaaten voneinander ab; bestenfalls begegnet die Mehrheit der Bevölkerung Migranten mit Misstrauen, während eine Minderheit ihnen unverhohlene Feindseligkeit entgegenbringt. Die Hälfte aller „gebürtigen Niederländer“ hat seit zwanzig Jahren Vorbehalte dagegen, Personen anderer ethnischer Herkunft als direkte Nachbarn zu haben, oder lehnt dies sogar entschieden ab: Mitte der neunziger Jahre sank dieser Anteil auf um die 45 %, um dann im Zusammenhang mit Pim Fortuyn wieder auf 55 % anzusteigen.⁷² „Gebürtige Niederländer“ haben im Allgemeinen ein negatives Bild von Muslimen. Die Briten geben sich toleranter gegenüber dem Islam, sind aber äußerst verärgert über die ihrer Meinung nach unfaire Art und Weise, in der Asylbewerber und andere Migranten den Sozialstaat „missbrauchen“⁷³.

⁶⁸ Gosta Esping Andersen, a. a. O., Tabelle 2, Seite 10, führt Daten für das defizitäre Bildungsniveau bei Migrantengruppen in verschiedenen (aber nicht allen) Mitgliedstaaten an. Indem er die Bildungsdefizite nach Geschlecht, Bildung der Mutter, sozioökonomischem Status der Elten und kulturellem Hintergrund der Familie aufschlüsselt, weist er nach, dass der Mitgliedstaat mit dem am schlechtesten funktionierenden Bildungssystem Belgien ist, gefolgt von den Niederlanden, Deutschland, Österreich, Schweden, Spanien, Finnland, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Dänemark. Der einzige Mitgliedstaat, in dem Zuwanderer in dieser Hinsicht bessere Ergebnisse erzielen als die im Land geborene Bevölkerung, ist Irland, wo ein ähnliches Leistungsniveau erreicht wird wie in den USA.

⁶⁹ Gijssberts, M., a. a. O.

⁷⁰ Diese Problematik wird in dem BEPA-Papier „Migration and public perception“ („Migration und öffentliche Wahrnehmung“) von Marcel Canoy, Ricklef Beutin, Anna Horvath, Agnes Hubert, Frederic Lerais, Peter Smith und Miriam Sochacki (Oktober 2006) eingehender erörtert.

⁷¹ Eurobarometer 138, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa.

⁷² Gijssberts, M., a. a. O., Abbildung auf Seite 34.

⁷³ MORI-Umfrage im Auftrag des britischen Innenministeriums (2006).

Europaweit stehen vor allem ältere Menschen, weniger gebildete Personen, Arbeiter und einkommensschwache Personen der Integration von Migranten sehr skeptisch gegenüber. Die Angehörigen dieser Personengruppen nehmen die Auswirkungen der Migration auf ihre eigene Situation als sehr negativ wahr: Dies gilt vor allem für gering qualifizierte Arbeitskräfte, die sich bei der Suche nach einem Arbeitsplatz einem verstärkten Wettbewerb ausgesetzt sehen, der die Löhne drücken könnte, junge Paare, die eine Mietwohnung in der Innenstadt suchen, Eltern, deren Kind in einer Klasse unterrichtet wird, in der viele verschiedene Sprachen gesprochen werden, Personen, die sich in überfüllte Arztpraxen begeben müssen, sowie ältere allein lebende Menschen, die Schwierigkeiten haben, sich an neue Nachbarn aus anderen Kulturen zu gewöhnen.

Häufig besteht ein Zusammenhang zwischen den Bedenken der Öffentlichkeit und dem Ausmaß und der Geschwindigkeit der Migration sowie der Intensität der persönlichen Kontakte zu Migranten. In Stadtvierteln mit großer ethnischer Vielfalt sind die Menschen Zuwanderern gegenüber positiver eingestellt als in Gebieten, in denen nur wenige Zuwanderer leben. Es ist wichtig zu erkennen, dass diese Haltungen existieren, auch wenn ihnen Missverständnisse und falsche Wahrnehmungen zugrunde liegen; sie dürfen jedoch nicht als Rechtfertigung für Vorurteile oder als Entschuldigung dafür dienen, dass die Auswirkungen der Migration auf schon vorher vorhandene soziale Probleme überbewertet werden. Fakten müssen richtig erkannt und Probleme konkret angegangen werden, ohne dass eine Hysterie entfacht wird. Wie die Erfahrungen in Ländern wie Dänemark zum Beispiel zeigen, sind eine gute Wirtschaftsleistung und ein gut funktionierendes Sozialmodell allein noch keine Garantie für eine rasche Integration von Zuwanderern und ethnischen Minderheiten. Hierzu bedarf es gezielter Integrationsprogramme für junge Zuwanderer in Schulen, und es muss gegen die Diskriminierung vorgegangen werden. Die „ethnischen Minderheiten“ dürfen nicht länger als eine homogene Gruppe behandelt werden. So erzielten Kinder indischen Ursprungs in britischen Schulen inzwischen durchschnittlich bessere Leistungen als weiße Schüler, was jedoch im Schnitt nicht für Schüler aus Pakistan oder Bangladesch gilt.

Eine noch größere Herausforderung ist kultureller Natur. In mehreren Mitgliedstaaten herrscht offenbar zunehmend Konsens darüber, dass das Erlernen der Sprache des Aufnahmelandes eine soziale Verpflichtung sein sollte. Viele Auseinandersetzungen könnten sich jedoch möglicherweise an Werten sowie an Sitten und Gebräuchen entzünden. So machen beispielsweise die dänischen Mohammed-Karikaturen deutlich, wie heikel manche Themen sind. Konfliktpotenzial besteht bei der Haltung gegenüber Frauen, arrangierten Ehen, Kopftüchern und der Gleichbehandlung Homosexueller – Themen, die alle bittere Kontroversen auslösen können. Es bedarf dringend eines Dialogs und eines Konsens, insbesondere über die Grenzen zwischen privaten Überzeugungen und Rechten des Einzelnen, wobei die Wahrung der Grundwerte und der Rechtsstaatlichkeit vorausgesetzt werden muss.

Die Londoner Bombenattentäter vom 7. Juli waren oberflächlich gesehen gut integrierte britische Bürger. Es ist wichtig, dass das äußerst komplexe Gefühl, von der Gesellschaft des Aufnahmelandes abgelehnt zu werden, richtig verstanden wird. Die in diesem Zusammenhang auftretenden Probleme sind nicht auf die Migration zurückzuführen, vielmehr handelt es sich dabei um soziale Probleme zwischen Bürgern. Die meisten europäischen Gesellschaften haben sich bis vor kurzem gescheut, über bürgerliche Pflichten – sowohl für Migranten und ethnische Minderheiten als auch für die in dem jeweiligen Land geborene Bevölkerung – zu diskutieren. Wichtig sind dabei gegenseitiges Verständnis, Toleranz gegenüber dem „Anderssein“ und Dialog, nicht Effekthascherei.

Die sich immer weiter verstärkenden ungelösten Spannungen und eine sehr negative Einstellung gegenüber in unmittelbarer Nachbarschaft lebenden Migranten sind eine Gefahr für die Ideale des sozialen Zusammenhalts und einer starken Gemeinschaft, die traditionell Teil unserer Werte und des politischen Diskurses sind. Die Verknüpfung der Migration mit Aspekten wie Rasse, ethnische Zugehörigkeit und Religion weckt viele der alten Dämonen Europas, die – wie mehrere Historiker betont haben – in vielen europäischen Kulturen beheimatet waren, aber heute von der EU nachdrücklich verurteilt werden.

Abschließende Bemerkungen

Bei Darstellungen dieser Art lässt es sich nicht umgehen, „Probleme“ herauszustellen, da sie sonst unglaubwürdig wären. Die europäischen Gesellschaften sehen sich großen sozialen Herausforderungen gegenüber. Die Wissensgesellschaft kann bei Personen mit geringen Fähigkeiten und geringen Bildungsambitionen Ängste wecken. Arbeitslosigkeit und Inaktivität sowie ungelöste Probleme aufgrund einer weit verbreiteten Armut belasten noch immer das Leben zu vieler Menschen. Die Generationsnachteile gewinnen möglicherweise an Gewicht und die soziale Mobilität wird schwieriger. Etwaige soziale Konsequenzen eines Lebenswegs in unseren von Ungleichheiten geprägten Gesellschaften, der selbst als Scheitern wahrgenommen wird, sind neue Belastungen und Probleme im Familienverband, Straffälligkeit und antisoziales Verhalten, psychische Erkrankungen und die neuen Wohlstandskrankheiten. Die Solidaritätsbeziehungen, die dem Europäischen Sozialmodell zugrunde liegen, sind unter Umständen nicht mehr intakt, was vor allem auf die Abhängigkeit von Sozialleistungen und die Probleme bei der Integration von Minderheiten in unsere Gesellschaften zurückzuführen ist.

Dennoch gibt es viele Gründe, optimistisch zu sein. In Europa sind mehr Menschen glücklich und mit dem eigenen Leben zufrieden als in anderen Teilen der Welt. Die Lebenserwartung ist gestiegen und könnte noch um einiges weiter steigen, und auch die Möglichkeiten, gesünder zu leben, könnten sich verbessern. Die Tätigkeiten, die die Menschen in einer wissensbasierten Wirtschaft verrichten, dürften mehr Arbeitszufriedenheit zur Folge haben. Die Bildungschancen verbessern sich. Frauen sind unabhängiger und herrschen über ihr eigenes Leben. Die Vielfalt kann ein Quell kreativer Stärke sein. Und eine wirksam gesteuerte Migration kann dazu beitragen, Europas Bedarf in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zu decken.

Die Europäer können sich auf eine Welt voller neuer Chancen freuen. Die Politiker in den Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene müssen allerdings dafür sorgen, dass ein größtmöglicher Zugang zu diesen Chancen für alle gewährleistet ist.

4. DISKUSSIONSPUNKTE

4.1. Tendenzen

In dem Papier werden Tendenzen in einigen Bereichen aufgezeigt, die u. a. betreffen:

- den Übergang zur postindustriellen Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft
- den Sozialstaat
- die Auswirkungen der Wohlstandsgesellschaft auf das Konsumverhalten
- die demographische Entwicklung
- die Werte – auf Ebene des Einzelnen und der Familie sowie im gesellschaftlichen Umfeld.

Stimmen Sie dieser Analyse zu? Verfügen Sie über zusätzliches Zahlenmaterial, das die Thesen belegt bzw. widerlegt?

4.2. Persönliches Wohlergehen

Was ist unter ‚Wohlergehen‘ zu verstehen? Was brauchen wir abgesehen von materiellen Besitztümern für ein glückliches und zufriedenes Leben?

Wie würden Sie die folgenden Faktoren, die in starkem Maße zum Wohlbefinden beitragen, ihrer Bedeutung nach einordnen: z. B. Besitz eines Arbeitsplatzes, Zufriedenheit am Arbeitsplatz, glückliches Familienleben, angemessene Wohnverhältnisse, Gesundheit, Bildungschancen, soziale Mobilität, Nachbarschaftspflege und Pflege von Freundschaften, Verwurzelung im örtlichen gesellschaftlichen Umfeld, Sicherheit auf den Straßen und zuhause? Womit ließe sich die Liste vervollständigen?

Welches sind Ihrer Ansicht nach die Hauptgründe, die heutzutage dem Wohlbefinden in Europa abträglich sind: Geldmangel, fehlende anständige Arbeit, zu viel Druck auf Familie und Freizeit, Armut und Ungleichheit, nicht bedarfsgerechte öffentliche Leistungen beispielsweise im Gesundheits- und Bildungsbereich, hohe Kriminalität, Respektlosigkeit, Migration und kulturelle Vielfalt?

4.3. Gesellschaftliche Chancen

Welches sind die wichtigsten Faktoren, um seinen Status in der heutigen Gesellschaft zu wahren oder seine Erfolgchancen zu erhöhen? (Bildung, sozialer Status, Wohlstand, Gesundheit, usw.)

- Bildung

Was muss getan werden, um die lebenslangen Bildungschancen generell zu verbessern? Welche Maßnahmen sind nötig, um zu verhindern, dass schlechtere Bildungschancen zu Beginn im späteren Leben keine Abwärtsspirale in Gang setzen, um die Zahl der Schulabbrecher zu verringern, die Bildungschancen für sozial benachteiligte Mitglieder der Gesellschaft zu verbessern und allen die Möglichkeit für lebenslanges Lernen zu bieten?

- Beschäftigung/Arbeitsplatz

Welches sind die Hauptgründe, warum jemand keinen anständigen Arbeitsplatz findet bzw. sich nicht so weiterbildet wie nötig, um gegebenenfalls einen neuen Job zu finden? Wie lässt sich hier wirksam Abhilfe schaffen und wie kann der Zugang zum Arbeitsmarkt verbessert werden? Wie sieht auf dem modernen Arbeitsmarkt die richtige Mischung zwischen Sicherheit am Arbeitsplatz und neuen beruflichen Chancen aus?

Nimmt der Stress am Arbeitsplatz zu und wenn ja, warum – aufgrund gestiegener beruflicher Anforderungen, der Unsicherheit des Arbeitsplatzes, der mangelnden Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben?

Was kann getan werden, um Paaren, bei denen beide verdienen, dabei zu helfen, Arbeit, Familie und Freizeit besser unter einen Hut zu bringen? Wie kann der Spagat zwischen Karriere und einem vernünftigen Familien- und Privatleben für beide - Frauen und Männer – erleichtert werden?

- Gesellschaft und soziales Beziehungsgeflecht

Wie wirkt sich der Wertewandel auf die Gesellschaft aus? Wie die sich ändernde Rolle von Frau und Mann? Welche gesellschaftlichen Hindernisse stehen einem glücklichen Familienleben entgegen und liegt es in der Macht des Staates, diese Hindernisse zu beseitigen? Ist der Geburtenrückgang eine rein private Angelegenheit oder sollte der Staat in dieser Sache aktiv werden?

Warum sind Armut und speziell Kinderarmut in Europa immer noch ein relativ weit verbreitetes Phänomen? Worin liegen die Gründe hierfür und wie gravierend sind die Folgen für die Gesellschaft? Was kann gegebenenfalls dagegen unternommen werden?

Spielt es eine Rolle, ob die Unterschiede in unserer Gesellschaft zunehmen? Wie kann es Zusammenhalt in einer Gesellschaft geben, die immer vielfältiger wird? Wie beeinflusst die Vielfalt die Solidarität? Wie lässt sich die Integration verbessern? Wie kann allen Zugang zu (öffentlichen) Dienstleistungen wie Justiz, Verwaltung, Kultur, Sozialleistungen (und Sozialwohnungen) und Sozialversicherung garantiert werden?

Wer kommt angesichts der gestiegenen Lebenserwartung für die älteren Menschen auf und wer kümmert sich um sie? Wie hoch ist die dadurch entstehende Mehrbelastung? Immer mehr ältere Menschen leben allein. Welche Folgen hat dies für die Gesellschaft? Wie sollte die Verantwortung zwischen Familie, Gesellschaft und Staat aufgeteilt werden? Welche gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Hindernisse stehen einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit entgegen?

Woraus erklärt sich, dass jeder sechste ältere Mensch in der EU unterhalb der Armutsgrenze lebt?

Wo besteht besonderer Handlungsbedarf, damit die Menschen länger bei guter Gesundheit leben? Lassen sich Unterschiede in der Gesundheitsversorgung verringern? Wie ist mit Gesundheitsproblemen umzugehen, die das Ergebnis eines bestimmten Lebensstils sind und wo ziehen wir die Grenze zwischen Eigenverantwortung und gesellschaftlicher Verantwortung? Wie kann allen eine medizinische Versorgung garantiert werden?

Wie hat sich die Beurteilung der Lebensqualität in den letzten Jahrzehnten verändert? Welche Priorität sind die Europäer bereit, für ökologische Nachhaltigkeit gegenüber anderen näher liegenderen Zielen einzuräumen? Welches sind die wirtschaftlichen und sozialen Folgen für Europa, wenn es sich dazu entschließt, beim Klimawandel mit gutem Beispiel voranzugehen?

Wie stark wirken sich Kriminalität und unsoziales Verhalten auf das Wohlergehen aus und was kann in diesen Bereichen getan werden?

Literaturverzeichnis und Quellenangaben

Aldridge, S., *Life Chances and Social Mobility: An Overview of the Evidence*, Prime Minister's Strategy Unit, Cabinet Office, London (März 2004).

Arte, W., und Halman, L. (Hg.), *European Values at the Turn of the Millennium*, Brill 2004.

Bartkowski, J. und Jasinka-Kania, A., „Voluntary Organisations and the Development of Civil Society“, in Arts und Halman (Hg.), *European Values at the Turn of the Millennium*, 2004.

Bennett, J. und Dixon, M., *Single Person Households and Social Policy*, Joseph Rowntree Foundation and Institute for Public Policy Research, London 2006.

Bergheim, S., „Measures of Well-being“, Deutsche Bank Research (September 2006).

Bertola, G., *Social and Labour Market Policies in a Growing EU*, Universität Turin (November 2005).

Blanden, J., Gregg, P. und Machin, S., *Intergenerational Mobility in Europe and North America*, Centre for Economic Performance, London School of Economics (April 2005).

Boarini, R., Johannson, A. und Mira d'Ercole, M., „Alternative Measures of Well-being“, in *OECD Social, Employment and Migration Working Papers* 33 (2006).

Boltho, A., *What is wrong with Europe?* (1993).

Borsch-Supan, A. (Mannheim Research Institute for the Economics of Aging), *Points to structure discussion during cabinet hearing on Demographic Change and Its Implications for Public Policy*, Brüssel Januar 2006.

Brandt, N., Burniaux, J. und Duval, R., „Assessing the OECD Jobs Strategy: Past Developments and Reforms“, in *OECD Working Paper* 429, Mai 2005.

Buonfino, A., *Immigration and Integration*, The Young Foundation Oktober 2006.

Castles, F., *The Future of the Welfare State: Crisis Myths and Crisis Realities*, OUP 2004.

Dunford, M., *Comparative Economic Performance, Inequality and the Market Led Remaking of Europe*, School of Social Sciences and Cultural Studies, Universität Sussex.

Ebbinghaus, B. (Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln), „When Labour and Capital Collude: The Varieties of Welfare Capitalism and Early Retirement in Europe, Japan and the USA“, in *Working Paper* No 00.4, Program for the Study of Germany and Europe, Center for European Studies, Harvard University.

Ermisch, J., „How do Parents affect the Life Chances of their children as adults? An idiosyncratic view“, in *SEDAP Research Paper* No 101, McMaster University, Hamilton, Ontario, Kanada (Mai 2003).

Esping-Andersen, G., „Families. Government and the Distribution of Skills”, Beitrag für die NETSPAR–CPB-Konferenz „Reinventing the Welfare State”, Den Haag 27./28. April 2006.

Esping-Andersen, G., Gallie, D., Hemerijk, A. und Myles, J., *Why we need a New Welfare State*, OUP 2002.

Eurobarometer 158, *Die Beteiligung der Europäer an kulturellen Aktivitäten*, April 2002.

Eurobarometer 223, *Sozialkapital*, Februar 2005.

Eurobarometer 225 *Social Values, Science and Technology*, Juni 2005.

Eurobarometer 248, *Psychisches Wohlbefinden*, Juni 2006.

Eurobarometer 261, *Europäische Beschäftigungs- und Sozialpolitik*, Oktober 2006.

Eurobarometer 54.2, *The Social Situation of the European Union*, Februar 2001.

Eurobarometer, *Health, Food and Alcohol and Safety*, Dezember 2003.

Eurobarometer, *Physical Activity*, Dezember 2003.

Europäische Kommission, *Eine neue Partnerschaft für die Kohäsion*, Dritter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, GD Regionalpolitik, 2004.

Europäische Kommission, *Beschäftigung in Europa 2005*, GD Beschäftigung und Soziales, November 2006.

Europäische Kommission, *Gleichstellung von Frau und Mann 2005*, KOM(2005) 44.

Europäische Kommission, *Gemeinsamer Bericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung*, GD Beschäftigung und Soziales, März 2005.

Europäische Kommission, *Modernisierung der allgemeinen und beruflichen Bildung: Ein elementarer Beitrag zu Wohlstand und sozialem Zusammenhalt in Europa*, Mitteilung der Kommission vom November 2006.

Europäische Kommission, *The 2005 EPC Projections of Age Related Expenditure (2004-2050) for the EU-25 Member States*, Bericht des Ausschusses für Wirtschaftspolitik und der Europäischen Kommission, Sonderbericht Nr. 4/2005.

Europäische Kommission, *Die soziale Lage in der Europäischen Union 2004*.

Europäische Kommission, *Die soziale Lage in der Europäischen Union 2005*.

Europäische Kommission, *Beschäftigung in Europa 2004*, GD Beschäftigung und Soziales, November 2005.

Europäische Kommission, Grünbuch „Angesichts des demografischen Wandels - eine neue Solidarität zwischen den Generationen“, KOM(2005) 94, März 2005:

Europäische Kommission, *Schlüsselzahlen zum Bildungswesen in Europa – 2005*, GD Bildung und Kultur, Eurostat und Eurydice 2005.

Europäische Kommission, *Labour Market Participation and the Dynamics of Social Exclusion*, GD Forschung, Bericht 2000.

Europäische Kommission, *Social Strategies in Risk Societies*, GD Forschung, Bericht 1999.

Europäische Stiftung für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, *Dritte Europäische Erhebung über die Arbeitsbedingungen 2000*.

Europäische Stiftung für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, *Quality of work and Employment in Europe*.

Europäische Stiftung für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, *Restructuring and employment in the EU: Concepts, measurement and evidence 2006*.

Europäische Stiftung für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, *Quality of Life and Care for Older people in Europe 2006*.

European Journal of Social Quality, Vol 5, Issue 112, 2005. Indikatoren der sozialen Qualität: Anwendung in vierzehn europäischen Ländern.

Eurostat, *Bildung in Europa*, 13/2003.

Eurostat, *Europa in Zahlen: Eurostat-Jahrbuch 2005*.

Eurostat, *Hauptergebnisse der Arbeitskräfteerhebung der EU 2003*, 14/2004.

Eurostat, *Europäische Sozialstatistik - Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung: Zweiter Bericht 2003*.

Eurostat, *Allgemeine Indikatoren zum Übergang von der Schule ins Berufsleben*, 4/2003.

Eurostat, *Gesundheitsstatistik: Sterblichkeitsatlas - Ausgabe 2002*.

Eurostat, *Armutsgefährdung*, 5/2005.

Eurostat, *Einkommensarmut und soziale Ausgrenzung in EU-25*, 13/2005.

Eurostat, *Lebenslanges Lernen in Europa*, 8/2005.

Eurostat, *Langfristige Bevölkerungsvorausschätzungen auf nationaler Ebene*, 3/2006.

Eurostat, *Materielle Entbehrung in der EU*, 21/2005.

Eurostat, *Monetäre Armut in den neuen Mitgliedstaaten und den Bewerberländern*, 12/2004.

Eurostat, *Mehr Frauen als Männer leben in Haushalten ohne Erwerbstätige*, 15/2002.

Eurostat, *Bevölkerung in Europa 2004 – Erste Ergebnisse*, 15/2006.

Eurostat, *Bevölkerungsstatistik 2004*.

Eurostat, *Armut und soziale Ausgrenzung in der EU nach Laeken*, 8 und 9/2003.

Eurostat, *Auswirkungen inadäquater Beschäftigung von Absolventen auf ihre Stellung auf dem Arbeitsmarkt*, 5/2003.

Eurostat, *Arbeit und Gesundheit in der EU*, 2003.

Eurostat, *Jugendliche in Europa: Von der Schule ins Erwerbsleben*, 6/2003.

Ferrera, M. und Rhodes, M., *Recasting European Welfare States*, Frank Cass 2000.

Florida, R., *The Rise of the Creative Class*, Basic Books 2002.

Florida, R., *The Flight of the Creative Class: the new global competition for talent*, Harper Collins 2005.

Fougère, D., Kramarz, F. und Pouget, J., *Youth Unemployment and Crime in France*, Bonner Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (März 2006).

Fourastié, J., *Les trentes glorieuses: ou La Révolution invisible de 1946 à 1975*, Paris, Fayard 1979.

Gerstenberger, B., *The Growth Potential of the Silver Economy*, Europäische Stiftung für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, 2005.

Giddens, A. und Diamond, P. (Hg.), *The New Egalitarianism*, Polity (Juni 2005).

Giddens, A., Diamond, P. und Liddle, R. (Hg.), *Global Europe, Social Europe*, Polity (Oktober 2006).

Giddens, A., *Europe in the Global Age*, Polity (Oktober 2006).

Gijsberts, M., „Ethnic Minorities and Integration“, Niederländisches Amt für Sozial- und Kulturplanung (Sociaal en Cultureel Planbureau), Den Haag (September 2004).

Giullari, S. und Lewis, J., „The Adult Worker Model, Gender Equality and Care“, UN Social Policy and Development Programme: Paper 19 (April 2005).

Gordon, R., *Issues in the Comparison of Welfare between Europe and the United States*, Beitrag für das Venice Summer Institute (Juli 2006).

Guillemard, A.-M., (Universität Paris V Sorbonne und Centre for the Study of Social Movements), „Continental welfare states in Europe confronted with the end of career inactivity trap: a major challenge to social protection in an aging society“, in *Working Paper* 01.5, Programme for the Study of Germany and Europe; Beitrag für die Konferenz *Rethinking Social Protection* am Minda de Gunzburg Center for European Studies, Harvard University (Januar 2001).

Halman, L., Luijckx, R. und van Zundert, M., *Atlas of European Values*, Universität Tilburg 2005.

Institut National D'Etudes Démographiques (Paris), *Face aux changements démographiques, une nouvelle solidarité entre générations*, Beitrag des INED-Direktors zum Grünbuch der Generaldirektion Beschäftigung, Brüssel (Januar 2006).

Karsten, S., Felix, Ch., Ledoux, G., Meunen, W., Rooleveld, J. und van Schooten, E. (Universität Amsterdam), „Choosing Segregation or Integration? The extent and effects of ethnic segregation in Dutch cities“, in *Education and Urban Society*, Vol 38, Nr. 2, Februar 2006.

Karsten, S., Ledoux, G., Rooleveld, J, Felix, Ch. und Elshof, D., „School Choice and Ethnic Segregation“, in *Educational Policy*, Vol 17, Nr. 4, September 2003.

Kierkegaard, J., „Outsourcing and Offshoring: Pushing the European Model over the Hill, rather than over the Cliff“, in *Working Paper 05-1*, International Institute of Economics, Washington, März 2005.

Layard, R., *Happiness*, Allen Lane 2004, Penguin 2006.

Machin, S., „Social Disadvantage and Educational Experiences“, in *OECD Social, Employment and Migration Papers*, Nr. 32, 2006.

Maesen (van der), L. und Walker, A., „Outcomes of the European Scientific Network“, in *The European Journal of Social Quality*, Vol 5.

Malpas N. (NM Consultants), *Employment and Unemployment among Women and Men*, GD Forschung, Dezember 2001.

Nickell, S., *Labour Market Institutions and Unemployment in OECD countries*, CE Sifo DICE Report 1, Nr. 2, 2003.

OECD, *Health at a Glance: OECD Indicators*, 2005.

OECD, *Pensions at a Glance: Public Policies Across OECD Countries*, OECD Publishing 2005.

OECD, *Society at a Glance: OECD Social Indicators*, OECD Publishing 2005.

OECD, *Where Immigrant Students Succeed*, 2006.

Offer, A., *The Challenge of Affluence*, OUP 2006.

Ogg, J. (Young Foundation) und Bonvalet, C. (Institut Nationale d'Etudes Démographiques), *The Baby Boomer Generation and the Birth Cohort of 1945-54: A European Perspective*; Beitrag zu einem Seminar, das vom Cultures of Consumption research programme (ESRG-AHRC) in Zusammenarbeit mit ESRC Social Science Week veranstaltet wurde, März 2006.

Plantenga, J. und Remery, Ch., *Reconciliation of work and private life: a comparative review of thirty European countries*, EU Expert Group on Gender, Social Inclusion and Employment. GD Beschäftigung und Soziales, September 2005.

Platt, L., *Migration and Social Mobility: The life chances of Britain's ethnic minorities*, Joseph Rowntree Foundation, November 2005.

Prskawetz, A., Mahlberg, B., Skirbekk, V., Freund, I. und Winkler-Dworak, M. (Wiener Institut für Demographie) sowie Lindh, Th., Malberg, B., Jans, A.-Ch., Nordstrom-Skans, O. und Andersson, F. (Institute for Future Studies Stockholm), *The Impact of Population Ageing*

on Innovation and Productivity Growth in Europe, Bericht für die GD Beschäftigung und Soziales, VT/ 2004/454.

Empirica (Gesellschaft für Kommunikations- und Technologieforschung mbH, Bonn) und WRC (Work Research Centre, Dublin), *Demographic Change – Impacts of New Technologies and Information Society*, Bericht für die GD Beschäftigung und Soziales, November 2005.

Rychtarikova, J. (Department of Demography and Geodemography, Karls-Universität Prag), *Population issues matter more*, Januar 2006.

Schepens, T., *Atlas of European Values*, Loek Halman, Ruud Luijkx und Marga van Zundert (Hg.), Universität Tilburg (2005).

Scheutz, G., Ursprung, H. und Woessman, L., „Education Policy and Equality of Opportunity“, in *CESifo Working Paper 1518* (2005).

Skolnick A., „Change of Heart: Family dynamics in historical perspective“, in *Family, Self and Society*, 1993.

Soares Rodrigo (University of Maryland), *Welfare Cost of Violence*, September 2004.

The Economist, „The super-rich“, Ausgabe vom 21. Oktober 2006, S. 33.

Veenhoven, R., *Subjective Measures of Well-being*, United Nations University.

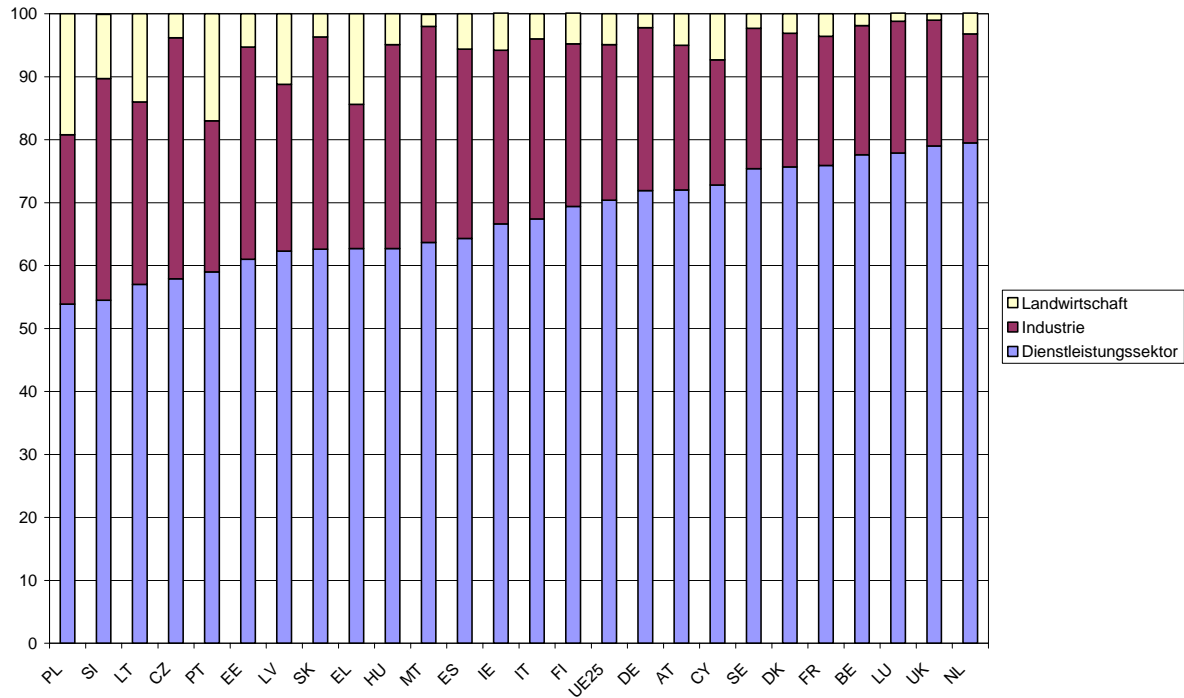
Vught (van), F., *Youth, Education and the Labour Market*, Vorlage für die ‚Group of Societal Advisors‘ der Europäischen Kommission (September 2006).

Wilkinson, R., *The Impact of Inequality*, Routledge 2005.

Women’s Equality Unit, *The Part Time Pay Penalty*, Cabinet Office, London 2005.

ANHANG: Schaubilder und Tabellen

Schaubild 1: Vergleichende Beschäftigungsstruktur (nach größtem Beschäftigungssektor) der EU-Mitgliedstaaten, 2005



Quelle: Eurostat, LFS, Beschäftigung in Europa, 2006

Tabelle 1: Entwicklung der Beschäftigung 1995-2005

	Wissensgestützte Industrie	Sonstige Industriezweige
Spanien	74,6%	42,4%
Irland	70,7%	42,9%
Griechenland	36,8%	8,3%
Niederlande	29,9%	12,3%
Italien	28,4%	4,1%
Belgien	23,3%	3,7%
Finnland	29,6%	13,5%
Österreich	18,3%	-5,4%
Deutschland	17,1%	-8,6%
Vereinigtes Königreich	16,7%	1,0%
Frankreich	16,3%	7,3%
Portugal	11,1%	1,4%
Dänemark	11,6%	-0,2%
Schweden	12,8%	2,0%
EU-15	23,9%	5,7%

Hinweis: Sonstige Industriezweige umfassen = verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Landwirtschaft, Wasserversorgung und Einzelhandel, Portugal 1998-2005.

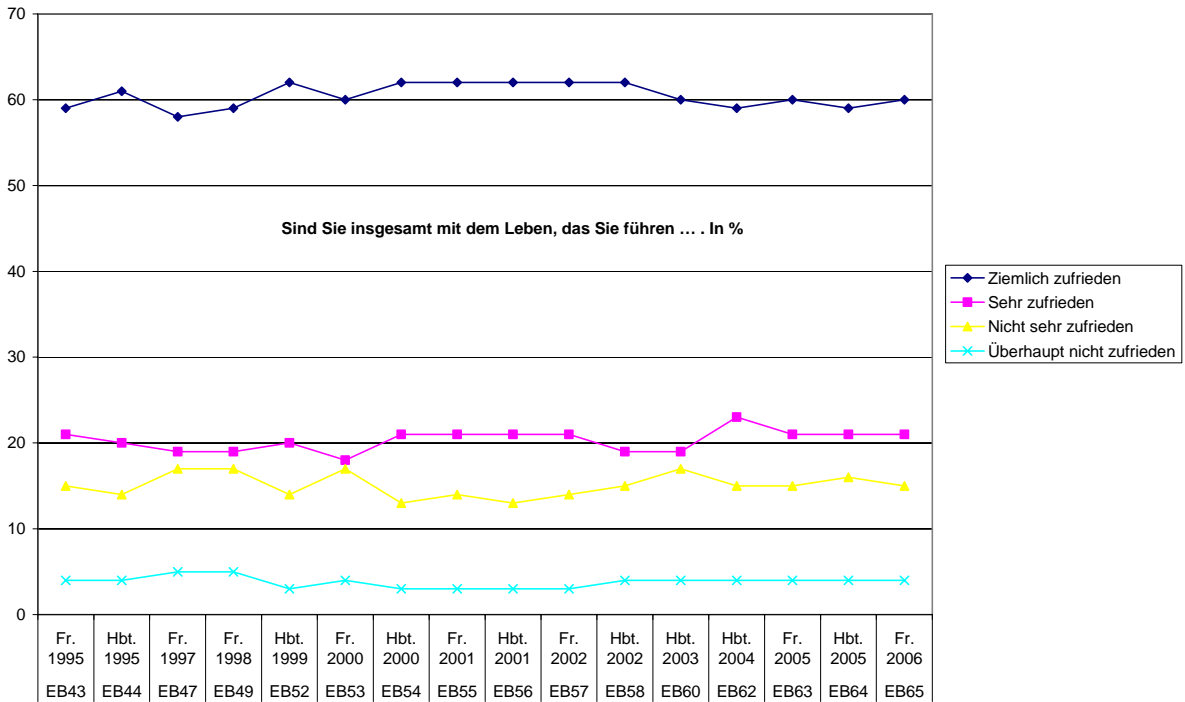
Quelle: Brinkley und Lee (2006) aus Eurostat-Daten.

Tabelle 2: Prognostizierter Abhängigkeitsquotient (in %)

	2003	2025	2050	Veränderung 2003-50
BE	26	36	47	21
DK	22	34	42	20
DE	26	38	52	26
GR	26	36	60	35
ES	25	33	66	41
FR	25	37	46	21
IE	16	25	45	29
IT	28	39	62	34
LU	21	28	36	15
NL	20	33	41	20
AT	23	34	52	30
PT	23	35	59	36
FI	23	41	47	24
SE	26	36	41	14
UK	24	33	45	21
CY	14	29	43	30
CZ	20	35	55	35
EE	23	31	43	20
HU	22	34	48	26
LT	22	29	45	23
LV	23	31	44	21
MT	19	34	41	22
PL	18	33	51	33
SK	16	28	51	34
SI	21	36	56	35
EU25	24	35	51	27
EU15	25	36	52	26
EU10	19	33	50	31

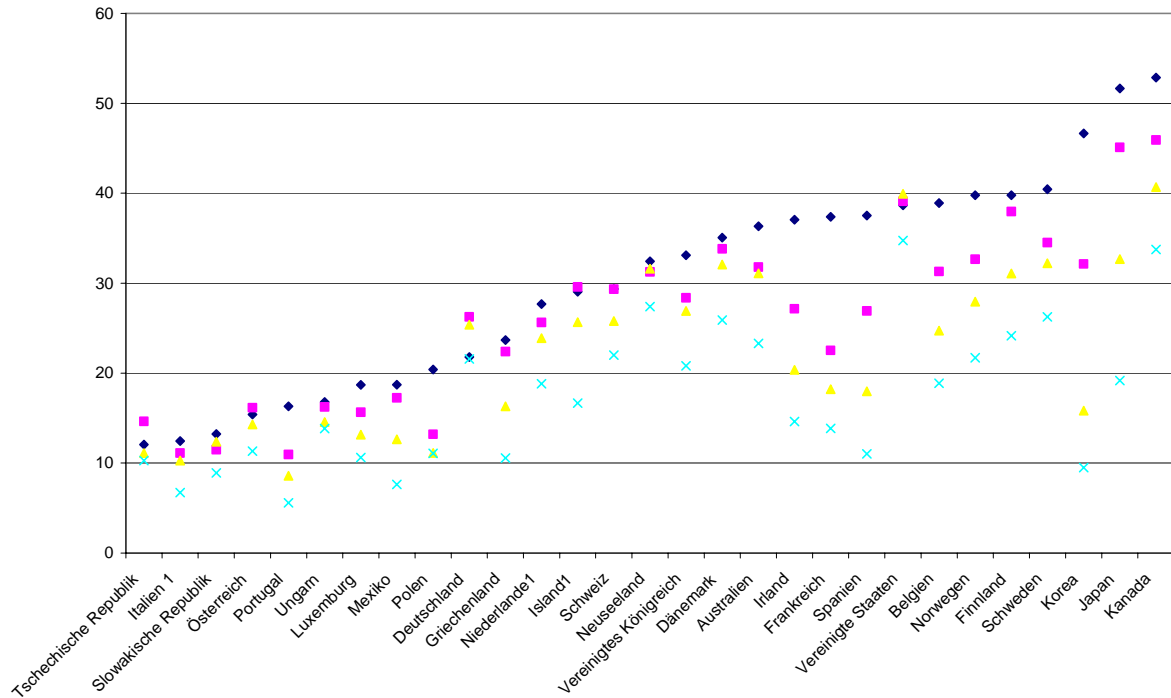
Quelle: Europäische Kommission 2005, Economic Paper Nr. 236

Schaubild 2: Lebenszufriedenheit in der EU



Quelle: Eurobarometer 65

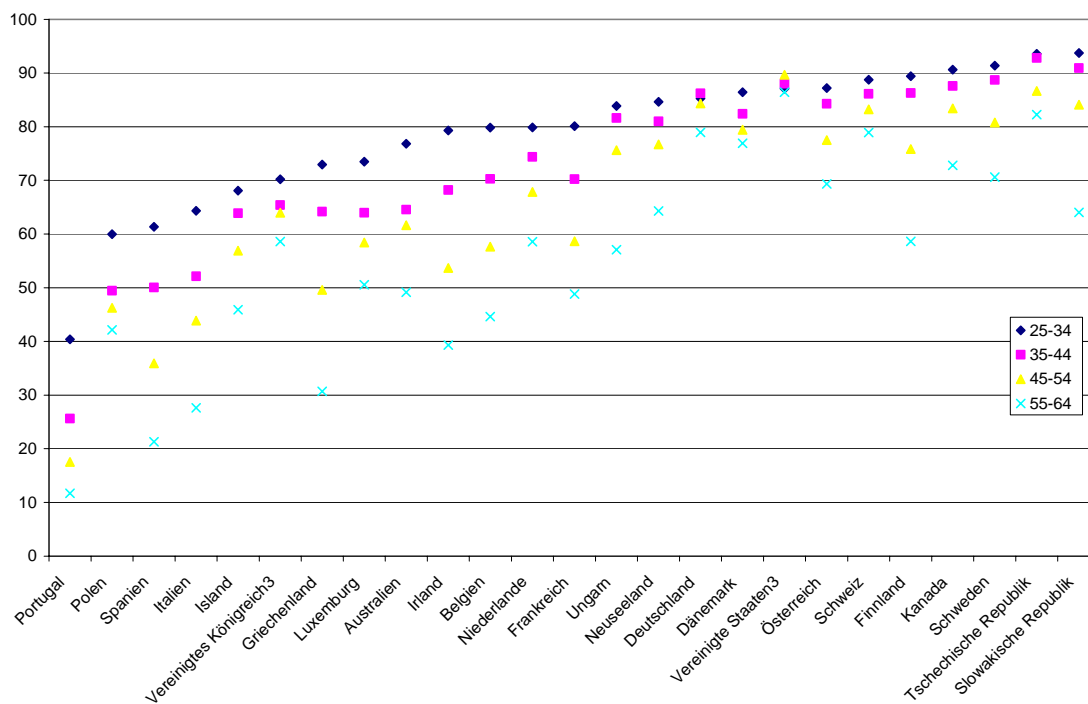
Schaubild 3: Anteil der Bevölkerung mit Hochschulabschluss (2003)
In Prozent nach Altersgruppe (Dekade)



Quelle: van Vught F. (2006) aus OECD, 2005

Hinweis: Die 1990er Dekade bezieht sich auf die Altersgruppe der 25-34-Jährigen

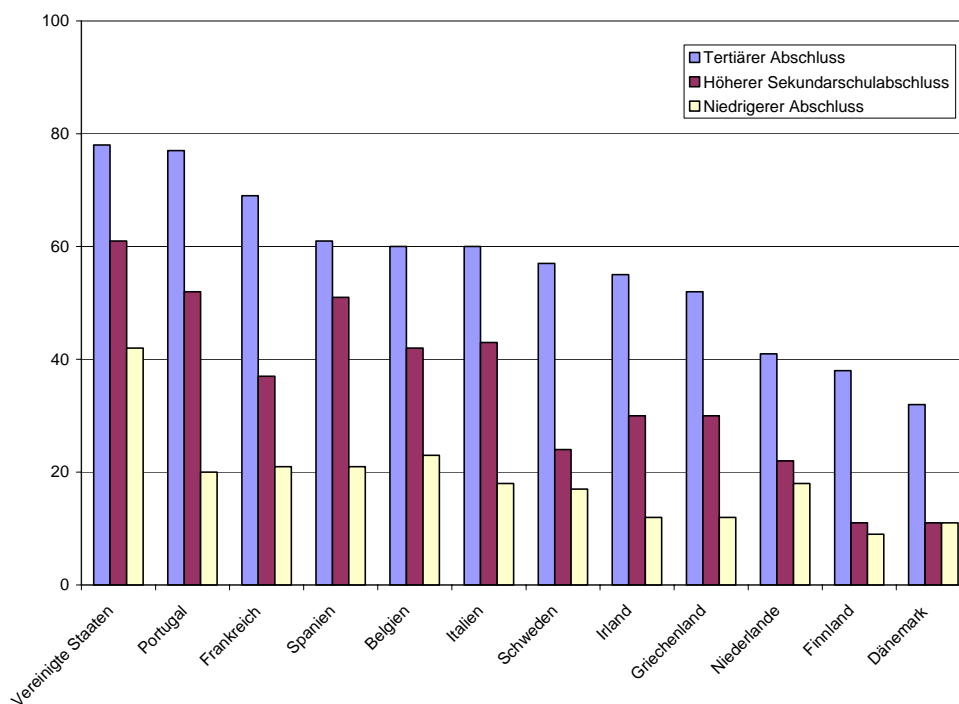
Schaubild 4: Anteil der Bevölkerung mit höherem Sekundarschulabschluss (2003) in Prozent nach Altersgruppe (Dekade)



Quelle: van Vught F. (2006) aus OECD, 2005

Hinweis: Die 1990er-Dekade bezieht sich auf die Altersgruppe der 25-34-Jährigen

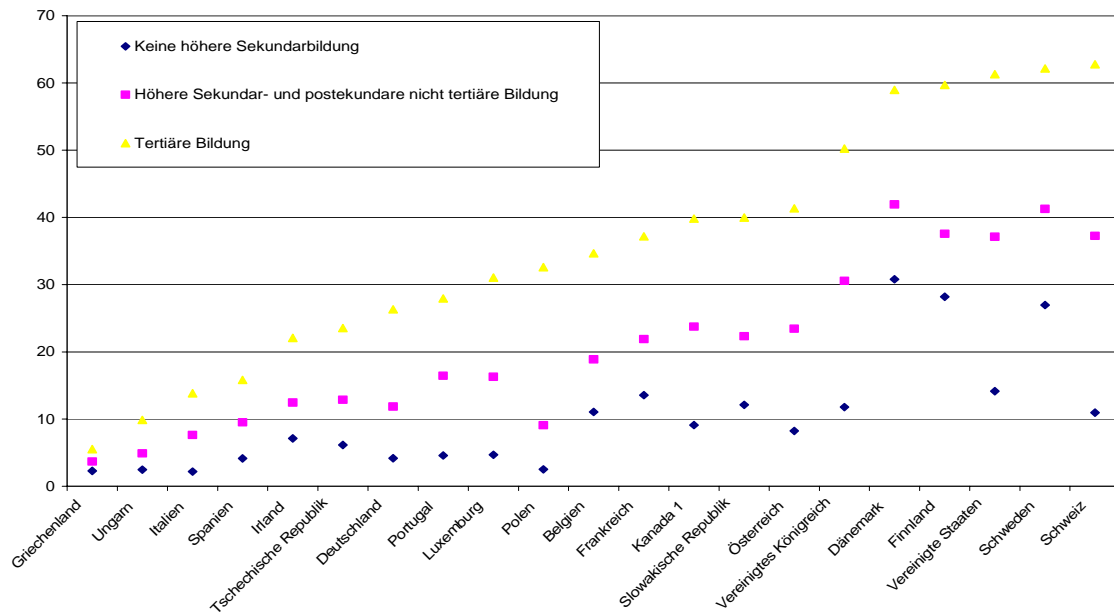
Schaubild 5: Beteiligungsquote Jugendlicher im tertiären Bildungswesen nach Bildungsabschluss der Eltern, 1994-95



Hinweis: Beteiligungsquoten der 18-24-Jährigen.

Quelle: „Social Disadvantage and Educational Experiences“, OECD Social, Employment and Migration Papers (2006) aus EURYDICE (1997).

Schaubild 6: Beteiligungsquote der 25-64-jährigen Erwerbspersonen an berufsbezogener Fort- und Weiterbildung nach Bildungsstand, 2003



Hinweis: Die Länder sind von links nach rechts in aufsteigender Reihenfolge der Beteiligungsquote an nichtformaler Fort- und Weiterbildung auf sämtlichen Bildungsstufen in einem Zwölfmonatszeitraum geordnet.

1. Die Angaben für Kanada beziehen sich auf das Jahr 2002.

Quelle: „Social Disadvantage and Educational Experiences“, OECD Social, Employment and Migration Papers (2006); OECD, *Education at Glance*, Paris 2005

Tabelle 3: International vergleichbare Schätzungen der Mobilität zwischen den Generationen

Land	Datenset	Söhne geboren	Söhne Einkommensmessung	Elternstatus	Partielle Korrelation ¹
Großbritannien	Britische Kohortenstudie	1970	2000 (Alter 30)	Einkommen der Eltern 1980 und 1986 (Durchschnitt)	.271 ^a
USA	Panelstudie zur Einkommensdynamik	1954-1970	Alter 30	Einkommen der Eltern, wenn der Sohn 10 Jahre und 16 Jahre alt ist (Durchschnitt)	.289 ^a
Westdeutschland	Sozioökonomisches Panel	1960-1973	2000	Einkommen der Eltern 1984 und 1988 (Durchschnitt)	.171 ^a
Kanada	Generation übergreifende Einkommensdaten (aus Steuerregister)	1967-1970	1998	Einkommen der Eltern, wenn der Sohn 16 Jahre alt ist	.143 ^a
Norwegen	Registerdaten	1958	1992 und 1999 (Durchschnitt)	Einkommen des Vaters 1974	.139 ^b
Dänemark	Registerdaten	1958-1960	1998 und 2000 (Durchschnitt)	Einkommen des Vaters 1980	.143 ^b
Schweden	Registerdaten	1962	1996 und 1999 Durchschnitt	Einkommen des Vaters 1975	.143 ^b
Finnland	Fünffähriger Censuspanel	1958-1960	1995 und 2000 Durchschnitt	Einkommen des Vaters 1975	.147 ^b

^aBlanden (2005), Tabelle 3.3; ^bBjorklund und andere (2005), Tabelle 3.

Die partielle Korrelation entspricht dem Beta-Koeffizienten zur Bereinigung der Veränderungen in der Generationenungleichheit. Dies ist wichtig, da die Ungleichheit in den behandelten Ländern unterschiedlich zugenommen hat.

Quelle: Jo Blanden, Paul Gregg und Stephen Machin, *Intergenerational Mobility in Europe and North America*, LSE Centre for Economic Performance (April 2005)

Tabelle 4: Armutsgefährdung nach Haushaltstyp, 2003

	Alleinerziehend mit abhängigen Kindern	Zwei Erwachsene mit einem abhängigen Kind	Zwei Erwachsene mit zwei abhängigen Kindern	Zwei Erwachsene mit mindestens drei abhängigen Kindern	Drei oder mehr Erwachsene mit abhängigen Kindern
EU25	33	11	12	24	o.A.
Österreich	31	9	13	20	9
Belgien	30	11	8	19	13
Zypern	22	10	6	15	6
Tschechische Republik	30	7	8	20	9
Dänemark	18	5	4	13	10
Estland	33	15	18	24	16
Finnland	19	5	5	11	8
Frankreich	29	9	9	16	16
Deutschland	44	11	11	21	15
Griechenland	34	13	16	32	30
Ungarn	16	8	10	23	17
Irland	54	16	11	25	12
Italien*	36	15	24	36	o.A.
Lettland	31	13	13	32	18
Litauen	27	11	12	28	14
Luxemburg	15	9	11	10	12
Niederlande	39	8	10	24	12
Polen**	24	11	16	33	19
Portugal*	30	14	25	34	o.A.
Slowakei	40	22	26	35	18
Slowenien	25	4	8	9	8
Spanien	24	12	14	35	22
Schweden*	19	8	5	14	o.A.
Vereinigtes Königreich	40	13	12	27	16

*, **

Quelle: Eurostat